

Rettungsdienstgesetz trägt dem Rechnung. Es gelingt ihm jetzt, daß die Rettungsorganisationen, die anerkannt sind, damit mitbetroffen sind. Da ist uns ja das gelungen, was Sie heute hier fordern. Und zum Zweiten sage ich Ihnen, mir sind vielleicht manchmal 20 Minuten zu lang, wenn es einen Herzinfarkt gibt, und aus diesem Grund gibt es eine Herz-Lungen-Wiederbelebung-Akuthilfeaktion im ganzen Land, wo der Steiermärkische Landtag begonnen hat, vorbildlich mitzuarbeiten und inzwischen Tausende Freiwillige beim Roten Kreuz eingeschult werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Das heißt gar nicht warten, sondern etwas tun. Und zum Abschluß kann ich Ihnen sagen, das Wichtigste, was wir im Land haben, sind die Menschen, mir ist das voll und ganz bewußt. Und Sicherheit und Geborgenheit ist unser vorrangiger Auftrag. Und Sicherheit und Geborgenheit dürfen wir nicht mit dem Dreschflügel zerstören. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 67/4, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend den Einsatz zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner (15.26 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Gegenständliche Regierungsvorlage auf Grund des Antrages der freiheitlichen Abgeordneten Vesko, Bleckmann, Schreiner und Wiedner beschäftigt sich mit dem Einsatz zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft und will bewirken, daß die Landesregierung eine Studie in Auftrag gibt, welche zukunftsorientierte Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind und wie diese bevorzugt angeboten und gefördert werden können.

Es kommt nun die Regierung zur Auffassung, daß eine weitere Studie, nachdem es solche schon gibt, zu diesem Thema nicht notwendig ist, und deshalb stellen wir den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Vesko, Bleckmann, Schreiner und Wiedner, betreffend den Einsatz zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft, zur Kenntnis zu nehmen. (15.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hohegger, dem ich es erteile.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (15.27 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Es ist in Zeiten wie diesen sehr erfreulich und motivierend, zum Thema Wirtschaft und zur Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande Stellung zu beziehen. Und wie im Antrag auch angeführt wurde, geht es um die Zukunftsorientierung unserer Wirtschaft, und wenn wir hier die Entwicklung in unserem Lande genauer betrachten, so können wir mit Stolz feststellen, daß wir in der Tat eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Wirtschaft in unserem Lande haben. Und nicht zuletzt ausgelöst wurde diese Entwicklung auch, daß es die steirische Landespolitik in den vergangenen Jahren darauf angelegt hat, hier strategisch und konzeptiv vorzugehen. Und ich darf darauf verweisen, daß bereits Ende 1995 das Wirtschaftsleitbild für die Steiermark vom Wirtschaftsressort noch unter der seinerzeitigen Führung von unserer jetzigen Frau Landeshauptmann vorgelegt wurde, und es hat damals das industriewissenschaftliche Institut im besonderen die Philosophie der Clusterpolitik, der Konzeption der Cluster für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im Lande empfohlen.

Ich darf aus diesem Wirtschaftsleitbild kurz zitieren. Die Orientierung der Wirtschaftspolitik nach Wertschöpfungsketten ist ein neueres Paradigma, welches in modernen Volkswirtschaften häufig als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region genannt wird. Eine Förderpolitik, welche die Bildung von systemkompetenten Unternehmen noch stärker forciert, sollte daher die nachhaltige Entwicklung der steirischen Regionen wesentlich unterstützen. Und hier dürfen wir mit Stolz darauf verweisen, daß es mit der Philosophie der Clusterpolitik gelungen ist, die Steiermark in Österreich, aber auch über die Grenzen unseres Landes hinaus mit dem sogenannten Automobilcluster äußerst positiv zu positionieren und hier sehr erfolgreiche Entwicklungen in der Wirtschaft zu bewerkstelligen, mit unseren Leitunternehmen, der Firma AVL, der Steyr Daimler Puch-Fahrzeugtechnik, der Firma Chrysler mit der neuen, nunmehr erfolgreichen Ansiedelung der Magna-Automobiltechnik, und in weiterer Folge sind Gespräche und Überlegungen mit der Firma Tessmar im Gange. Das hat unter anderem dazu geführt, daß alleine von 1996 auf 1997 die Beschäftigtenanzahl in diesem Technologie- und Wirtschaftsbereich um 16 Prozent zugenommen hat. Weiters können wir feststellen, daß ein weiteres wirtschaftspolitisches Leitprojekt, der sogenannte steirische Holzcluster, unmittelbar vor der Realisierung steht, Hans Kinsky, du wirst dich freuen. Und ich darf mich schon jetzt bedanken für die intensiven Vorarbeiten für dieses Leitprojekt der Zukunft in unserem Lande. Ich werde am Ende meiner Ausführungen auch zum Thema Ökocluster einen entsprechenden Beschlußantrag einbringen dürfen.

Besonders zu verweisen ist auch auf ein Modell, das ist heute noch einmal auf der Tagesordnung, die sogenannte steirische Bauinitiative, auch mit dieser wirtschaftspolitischen Konzeption ist in der Steiermark einiges gelungen, es konnten hier zusätzlich rund eine Milliarde an Bauvolumen in Bewegung gesetzt werden. Und ich möchte auch nicht verschweigen, daß es auch unserer Wirtschaft und der Landespolitik gelungen

gen ist, von der Gründerwelle in der Steiermark nicht nur zu reden, sondern daß es in der Tat hier einen Gründerboom in unserem Land gibt. Und wir haben auch einen sogenannten Unternehmerrekord in unserem Lande. Noch nie hatten wir so viele Unternehmerinnen und Unternehmer in der Steiermark, wie das heute der Fall ist. Und wenn man von Wirtschafts- und Zukunftsentwicklung spricht, ist auch die Qualifikation, die Ausbildung und die Weiterbildung nicht zu verschweigen. Ich darf hier nur herausgreifen, daß es mit den Lehrlingsinitiativen, die leider so kritisiert werden, auch gelungen ist, einen zehnjährigen Abwärtstrend umzukehren, und wir haben erstmals seit zehn Jahren in der Steiermark steigende Lehrlingszahlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt, wir sind hier unter den führenden Bundesländern in Österreich, und wir werden uns weiter bemühen, daß wir hier für die Jugend entsprechende Chancen bieten können.

Lieber Kurt Gennaro, ich bin ein bißchen sauer auf deine Freunde und auf deine Gesellschaft, weil ich konnte vor kurzem von deinen Freunden einem steirischen Medium, konkret der „Kleinen Zeitung“, die Headline entnehmen, was die Unternehmerschaft und die Wirtschaft betrifft, „nehmt ihnen die Lehrlinge weg“. Ich darf deine Freunde und dich fragen, wo ihr gedenkt, die 20.000, die heute in der Wirtschaft ausgebildet werden, sonst unterzubringen, wenn man hier die Ausbildungskompetenz der Wirtschaft entziehen möchte. Ich meine, das ist äußerst deprimierend und unseriös. Wir haben sonst sehr gute gemeinsame Gespräche und Aktivitäten in diesem Bereich, aber diese Negativ-PR-Kampagne ist auch von dieser Stelle hier im Interesse der Wirtschaft mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Unter welchen Bedingungen? Hast du das gelesen heute?“) Das ist im Vergleich dazu, was deine Freunde betreiben, eine vornehme Zurückhaltung. (Abg. Vollmann: „Wir werden schon sagen, worum es geht. Ich suche es gerade, ob ich etwas finde!“) Wie gesagt, das sind die Fakten. Ich darf das noch einmal von hier zurückweisen.

Zurück zur Entwicklung: Es sei verwiesen, daß auch die neuen Technologien, und um diese geht es ja in diesem Antrag in concreto, vor allem die Telekommunikation, ganz stark vor allem vom Wirtschaftsreferenten unserer Landesregierung forciert werden und auch im Landesbudget entsprechend berücksichtigt sind. Es ist auch nach viel Emotion und viel Diskussion gelungen, im Endeffekt die Wirtschaftsförderung neu zu gestalten, und auch hier ist das nunmehr auf einer Schiene, und es wird sehr professionell und sehr positiv im Interesse der Wirtschaft und unseres Landes gearbeitet.

Unterm Strich sei noch angeführt, das Entscheidende ist immer die Beschäftigungslage in der Wirtschaft und im Lande. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger die entscheidende Meßlatte. Und das möge auch im Steiermärkischen Landtag mit Stolz und mit allem Nachdruck festgehalten werden, daß wir jetzt in der Steiermark – und der Trend geht weiter in diese Richtung – einen Beschäftigungsrekord aufzuweisen haben. Es gibt derzeit in der Wirtschaft in der Steiermark weit über 400.000 Beschäftigte, weit über 400.000 Arbeitsplätze. So viele hat es in unserem Lande noch nie gegeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir hier gemeinsam konstruktiv weiterarbeiten, so werden wir auch die restlichen Arbeitsplätze, die wir für unser Land und für unsere Menschen in diesem Lande brauchen, mit Sicherheit zustande bringen.

Wenn es hier um neue Technologien geht, so haben wir gute Chancen mit dem Holzcluster – das habe ich schon angeschnitten. Aber wir haben auch gute Chancen mit der Ökotechnologie, mit einem Ökocluster hier sehr erfolgreich zu sein.

Ich darf daher abschließend nachstehenden Beschlusantrag einbringen:

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Riebenbauer, Dr. Jeglitsch, Mag. Hohegger, betreffend die Umsetzung des Projektes „Ökotechniknetzwerk“ gemeinsam mit der Stadt Graz und Ausweitung eines Ökoclusters auf die gesamte Steiermark.

In der steirischen Wirtschaftspolitik wird der Clusterentwicklung hoher Stellenwert eingeräumt. Ausgehend vom Concept in progress sind neben der Bildung von Clustern die Förderung produktionsnaher Dienstleistungen, die Interregionalisierung sowie die Ökologisierung Schwerpunkte der steirischen Wirtschaftspolitik. Sowohl im Concept in progress des Wirtschaftsressorts als auch im Wirtschaftsleitbild der Stadt Graz wird auch der Ökotechcluster als Leitprojekt beziehungsweise als anzustrebendes Kompetenzfeld ausgewiesen.

Im technologiepolitischen Konzept von Joanneum Research wird ausdrücklich festgestellt, daß neben den traditionellen Clustern die Steiermark auch aufstrebende junge Wirtschaftsbereiche mit erheblichen Wachstumschancen in der Zukunft aufweist, für die die Unternehmensvernetzung allerdings schwach ausgeprägt ist. Der Ökocluster ist jedenfalls einer der aufstrebenden Wirtschaftsbereiche in der Steiermark, die sich in Zukunft noch weiter verbessern werden. Auch das Österreichische Institut für Wirtschaftsförderung hat im Rahmen der Konjunkturgespräche nachgewiesen, daß Umweltindustrien in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine überdurchschnittlich große Rolle spielen und daß sie überdurchschnittlich expansiv und erfolgreich sind.

In Anlehnung an den vom Wirtschaftsressort initiierten Automobilcluster hat die Stadt Graz mit Landesunterstützung nach einem Sondierungsprojekt, das im Bereich Ökotechnik enorme Entwicklungspotentiale, Forschungseinrichtungen mit beträchtlichem Know-how, viele innovative Firmen und gut ausgebildete Absolventen nachgewiesen hat, im November 1997 eine EU-weite Ausschreibung des Projektes „Ökotechniknetzwerk – Clusterentwicklung im Bereich Ökologie, Wirtschaft und Technik“ eingeleitet. Die Ergebnisse werden demnächst vorliegen und soll eine Entscheidung noch im Dezember 1997 getroffen werden.

Anders als im Automobilbereich kann allerdings eine Clusterentwicklung nicht entlang einer einzigen Wertschöpfungskette, ausgehend von Leitbetrieben, erfolgen. Obwohl es auch im Ökobereich potentielle Großbetriebe gibt, sollte zwischen Forschungseinrichtungen und KMUs, zwischen kleineren Unternehmen

über die Kooperation im Marketing und Vertrieb und gemeinsame Investitionen sowie entlang der Wertschöpfungsketten der größeren Betriebe vernetzt werden. Potentielle Netzwerkteilnehmer sind daher neben Forschungseinrichtungen und Bildungsinstitutionen meist kleine Unternehmen mit Ökoprodukten oder Ökodienstleistungen, die kaum miteinander oder mit Forschungsinstitutionen vernetzt sind. Dabei ist auch auf Produkte aus erneuerbaren Rohstoffen besonderes Augenmerk zu legen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das über die Stadt Graz initiierte und vom Wirtschaftsressort des Landes Steiermark mitgetragene Projekt „Ökotechniknetzwerk - Clusterentwicklung im Bereich Ökologie, Wirtschaft und Technik“ zu forcieren, dabei den Produkten aus erneuerbaren Rohstoffen entsprechendes Augenmerk zuzuwenden und gleichzeitig eine Ausweitung des Ökoclusters auf das gesamte Bundesland Steiermark einzuleiten.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dieser wirtschaftlichen Innovation beizutreten und diesem Beschlußantrag die Zustimmung zu erteilen. Wenn wir gemeinsam innovativ und zukunftsorientiert arbeiten, so wird es uns auch in der Zukunft möglich sein, mit unserer Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich darf abschließend feststellen, allein die Steigerungsraten von 1990 bis 1997 haben in diesen Jahren pro Jahr im Schnitt über 3000 Arbeitsplätze zusätzlich gebracht. Ich denke, darüber sollten wir uns freuen, und wir sollten gemeinsam motiviert sein, hier innovativ und zukunftsorientiert weiterzuarbeiten. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. - 15.41 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (15.41 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Peter Hohegger!

Wenn du sagst, du bist sauer auf unsere Freunde, so darf ich dir sagen, du kannst leicht sauer sein, weil ich war schon oft sehr zornig, nicht nur sauer. Ich möchte aber nur sagen, daß ich zum Beispiel in der Frage Lehrlinge in vielen Bereichen mit dir übereinstimme, aber eines müssen wir einmal feststellen, vom Reden allein wird es zu wenig werden, wir müssen handeln. Nur wenn das Handeln so ausschaut, zum Beispiel in der Frage Berufsbildung, wie du angeschnitten hast, wenn man ernstlich bemüht ist, und ich kann dir da den Antrag, der einstimmig mit allen Fraktionen auch in der Kammer über die Bühne gegangen ist, zeigen, daß wir uns eingesetzt haben, daß wir an die Regierung herantreten und sagen, bitte rasche Entwicklung neuer Berufsbilder in kurzer Zeit. Und wir wissen dann, wie ernst man Berufsbilder in der Wirtschaft nimmt, wenn man zum Beispiel als neues Berufsbild - man muß sich nur einmal den geistigen Horizont vorstellen - eine Regaleinschlichterin oder einen Regaleinschlichter mit zweijähriger Lehrzeit verlangt. Da sage ich, wie ernst sind die Berufsbilderänderungen zu nehmen? Nur ein Beispiel!

Ich bin aber bei dir, daß wir hier eine dementsprechend rasche Umsetzung brauchen, und es sind alle aufgefordert, das auch ernstlich anzugehen. Ein zweiter Punkt, die Jugend oder Lehrlinge, Facharbeiter: Ich bin wirklich nicht wirtschaftsfremd, weil ich weiß, daß die Wirtschaft die Facharbeiter von morgen, die sie braucht, heute ausbilden muß. Wir haben im Gewerbe kein Problem bei der Lehrlingsausbildung. Wir haben im Gewerbe ziemlich gleichbleibende Raten - da sind die Rückgänge noch in Grenzen gehalten. Aber wir müssen eines, und da kann man nicht aufhören zu reden, einmal bewirken, daß man generell die Arbeit wieder gesellschaftspolitisch in den Vordergrund stellt, daß es nicht abwegig ist, wenn jemand einen Beruf erlernt, sondern daß er sich dazu bekennt und stolz ist, ein Facharbeiter zu sein. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wir können nicht davon ausgehen, daß wir alle, und da schließe ich mich mit ein - manche trauen sich nicht einmal zu sagen, daß ein Bub studiert, und der andere will einen Beruf erlernen. Das ist schon anrühlich, weil man sagt ja zu den Kindern auch schon, wenn du nicht lernen willst, dann mußt du arbeiten gehen. Und da sind wir schon selbst mit schuld. Aber wenn wir bei der Lehrlingsausbildung feststellen müssen, daß dort, wo es Probleme gibt, und das ist in der Industrie, hochqualifiziertes Personal an Ausbildnern gibt, Maschinen vorhanden sind, die Berufsbilder erfüllt werden können und die Industrie die Ausbildung zurücknimmt, weil sie sagt, das ist uns zu teuer. Wir brauchen für den Eigenbedarf nicht mehr so viele, und wir sind nicht bereit, und da habe ich jetzt sogar Verständnis dafür, für andere auszubilden und sagen, wir haben die Kosten, und die anderen holen uns dann die gut ausgebildeten Facharbeiter. Deswegen haben wir gesagt, wenn die Wirtschaft permanent sagt, die Lehrlinge sind uns zu teuer, dann weg mit der Ausbildung aus den Betrieben. Gemeinsam haben wir ein großes Paket geschnürt, und wir sind der Wirtschaft entgegengekommen, und das ist auch noch immer zu wenig, weil der Herr Mühlbacher als Präsident der steirischen Wirtschaftskammer permanent die gleiche Platte auflegt, daß die Lehrlinge zu teuer sind, die Schutzbestimmungen und, und, aber noch nie konkret dazugesagt hat, was bereits verändert wurde und was er noch verändern will, dann soll er nicht Floskeln dreschen, sondern soll dementsprechend auch in die Offensive gehen und sagen, was bleibt zum Schutz der Jugend. Ich habe das in dem Haus schon einmal gesagt, ich bin dagegen, daß man generell die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer überhaupt kritisiert. Diese sind notwendig und wichtig, wo sie sein müssen. (Beifall bei der SPÖ.) Man kann darüber reden, daß einiges novelliert werden könnte. Da bin ich auch bei euch. Das ist keine Frage. Es sind einige Dinge dabei, über die man diskutieren kann. Generell stelle ich aber fest, daß wir diese Schutzbestimmungen brauchen. Weil wenn es Maschinen gibt, wo ein 15- oder 16jähriger vielleicht durch eine Unachtsamkeit oder weil niemand dabei steht eine Hand verliert oder was auch immer, dann haben wir auch die Folgekosten und die Verantwortung zu tragen. Ich möchte dort nicht Lehrlingsausbildner sein. Daher müssen wir differenzieren. Aber gewisse Dinge, die man bereinigen kann, dafür stehe ich ein, sollen geregelt werden. Ich will mich jetzt zu dem Thema nicht mehr auslassen, weil das ist

nicht der eigentliche Tagesordnungspunkt. Man soll nicht immer hergehen und in die gleiche Kerbe schlagen und dann nicht bereit sein, wirklich mitzuhelfen. Ich sage nochmals, und dazu stehe ich, ich stehe dafür ein, daß die Betriebe, und wir haben Gott sei Dank viele Industriebetriebe, die gut ausbilden, die die Lehrlinge, und das ist unser Stolz, in qualifizierter Weise ausbilden, eine Entschädigung erhalten sollten. Wir haben hervorragende Ergebnisse. In der Welt beneiden uns alle um unser duales Ausbildungssystem. Daher muß man aber auch den Schluß zulassen, wenn immer wieder gepredigt wird, wir brauchen keine Lehrlinge, denn sie sind zu teuer. Wir müssen überlegen, wie wir in der Wirtschaft die Lehrlinge ausbilden. Ist es nicht eine Schande in Österreich, daß jeder, der die Möglichkeit und das Zeug hat, in eine Schule zu gehen oder ein Studium besuchen kann, aber wenn er sagt, ich will einen Beruf erlernen, dann kriegt er keinen Lehrplatz. Wir haben das in der Steiermark noch immer nicht gelöst. Ich bin dankbar für eure Inserate, die ihr jetzt in der Zeitung einschaltet, daß die Unternehmer endlich auch einmal ihren Beitrag leisten sollen und Lehrlinge aufnehmen, weil ich habe das Gefühl, das wird sowieso nur sabotiert. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin auch dankbar, daß der Bundeskanzler Klima, der eigentlich nichts anderes gemacht hat, als den Regierungsbeschluß umzusetzen, und gesagt hat, wir wollen als Regierung eintreten, daß bis zum Herbst kein Schulabgänger auf der Straße steht. Jetzt gibt es manche, die sich die Hände reiben und sagen, hurra, der hat sich hinausgelehnt beim Fenster. Ein paar halten ihn noch, daß er nicht hinunterfällt, weil es gibt noch immer ein paar, die keinen Job haben. Das soll uns nicht befriedigen, daß wir hier lachen, denn die Situation ist bedauerlich. Man muß hinterfragen, warum die noch keinen Job haben. Und da ist auch wieder die Verantwortung und die Forderung an die Wirtschaft, hier mitzuhelfen, auch im Schulbereich. Da geht es nicht darum, wer sich ein Federl holt, weil die Konsequenzen wissen wir, wenn die Jugend nicht beschäftigt werden kann. Gerade in dem Haus gibt es keine Diskussion, wo wir in der Frage eine gegenteilige Auffassung haben. Wir müssen alles daransetzen, daß die Jugend beschäftigt wird. Jetzt zum eigentlichen Tagesordnungspunkt 7 bezüglich dieser Technologien. Wir wissen, daß wir in der Wirtschaft Gott sei Dank in der Steiermark hervorragende, und du hast es bereits aufgezählt, und da bin ich bei dir, Betriebe haben. Natürlich habe ich ein Problem, weil mein lieber Freund Heinz Vollmann hat ganz nasse Augen bekommen, als du die ganzen Betriebe aufgezählt hast. Er hat gesagt, ein Pech habe ich, diese sind nicht in der Obersteiermark, sondern das ist alles rund um Graz. Man sieht auch, daß der Bedarf an Technologie und an Arbeitsplätzen in dem Zusammenhang in der ganzen Steiermark vorhanden ist und wir jetzt als Grazer ein bißchen Glück haben, daß wir sagen können, durch das Ballungszentrum sind sie hier angesiedelt. Wir sollten auch das Design Center in der Mikroelektronikerzeugung in Unterpremstätten weiterbetreiben, wo die Möglichkeit geboten werden soll, und es gibt auch schon ein Konzept, das erarbeitet wird, daß Betriebe mit dem Werk ihre Technologien, ihre Produkte entwickeln. Wir sind dann wirklich Vorreiter, und das ist auch für Österreich und für die Steiermark natürlich eine große

Geschichte. Daher meine ich, wir sollen uns natürlich nicht nur um diese neuen Technologien kümmern, was ich schon einsehe, aber wenn das Land sagt, na gut, wir haben eigentlich schon einige Cluster (das schöne Zauberwort), dann trete ich auch dafür ein, daß ich sage, ich brauche nicht auf Grund des Antrages – das hat sicher nicht bedurft von den Freiheitlichen – den Antrag zu stellen, sondern dazu stehe ich, und dazu gibt es genügend Beispiele. Man sollte die vorhandenen Konzepte umsetzen und den Unternehmen die Möglichkeit geben, daß sie aus dieser Idee eben eine Wertschöpfung und eine Produktion haben. In dem Sinne darf ich einen Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Gennaro, Kaufmann, Ing. Hohegger und Huber, betreffend Durchführung einer Enquete Chancen des Technologieclusters „Produkte aus erneuerbaren Rohstoffen in der Steiermark“, einbringen. Die clusterorientierte Technologie- und Wirtschaftspolitik des Landes Steiermark hat in einigen Bereichen erste Erfolge zu erzielen. Durch verstärkte branchenübergreifende Kooperation von entlang der Wertschöpfungskette agierenden Unternehmen des Automobilclusters sind bereits jetzt positive Beschäftigungseffekte und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nachweisbar. Von besonderer Bedeutung für die Steiermark könnte der von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen als emergierend, als im Entstehen begriffen bezeichnete Cluster „Erneuerbare Rohstoffe“ sein. Dieser Cluster hat seine Basis in einer innovationsorientierten Landwirtschaft und könnte steirischen Unternehmen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil auf dem Wachstumsmarkt umweltverträglicher Produkte schaffen. Diese Produkte entsprechen den Kriterien der Nachhaltigkeit. Einige steirische Unternehmen sind bereits jetzt auf diesem Markt außerordentlich erfolgreich. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zum Thema Chancen des Technologieclusters „Produkte aus erneuerbaren Rohstoffen in der Steiermark“ eine Enquete durchzuführen. Bei der Organisation dieser Enquete sollte das Landwirtschafts-, das Wirtschafts- und das Wissenschaftsressort einbezogen werden. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.51 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Schreiner (15.51 Uh):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Lieber Kollege Gennaro, es ist an sich deinen Worten nichts Negatives beizufügen. Es ist so, wie du das beschreibst. Wir haben wirklich das Problem der Lehrstellen, das gehört zwar nicht zum Tagesordnungspunkt 7, aber wir haben das Problem der Wertigkeit der Lehrstellen. Ich weiß das als Vorstand eines Industriebetriebes. Ich bekomme Hunderte von Lehrlingen für einen Bürojob, ob jetzt auf technischer Seite oder auf kaufmännischer Seite. Aber wenn ich einen Schalungsbauer oder einen Maurer brauche, dann habe ich riesige Probleme, und das ist ein Imageproblem. Herr Kollege Hohegger, mit Ihren Ausführungen komme ich nicht ganz zurecht. Es wundert

mich, daß für Sie die Wirtschaftslage so erfreulich ist und daß alles so gut ist in dem Land. Sie haben offensichtlich nicht gelesen, was die Landesregierung selbst sagt zu dieser Vorlage, über die wir eigentlich sprechen. Da steht nämlich ein schöner Schlußsatz. Dieser Schlußsatz begründete die Ablehnung, warum wir keine neuen Studien mehr brauchen. In dem Schlußsatz steht folgendes, ich darf das kurz zitieren: Aus den vorangeführten Argumenten heraus läßt sich ableiten, daß eine gesonderte Inauftraggebung einer Studie zur Hebung zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft und deren Beförderung als nicht vorrangig notwendig erscheint, sondern die wissenschaftliche Empfehlung und die bereits vorhandenen Studien prioritär umgesetzt werden sollen. Das heißt, die Regierung stellt nicht mit Hausverstand – das ist vielleicht nicht möglich –, aber wissenschaftlich fest, daß sie nichts tut. Das ist die Aussage. Wir haben einen Umsetzungsstau. Das ist die Tatsache. Und vielleicht jetzt beim Tagesordnungspunkt 7 bleibend, möchte ich einmal sehen, wie eigentlich wirklich die Veränderungen in diesem Bereich in diesem Jahr waren, wobei ich, Herr Landesrat, gerne zugebe, daß es im Land auch durchaus positive Entwicklungen gibt. Die sind aber in erster Linie nicht darauf zurückzuführen, daß Ihre Politik so erfolgreich ist, sondern darauf, daß sich die Wirtschaft, die Industrie und das Gewerbe erfolgreich gegen die Unzulänglichkeiten der Politik noch wehrt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paier: „Aber stören tut es auch nicht!“) Besonders stören tun Sie eigentlich nicht in unserem Geschäft. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Für einen Vorstandsdirektor eine große Enttäuschung!“)

Meine geschätzte Kollegin, Frau Dr. Mag. Hartinger, mit der Sie ja so gerne sprechen, besonders wenn sie am Rednerpult steht, hat heute schon etwas gesagt, und zwar, daß die Ausgaben im Lande für Forschung und Entwicklung noch immer in der Größenordnung von 1,5 Prozent sind, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Da hat sich eigentlich nichts Wesentliches geändert. Wir wissen, daß wir mindestens ein Prozent unter dem internationalen Durchschnitt sind. Wir wissen, daß wir gegenüber unserem Nachbarland Bayern ungefähr 3 Prozent hinten sind. Ich glaube, das ist keine erfreuliche Entwicklung. Was hat sich eigentlich noch im Bereich Forschung und Entwicklung wirklich bewegt? Da haben wir eine Forschungsstätte in der Steiermark, die ist anerkannt, die ist gut, die heißt Joanneum. Da hat man zwei Geschäftsführer, die gut eingearbeitet waren, so knapp über 50, im besten Alter, da ist man ein guter Geschäftsführer, da hat man sehr viele Fehler gemacht, die man dann nicht mehr macht, die hat man in die Wüste geschickt. Die sind aber gar nicht in der Wüste angekommen, sondern der eine davon ist heute Geschäftsführer im Arsenal in Wien und der andere ist Berater und hat eine gute Position beim Herrn Landesrat Leitl in Oberösterreich. Man hat die Qualifikation dieser beiden Mitarbeiter erkannt. Wir haben vier Mitarbeiter anstatt zwei angestellt, die sich jetzt einarbeiten müssen, die noch nicht bekannt sind. Es hätte der Herr Landeshauptmann Schachner einen Beitrag leisten können zum Budget, indem er die Mehraufwendungen für diese zusätzliche Beschäftigung der Forschung und Entwicklung zugeführt hätte. Aber es gibt auch noch einen dritten Punkt, wo sich etwas bewegt oder nicht bewegt oder viel-

leicht zu langsam bewegt. Ich habe hier einen Artikel, und zwar hat die Universität Wien eine Studie gemacht, und da gibt es einen Artikel, der heißt: Rascher zu Betriebsanlagen. Der Artikel ist vom 12. Juli 1997 aus dem Wirtschaftsblatt. Und da ist etwas sehr Erstaunliches drinnen, und zwar die Entwicklung, wie lange dauert ein Anlageverfahren in Österreich, gesehen im Zeitraum von 1993 bis 1996? Und da sehen wir die besondere Stellung der Steiermark, nämlich die besonders schlechte Stellung der Steiermark. Es hat sich in diesem Zeitraum die Verfahrensdauer in Österreich von 317 Tage auf 157 Tage verkürzt, das heißt halbiert. Es hat sich in Wien die Dauer der Verfahren von 338 auf 164 verkürzt, das heißt halbiert. In Kärnten von 322 auf 152 Tage, das ist etwas besser als halbiert. In Oberösterreich von 296 Tagen auf 127 Tage, das ist noch etwas besser als halbiert. Und in Salzburg von 223 auf 106 Tage, das ist auch besser als halbiert. Nur in der Steiermark waren wir immer schon Spitzenreiter mit einer Dauer von 355 Tagen und jetzt sind wir bei 272 Tagen angelangt. Wir brauchen doppelt so lange wie der nächste nahezu. Das heißt, sogar im Schnellerwerden sind wir langsam. Und das ist die Behinderung der Wirtschaft, von der wir sprechen. Das ist das Problem, das wir in diesem Land haben. Ich würde empfehlen, wirklich der Mitteilung der Landesregierung zu folgen, der wissenschaftlichen Empfehlung zu folgen und prioritär umzusetzen. Das wäre unsere Aufgabe. Weil sonst könnten Sie einen neuen Orden einführen, einen dreifachen Orden, einen in Bronze, einen in Silber und einen in Gold, und zwar den Schlafmützenorden, und hurtigst zur Verteilung schreiten. (Beifall bei der FPÖ. – 15.58 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Wir unterbrechen die Sitzung zur Abwicklung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an den Herrn Landesrat Ing. Ressel, betreffend Verschiebung des Beitritts zur Währungsunion.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ing. Schreiner das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten. Ich bitte, Herr Abgeordneter!

**Abg. Ing. Schreiner (16.00 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Auf Grund gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages bringen die Abgeordneten Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl und Wiedner folgende dringliche Anfrage an den Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel ein, die wir wie folgt begründen:

Es war, und ich möchte jetzt von der schriftlichen Begründung abweichen, das ist ja zulässig, sehr interessant, in den letzten Tagen der Diskussion, betreffend Euro – Verschiebung oder Nichtverschiebung und die Stellungnahmen zu hören, es war interessant. Eigentlich fragen wir uns, warum nicht die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion auf diese Idee gekommen sind. Verständlich wird das nur, wenn man vielleicht betrachtet, daß zwischen sozialdemokratischer Fraktion im Land und im Bund und der Regierung doch offensichtlich ein großer Unterschied ist. Wenn wir uns die Regierungsmitglieder auf Bundesebene anschauen, dann glauben wir, daß diese Regie-

rungsmitglieder nicht sozialdemokratisches Gedankengut verbreiten, sondern eigentlich schon Gedanken der Globalisierung der internationalen Wirtschaft, des internationalen Bankwesens lobbyisiert weiterbringen wollen. Wir haben das Gefühl, daß es eigentlich bei der Zusammensetzung der Bundesregierung auf sozialistischer Seite gar nicht mehr notwendig wäre, die Regierungsmitglieder zu wählen. Ich glaube, man könnte auch einen Head Hunter beauftragen und Manager und Spitzenkräfte aus dem Bank- und Industriebereich auf diesem Weg organisieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Machen Sie es kurz, ich will von Ihnen wissen, ob Sie für den Euro sind!“) Herr Landesrat Paierl, ich habe zirka 15 Minuten Zeit zu reden. Ich werde zwischen der siebenten und zehnten Minute darauf zurückkommen. (Beifall bei der FPÖ.) Ich darf vielleicht doch die Seite der ÖVP sehen, und da ist an sich sehr bemerkenswert die Werbekampagne des Herrn Ministers Dr. Schüssel. Ich habe sie vorgestern am Abend gesehen. Adrett mit Mascherl auftretend sagt Minister Schüssel folgendes: Können Sie sich vorstellen die Vereinigten Staaten mit 50 verschiedenen Währungen? Das heißt, er beginnt sofort unmittelbar mit den Vereinigten Staaten zu vergleichen. Man müßte vielleicht einmal einen Amerikaner fragen, ob er sich das vorstellen kann. Dieser wird wahrscheinlich aufschreien und sagen, nein, das können wir uns nicht vorstellen – greenback ist greenback. Aber wenn man ihn fragt und sagt, kann man sich vorstellen, daß in diesem Land es 50 verschiedene Sozialgesetzgebungen gibt, 50 verschiedene Arten einer Wirtschaftsgesetzgebung und 50 verschiedene Arten von Finanzgesetzgebung, dann wird der Amerikaner wahrscheinlich genauso sagen, das können wir uns auch nicht vorstellen, denn das hat mit Gemeinsamkeit nichts mehr zu tun. Ich glaube, dieser Vergleich ist von den Sozialdemokraten mit den Vereinigten Staaten auch nie angezogen worden, daß dieser Vergleich für unser Land Österreich auch nicht der richtige ist. Wir wollen und wir können uns mit den Vereinigten Staaten nicht vergleichen? Warum können wir uns nicht vergleichen. Die Vereinigten Staaten haben eine um 30 Prozent höhere Wirtschaftskraft, das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist, die amerikanische Wirtschaft – der Staat USA – verfügt nach wie vor über die Weltwährung, und er wird auch weiterhin über die Weltwährung verfügen. Da gibt es eine gute Aussage vom deutschen Finanz- und Börsenfachmann Pernecker, der sagt: Derzeit entfallen 61 Prozent der Weltwährung auf den US-Dollar. Kurz nach der Euroeinführung wird der Dollaranteil auf 80 Prozent steigen und sich bei rund 70 Prozent einpendeln. Das heißt, daß der Greenback zumindest kurz- bis mittelfristig durch den Euro an Bedeutung gewinnen wird. Ein Grund dafür ist, daß die D-Mark als Reservewährung der EWU-Staaten wegfällt, dennoch werden Österreich, Frankreich und Co., wenn ihr Devisen depot stabil gehalten werden soll, von Mark auf US-Dollar, Franken, Pfund oder Yen umsteigen – eine schöne Entwicklung. Es gibt auch noch eine zweite Aussage dazu, warum wir uns nicht vergleichen können, und zwar ist das von einer sehr bekannten und berühmten Dame, die heißt Laura Thyssen, ist Professorin an einer renommierten kalifornischen Universität und war Wirtschaftsberaterin von Bill Clinton von 1992 bis 1996. In dieser Zeit hat Amerika bekanntlich einen

ganz guten wirtschaftlichen Aufschwung mitgemacht. Die Dame sagt (kommen jetzt unsere Fehler): Bei einer etwas flexiblen Auslegung der Kriterien könnte die Arbeitslosenrate in Deutschland oder Frankreich um ein bis 2 Prozent gesenkt werden. Auf diese Problematik der Arbeitslosenrate unserer Nachbarländer kommen wir dann noch zurück. Sie sagt auch, je größer der Währungsraum ist, desto unwichtiger der Außenwert der Währung, und das ist etwas, was für den Euro spricht, aber nur zu einem Zeitpunkt, wo die Einführung sinnvoll ist und wo die Randbedingungen stimmen. Es gibt noch eine weitere Aussage, die sagt, daß es eigentlich vielleicht nicht schlecht wäre, wenn der Euro gegenüber dem Dollar oder Yen schwächer werden würde. Das würde unserer Wirtschaft zugute kommen. Aber warum wir (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt kommts!“) – ich bin noch nicht zwischen der siebenten und zehnten Minute – gegen die Einführung des Euros zum jetzigen Zeitpunkt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wann soll er kommen?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hör zu!“) Jede Idee und jede Umsetzung einer Idee ist immer mit einem Zeitfaktor verbunden, ist an sich wirklich die Tatsache, daß die Grundlagen dafür noch nicht passen. Diese sind erst dann geschaffen worden in dem Moment, wo Wirtschafts-, Sozial- und Finanzgesetzgebung einigermaßen kompatibel in Europa sind, wenn ich damit Ihre Frage zwischen der siebenten und zehnten Minute beantworten durfte. Ich möchte dazu ganz offiziell vielleicht etwas sagen, weil Sie das immer wieder herausbringen wollen. Man kann und man muß auch durchaus eine unterschiedliche Ansicht haben. Wenn ich hier als Vorstand eines stark exportorientierten Unternehmens stehe, dann sehe ich die Europroblematik ganz anders. Ich bin natürlich relativ froh darüber, wenn er bald kommt, und zwar aus zwei Gründen: Der erste Grund ist der, daß ja letzten Endes der Euro für den Wirtschaftstreibenden, der grenzüberschreitend wirtschaftstreibend tätig ist, einen Entfall der Währungssicherungskosten bringt. Diese Währungssicherungskosten sind nur zirka 0,25 Prozent des Auftragsfalles. Dies ist durchaus möglich, denn es gibt da den sogenannten SWAB – das wissen Sie alle sehr gut. Auf der anderen Seite ist es natürlich relativ bequem, und im übrigen muß ich dazusagen, als exportorientiertes Unternehmen verrechnen wir sowieso schon mehr als 50 Prozent in Dollarkurs. Das ist die Meinung dazu, die ich als Geschäftsführer habe. Vielleicht wieder zurück zur eigentlichen Begründung, zum eigentlichen Thema. Was geht jetzt wirklich vor sich? Wir haben – jetzt groß gesehen – in Europa immer in einem Raum mit unseren Nachbarstaaten gelebt. Mit dem EU-Beitritt haben wir gemeinsam ein Zimmer betreten. Mit der Einführung des Euro legen wir uns mit unseren Partnern ins selbe Bett. Und das sind sehr große Partner. Diese sind ziemlich krank und werden uns anstecken. Welche Krankheit fürchten wir momentan am meisten, und welche Krankheit wird momentan am meisten in Europa besprochen, und welche Krankheit ist sozusagen jetzt Herzinfarkt und Krebs in einem? Es ist die Arbeitslosigkeit. Und da muß man jetzt einmal die Voraussetzungen unserer Nachbarstaaten sehen. Ich könnte Ihnen zeigen, will aber jetzt gar nicht allzuviel kramen, wie es momentan mit der Jugendarbeitslosigkeit aussieht und auch Arbeitslosigkeit im allgemeinen in Spanien, in Frank-

reich, in Italien und so weiter. Wir sehen, daß wir in Österreich im Verhältnis zu diesen großen Staaten, mit denen wir jetzt gemeinsam im Bett liegen, eigentlich sehr gesund sind. Natürlich haben wir uns diese Gesundheit der geringeren Arbeitslosigkeit teilweise auf Kosten der Zukunft erkaufte. Aber das ist jedenfalls ein Fundament und eine Basis, von der wir ausgehen. Wenn wir jetzt mit diesen Partnern über die Währung und über eine nicht mehr mögliche Schwankung der Währung in Zukunft so eng zusammenarbeiten werden, dann werden wir von diesen Partnern angesteckt werden. Es wird nicht stattfinden, daß speziell das Thema Arbeitslosigkeit sich auf dem Niveau Österreichs, wo wir schon damit unzufrieden sind, einfinden wird. Nein, es wird irgendwo ein Mittelwert werden. Wenn ich wieder das Wort Wirtschaftspolitik hinter meinem Rücken höre, dann sollte sich in erster Linie einmal die ÖVP Gedanken machen, wer letzten Endes die Wirtschaftstreibenden sind, denen sie ihr Hauptaugenmerk schenken sollte. Das sind die Klein- und Mittelbetriebe, das sind die Betriebe, und das waren offensichtlich früher Ihre traditionellen Wähler, die die Hilfe der Politik brauchen. Das sind die Nahversorger. Die haben sowieso nichts vom Euro. Die haben etwas davon, wenn letzten Endes auch Aufträge des Staates und des Bundes vergeben werden und sie Nutznießer sind und diese Aufträge abarbeiten können. Aber mit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien gehen wir einen gegenteiligen Weg. Das ist bekannt. Der Tischler oder der Schlosser oder der Spengler hat nichts davon mit zehn Beschäftigten, wenn wir jetzt großmächtig den Euro einführen. Im Gegenteil. Es ist eine Einschränkung und eine Kürzung des Budgets. Meine Damen und Herren, deswegen war ich der Meinung, daß eigentlich die Sozialdemokraten diesem Antrag zumindest sehr viel Geschmack abgewinnen müßten. Wir stehen vor der Situation, und wir haben das jetzt gehört, Deutschland wird wahrscheinlich in den Frühmonaten des nächsten Jahres die 5-Millionen-Marke Arbeitslosigkeit überschreiten und Europa insgesamt 20 Millionen. Meine Damen und Herren. Das sind unsere Partner in Zukunft über die Währung. Eine Währungsschwankung ist nicht mehr möglich.

Wir hatten ganz einfach die Nettoneuverschuldung erhöht und haben damit die Wirtschaft angekurbelt. Wir hatten 1988 zirka 4,8 Prozent, und im Jahr 1992 haben wir die Maastricht-Kriterien erfüllt und hatten 3 Prozent. Meine Damen und Herren, wir haben diese Bandbreite nicht mehr zur Verfügung. Wir müssen in Zukunft 3 Prozent immer halten. Man wird von uns diese Disziplin einfordern. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie wollen mehr Schulden machen, über 3 Prozent!“) Ich würde vorausblickend auf das nächste und übernächste Jahr durchaus im Sinne der Aussage der Frau Thyssen die Maastricht-Kriterien lockerer sehen. Es wird notwendig sein. Meine Damen und Herren, noch ist Österreich wohlhabend, aber wir liegen mit Kranken im Bett. Die werden etwas dagegen haben, daß wir wohlhabend bleiben. Das wird Substanz kosten. Meine Damen und Herren, zum wiederholten Male, denken Sie darüber nach, ich möchte wirklich einen Appell richten an die SPÖ-Abgeordneten, nachzudenken, wo unsere Probleme liegen, wirklich darüber nachzudenken, ob das Wohl – das gilt jetzt auch für die ÖVP-Seite – der Menschen, die nicht global tätig sind, nicht in der Großindustrie tätig sind,

nicht in den Vorstandsebenen der Banken tätig sind, das ist nicht das Wohl, das Ihnen am Herzen liegen muß, sondern das Wohl der vielen Menschen in diesem Land, der Bürger in der Steiermark und in Österreich. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Da tun Sie mir aber wirklich leid!“) Haben Sie nicht geklatscht? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze!“)

Deswegen darf ich jetzt die dringliche Anfrage auf Grund meines herzlichen Appells einbringen wie folgt:

Erstens: Sehr geehrter Herr Landesrat, sind Sie überzeugt davon, daß der von Ihren Parteikollegen im Bund forcierte Beitrittszeitpunkt zur Währungsunion der günstigste ist, und wenn ja, wie begründen Sie das?

Zweitens: Was spricht aus Ihrer Sicht gegen eine Volksabstimmung über die Teilnahme am Euro, vor allem mit dem Hintergrund, daß eine derartige in England, Schweden, Dänemark und möglicherweise auch in Frankreich durchgeführt wird?

Drittens: Sind Sie als Landesfinanzreferent der Steiermark überzeugt davon, daß eine ausreichende Harmonisierung der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik aller EU-Staaten, als Voraussetzung für das Gelingen einer Währungsunion, erfolgt ist?

Viertens: Erscheint für Sie eine Verschiebung der Einführung einer Währungsunion in rechtlicher Hinsicht möglich, und wenn nein, warum nicht?

Fünftens: Bergen Ihrer Meinung nach geschönte Budgets und daraus resultierende Sparpakete, die darauf abzielen, die Konvergenzkriterien zu erreichen, nicht ein Risiko für den zumindest mittelfristigen Erfolg?

Sechstens: Halten Sie in Anbetracht der Tatsache, daß Luxemburg als einziger Staat ohne budgetpolitische Manipulationen auskommt, eine Währungsunion mit starkem Euro für möglich, und wenn ja, worauf gründen Sie das?

Siebtens: Wie beurteilen Sie den Vorschlag von Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf einer fünfjährigen Testphase, in der es innerhalb der EU zwar feste Wechselkurse, aber noch keinen Euro geben soll, um in dieser Zeit die nachhaltige Erfüllung und Einhaltung der Konvergenzkriterien durch die Mitgliedsstaaten zu prüfen und dadurch die Unsicherheiten und Risiken einer überhasteten Euroeinführung zu minimieren?

Achtens: Treten Sie für die Aufnahme der Beschäftigung als zusätzliches Konvergenzkriterium ein?

Neuntens: Wie werten Sie die zahlreichen ablehnenden Stimmen namhafter Experten und Politikerkollegen aus Ihren eigenen Reihen hinsichtlich der Einführung des Euros zum geplanten Zeitpunkt?

Zehntens: Wie hoch werden im Falle eines Eintrittes in die Währungsunion die damit für die Steiermark verbundenen Kosten sein, und in welchen Bereichen ist mit Kosten zu rechnen?

Elfens: Wie begründen Sie der steirischen Bevölkerung gegenüber die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte eklatante Arbeitsplatzvermehrung durch die Währungsunion?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. – 16.18 Uhr.)

**Präsident:** Zu dieser dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr dem Herrn Landesrat Ing. Ressel das Wort zur Beantwortung. Ich bitte, Herr Landesrat!

**Landesrat Ing. Ressel (16.18 Uhr):** Danke! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorweg muß an dieser Stelle festgehalten werden, daß eine dringliche Anfrage, betreffend die Einführung des Euro, gemäß der geltenden Geschäftseinteilung der Steiermärkischen Landesregierung, verlautbart in der Grazer Zeitung vom 12. September 1997, an die für die Europaabteilung des Landes zuständigen Mitglieder der Landesregierung zu stellen ist.

In diesem Fall sind dies Frau Landeshauptmann Klasnic und Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner im Koreferat, die auch für „Information des Landtages und der Landesverwaltung über Entwicklungen in Angelegenheiten der europäischen Integration“ zuständig sind.

Des weiteren verweise ich auf den dementprechenden Bericht des Finanzressorts, der heute dem Finanz-Ausschuß zur Behandlung am 2. Dezember zugewiesen wurde. Eine Beantwortung meinerseits erfolgte daher ohne Präjudiz für die Zukunft, um den geplanten Ablauf der heutigen Landtagssitzung zu gewährleisten.

**Zur Frage eins:** Ich bin überzeugt davon, daß sich der von der Bundesregierung gewählte Beitrittstermin für die Steiermark schon günstig ausgewirkt hat, da das Erreichen der Maastricht-Kriterien eine wesentliche Motivation für die Effizienzsteigerungen im Umgang mit dem Landesbudget war und ist.

**Zur Frage zwei:** Für die in der Anfrage genannten Länder gelten andere Kriterien sowohl in wirtschaftlicher, als auch in währungspolitischer Hinsicht.

**Zur Frage drei:** Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß über die Währungsunion ein wesentlicher Beitrag zur Harmonisierung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern der EU und damit im Endeffekt zur Stärkung der EU insgesamt geleistet wird.

**Zur Frage vier:** Gemäß mündlicher Mitteilung aus dem Finanzministerium wäre eine Verschiebung der Einführung der Währungsunion bis 31. Dezember 1997 rechtlich möglich.

**Zur Frage fünf:** Als Finanzreferent der Steiermärkischen Landesregierung bin ich für das Landesbudget verantwortlich. Dieses Budget wird nach den Richtlinien der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung des Bundes sowie nach der Zahlungs- und Verrechnungsordnung des Landes erstellt.

**Zur Frage sechs:** Ja, da die Stärke einer Währung Ausdruck der dahinterstehenden Wirtschaftskraft ist.

**Zur Frage sieben:** Der EU-Vertrag sieht die Phase 2, die sogenannte Beobachtungsphase, zeitlich vor der Phase 3, der Umsetzungsphase, vor. Die Überwachung

dieser Abläufe wird laufend verfeinert und an aktuelle Wirtschaftsverhältnisse angepaßt, wofür es auch dementsprechende detaillierte Programme gibt.

**Zur Frage acht:** Ein eindeutiges Ja.

**Zur Frage neun:** Für diese ablehnenden Stimmen sind Gründe in den Heimatländern maßgeblich.

**Zur Frage zehn:** Über die mit der Umstellung auf den Euro verbundenen einmaligen Kosten gibt es für einzelne Wirtschaftsbereiche, wie etwa dem Bankensektor, ebenso Studien wie über die folgenden Einsparungen durch Wegfall von Transaktionskosten, wie beispielsweise Devisengeschäfte, Absicherung des Wechselkursrisikos et cetera innerhalb der Union.

**Zur Frage elf:** Das Wirtschaftsforschungsinstitut beziffert die Zunahme an Arbeitsplätzen mit 20.000 bis 25.000 in den ersten fünf Jahren nach Einführung der Währungsunion. (Beifall bei der SPÖ. – 16.22 Uhr.)

**Präsident:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Peinhaupt (16.22 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man könnte den Eindruck gewinnen, daß der Finanzlandesrat sich bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage, die er nur anstatt der Landeshauptfrau Klasnic vorgenommen hat, seinen eigenen Ausführungen zufolge sich in einer gewissen Resignation oder in einem gewissen Wurschtigkeitsgefühl befindet, denn es läuft ja eh. Es läuft ja eh, laßt mich mit dem in Ruhe. Ich glaube, das ist eine Entscheidung – (Abg. Mag. Erlitz: „Bei euch läuft es nicht!“) Schau einmal, wo deine Füße aufhören, dann weißt du, daß du im luftleeren Raum bist. (Beifall bei der FPÖ.) Meine Damen und Herren, es geht nicht um die Wurschtigkeit, daß man ein Budget eben recht und schlecht hinfrisiert, daß man die Maastricht-Kriterien, wie sie so schön heißen, erfüllt, mit welchen Tricks auch immer, es geht darum, der Bevölkerung zu sagen, was kommt denn eigentlich auf euch zu. Und all das, meine lieben Freunde, wird unterlassen. Eingangs hat es mir leid getan, daß wir, und auf das hat uns der Herr Finanzlandesrat aufmerksam gemacht, die dringliche Anfrage nicht an den Kompetenten, also an ihn, eingebracht haben, sondern an die Landeshauptfrau. Wir dachten uns, man könnte es in diesem Hause als Beleidigung auffassen, wenn schon wieder eine dringliche Anfrage an die Landeshauptfrau Klasnic kommt, die politische Inhalte als Zielsetzung formuliert.

Meine Damen und Herren! Wie ernst es den Steirern und Steirerinnen mit diesem Thema ist, das hier in einer sonderbaren Polemik abgehandelt wird, darf ich Ihnen schon sagen, denn in einem Zeitungsausschnitt der „Kleinen Zeitung“ aus dem Jahr 1995 wurde eine Euroaufklärung durchgeführt über eine ganze Woche hindurch. Die „Kleine Zeitung“ hat dann gesagt, selbstverständlich wollen wir eine Abstimmung haben. Die Leute sollen anrufen, ob ja oder nein. Je nachdem, wofür sich die Bürger dieses Landes entscheiden, diese Meinung wird an höchster Stelle



plaziert. Das Ergebnis dieser Euroumfrage und die Meinung der Bürger in diesem Land: 80 Prozent blieben lieber beim Schilling. (Abg. Tasch: „Das ist eine totale Lüge!“) Willst du behaupten, daß die „Kleine Zeitung“ Lügen verbreitet? (Abg. Tasch: „Nein, aber du hast Lügen verbreitet. Du mußt schauen, wie euer Volksbegehren läuft!“) Lieber Kurt Tasch, versuche nicht, deinen eigenen Salto rückwärts mit tödlichem Ausgang, wie es dein Wirtschaftslandesrat zu sagen pflegt, unter einem Telemark zu verstecken. Es wird dir nicht gelingen, denn so sportlich bist du nicht. (Abg. Tasch: „Ich werde einmal mit dir Schifahren gehen!“) Ich habe mir die Mühe gemacht und einmal versucht, was steht denn eigentlich hinter dem Vertrag und den vertraglichen Bindungen, die wir einzugehen haben. Wir wissen alle, daß im EU-Vertrag, im EG-Vertrag in den Artikeln 102 bis 109 die Wirtschafts- und Währungsunion definiert ist. Und zur Erreichung dieses Zieles gibt es ein Grünbuch, das Sie alle in Ihren Schubladen liegen haben, aber nicht gelesen haben. Denn in diesem Grünbuch steht zwar drinnen, wie die Währungsunion zu erreichen ist, das ist nicht genau definiert, aber was ganz genau definiert ist, ist der Zeitplan, und zwar wie schnell. Und das erinnert mich, und das muß ich ganz ehrlich sagen, in dieser Phase an den Helmut Qualtinger, der gesagt hat, ich weiß zwar nicht wo ich hinahre, wichtig ist nur, daß ich schnell dort bin. So kann es doch nicht gehen, wenn man am Rücken der Leute dieses Spiel treibt, daß Sie willens sind, auch nicht die Intentionen des Grünbuches der EU, das von den österreichischen Verhandlern selbst mitgetragen wurde, daß Sie nicht einmal diese Intentionen vollziehen wollen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß das Grünbuch drei Ansprüche stellt, und einer dieser Ansprüche ist die Gewinnung der für den Erfolg des Unterfangens Euro unverzichtbaren Akzeptanz und Unterstützung der Öffentlichkeit in jeder einzelnen Phase des Prozesses. Womit könnten Sie diesem Punkt mehr Rechnung tragen, als Ihr Ja zu einer Volksabstimmung zum Euro zu geben. Meine Damen und Herren! Wir haben auch sehr viel über den Fahrplan gehört, vor allem auch vom Herrn Finanzlandesreferenten, der gesagt hat, naja, jetzt sind wir schon einmal da, jetzt müssen wir halt weiterfahren, obwohl es rechtlich möglich ist, eine Verschiebung dieses Euros noch bewerkstelligen zu können. Ich kann auch hier aus einer nichtösterreichischen Stimme zitieren, und zwar des Präsidenten des Deutschen Wirtschaftsbundes, der gesagt hat: Der Euro kommt zu früh, denn wir haben keine Begleitmaßnahmen hinsichtlich der Arbeitslosen. Wir haben keine Regelungen in diesem Bereich, und anbei, lieber Herr Landesrat Paiarl, steht dort auch noch, daß die Wirtschaften dementsprechend zu harmonisieren sind, vor allem im Bereich – Reizwort für Gennaro – der Lohnnebenkosten. Das kommt nicht aus Österreich, sondern das kommt aus Deutschland von führenden Wirtschaftsleuten. Ich möchte Ihnen jetzt anhand dieses Fahrplanes beweisen, wie Sie uns – die Regierungsparteien – schon einmal angelogen haben. Wir haben am 1. Juli 1990 die erste Stufe der WWU bekommen. Wer es noch immer nicht weiß, was das heißt, sage ich es noch einmal: Wirtschafts- und Währungsunion. Wir haben dann im Jahre 1991 mit Beginn 1992 die Maastricht-Kriterien beschlossen. Mit dem 1. Jänner 1994 kam die zweite Phase der WWU,

wo bereits das Währungsinstitut – EWI – eingerichtet wurde als Vorstufe zur Europäischen Zentralbank. Und nach diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, wagen sich profilierte Politiker vor der Abstimmung zum Beitritt zur Europäischen Union natürlich hinaus und sagen, daß mit dem EU-Beitritt nicht automatisch auch die Währungsunion beschlossen ist. Wir haben noch immer das Vetorecht. Die Entscheidung wird in Österreich fallen – 28. Mai 1994 Altbürgermeister Dr. Zilk. Wenn es heißt, in der EU wird der österreichische Goldschatz weggenommen oder Wasser nach Spanien gepumpt oder der Schilling wird abgeschafft, ist das ein unerträglicher Unsinn. Der Unsinn liegt darin, daß man damals gelogen hat und heute nicht weiß, wie man der Bevölkerung glauben machen soll, daß dieser Euro etwas Positives ist. Denn, und ich komme auf deine Beine zurück, Kollege Erlitz, Lügen haben kurze Beine. (Beifall bei der FPÖ.) Die Kollegen der SPÖ kennen sicherlich noch ihren ehemaligen Kollegen Cap oder auch die Frau Ederer, die auf Grund ihrer Versprechungen, die jetzt nicht gehalten werden können, auch fort sind. Meine Damen und Herren! Warum diese Anfrage der Freiheitlichen mit der Dringlichkeit belegt ist, ist einzig und allein darin zu erklären, daß das Ende der zweiten Phase der WWU mit 1. Mai 1998 abgeschlossen ist. Und das ist die unwiderrufliche Festlegung des bilateralen Wechselkurses unter den Mitgliedsländern. Das ist die Dringlichkeit, warum wir handeln müssen. Landesfinanzreferent Ressel hat das sehr deutlich gesagt, wir haben die Möglichkeit zu handeln, wollen wir dem Österreicher noch sein Recht verschaffen. Daß möglichst breite Akzeptanz gesucht werden muß, das wird schon gemacht. Die Wirtschaft macht es mit spitzfindigen Zwischenrufen, an denen sie selbst scheitert, und der Molterer als Vertreter der ÖVP geht hinaus und schickt an jeden Haushalt 100 Fragen zum Euro. Man kann mit einem Wort sagen, der Unmut derer, die lügen müssen, um ein Ziel durchzusetzen, und zwar ein Ziel politischer Willkür, wo politische Willkür vor den fachlichen und sachlichen Voraussetzungen steht, je näher der Euro rückt, desto intensiver wird auf einmal die Information. Wie es aber, meine Damen und Herren, in Österreich halt einmal so ist, die Gegenstimmen, die wollen halt nicht gehört werden. Und wenn man so manchen von euch sieht, wie er in den Bänken lauert, dann weiß ich auch, daß er es nicht hören darf (Beifall bei der FPÖ.), denn fest eingefahren Scheuklappen, nicht links, nicht rechts, ja nicht ausrutschen, Parteitreu, nach vor, marsch, egal, was hinter mir passiert, was mit den Bürgern passiert, wir werden das schon irgendwie reparieren, sagt man jetzt. (Abg. Riebenbauer: „Kollege Peinhaupt ...!“) Du, ich komme jetzt sofort auf die Landwirtschaft, paß jetzt auf, jetzt wird es gefährlich. Meine Damen und Herren, ich habe mich bemüht, weil man ja von seiten der Landwirtschaftsvertreter Österreichs der Euro und die Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Raiffeisenbanken selbstverständlich sagt, diesmal nicht Vranitzky sondern Schwarzböck, ohne Wenn und Aber, und so schnell als möglich, und als Begründung dafür die Währungsturbulenzen zu Beginn des Jahres 1995 herinnert. Nicht dazusagend, daß die Währungsturbulenzen ausgelöst worden sind durch eine Wertsteigerung des Schillings bei gleichzeitiger Inflation der italienischen Lira. Nicht sagend, daß die Landwirt-

schaft einem anderen Bemessungssystem unterliegt, denn das Ecu-EWS-System, das weißt du wahrscheinlich auch, Kollege Riebenbauer, das ist eine Bemessungseinheit, die dem LUK, dem landwirtschaftlichen Umrechnungskurs, zugrunde gelegt wird. Und du weißt aber auch, daß im landwirtschaftlichen Umrechnungskurs dementsprechende Sicherheitsvorkehrungen sind. Zum Beispiel der Grüne Kurs und der eingefrorene Grüne Kurs. Das heißt, jene Turbulenzen haben sich nur auf die Marktordnung durchgeschlagen, nicht allerdings auf die bleibenden Förderungen. Und wißt ihr, was die Europäische Kommission mit Oktober dieses Jahres gesagt hat? auf Grund der Beibehaltung dieses Systems für die Landwirtschaft hat die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1996/97 ein zusätzliches Einkommen von 1,7 Milliarden Ecu erwirtschaftet, nur über die Stabilität des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses. Und wenn dann Bauernvertreter hinausgehen und sagen, ich rechne diese Entwicklung des ersten Halbjahres 1995 hoch, diese Flaute mit Italien, so sind sie dann etwas schief gewickelt. Mitte des Jahres haben wir bereits eine Inflation des Schillings gehabt und damit bis ins Jahr 1996 hineintragend natürlich eine Steigerung des Produktpreises gehabt. Nur, die EU hat uns den Schaden aus 1995 dahin gehend abgegolten, indem wir zwei Tranchen an Zahlungen bekommen haben, einmal 225 Millionen Schilling und einmal 512,7 Millionen Schilling. Der Schaden hat nach Schwarzbäck – nicht meine Zahlen – ausgemacht 400 Millionen Schilling. Also hat Österreich auf Grund dieses Systems der landwirtschaftlichen Bemessung einen weiteren Gewinn gehabt. Man sollte das nicht hintanstellen und das als Negativargument hinstellen. Des weiteren darf ich euch sagen, wenn heute Molterer hergeht und sagt, endlich ist dann der Preisvergleich zwischen landwirtschaftlichen Produkten verschiedener Länder möglich, so hat er selbstverständlich recht. Der Preisvergleich ist da, nur die Preise werden nicht gleich sein, denn die anderen Länder haben andere Steuersysteme, es wird nach wie vor in Italien günstiger sein, Betriebsmittel einzukaufen. Und das, was wir damit erreichen, wenn wir jetzt ohne Homogenisierung der Wirtschaft in diesen Euro hineingehen, ist das, daß der Österreicher nach Italien fährt und seine Betriebsmittel einkauft, aber sie nicht in Österreich kauft. Außer die Regierung läßt sich wieder etwas einfallen, nämlich die Anerkennungspflicht. Ich habe zwar den Preisvergleich, aber ich darf nicht kaufen, weil die das in Österreich nicht wollen. Ich glaube, so ein mieses Spiel werden Sie hoffentlich nicht spielen. Aber versuchen wir einmal die Möglichkeit eines Staates, nicht abwerten zu dürfen, von einer anderen Seite zu betrachten. Eine Abwertung eines Landes passiert ja nicht aus Jux und Tollerei (Abg. Schinnerl: „Sehr gut!“), sondern es ist eine Feuerwehreaktion, eine Feuerwehreaktion, um einen Haushalt zu sanieren. Finanztechnisch zu sanieren, wenn eben mehr eingekauft wird als verkauft wird. Wenn das Haushaltsgefüge instabil ist, dann gelingt es durch kurzfristige Abwertungen, der Wirtschaft dementsprechend unter die Arme zu greifen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. In der Privatwirtschaft würde das Konkurs heißen, wenn man dieses Regulator nicht hätte. Nur, wie schaut es denn aus, wenn der Euro diese Möglichkeit der nationalen Abwertung

unterbindet? Was wäre die Folge? Weitere Einkommensverluste? Weitere Importe? Wir könnten natürlich nach Italien importieren, überhaupt kein Problem. Nur, Italien wird nicht mehr die Kaufkraft haben, uns das um den Preis, den wir auch brauchen, abzukaufen. (Abg. Purr: „Exportieren!“) Gut, daß du mich daran erinnerst, ein guter Wirtschaftssprecher, du kennst hoffentlich die Bilanz zu Italien. 51 Milliarden Schilling exportieren wir, aber 61,7 Milliarden importieren wir aus Italien, das nur nebenbei bemerkt. Nur, wir haben dann den Effekt, wenn das über den Euro nicht mehr möglich ist, daß dann andere diesen Haushalt ausgleichen müssen. Und wer diese anderen sein werden, das können wir uns alle denken. Meine Damen und Herren, wir von der Freiheitlichen Partei sind zutiefst überzeugt, daß wir in einen Tunnel einfahren, wo wir nicht wissen, was uns danach erwartet, daß wir gleich bei der Abstimmung zum EU-Beitritt die Hausaufgaben nicht erledigt haben. Ich erinnere Sie nur an Ihre Versprechungen, alles wird billiger, alles wird günstiger. Hinein in das Schlaraffenland europäischer Union. Fragen Sie die Bürger draußen selbst. Ich brauche Ihnen hier nichts zu sagen. Aus Angst, daß das mit dem Euro noch einmal passiert, und aus der Verpflichtung heraus, die Meinung des Österreichers in die Parlamente dieses Landes zu bringen, erlauben wir uns, folgenden Beschlußantrag einzu-  
bringen.

„Nur eine sorgfältig vorbereitete Währungsunion mit durchdachten wirtschaftspolitischen Verantwortungen, Abläufen und Strategien ist geeignet, die wirtschaftliche Wohlfahrt und damit auch die Beschäftigungslage gegenüber dem derzeitigen Zustand zu verbessern. Nach wie vor sind eine Reihe heikler Wirtschafts- und allgemeiner politischer Fragen noch nicht ausreichend beantwortet.“ Diese von Prof. Helmut Kramer im Zusammenhang mit politischen Überlegungen zur Währungsunion getätigte Aussage beschreibt die derzeitige Situation sehr treffend. Da fast kein europäisches Land – ohne entsprechende Budgetkosmetik – in der Lage ist, das Kriterium des Gesamtschuldenstandes für den Euro zu erfüllen, erscheint der gewählte Zeitpunkt mehr als übereilt. Unbeeindruckt von dieser Tatsache sowie von Warnungen namhafter Experten steuert die Regierungskoalition unter Einsatz aller ihr zur Verfügung stehender Mittel – 100 Millionen zur Erinnerung – der Einführung des Euro entgegen. Da die Abschaffung der eigenständigen Schillingwährung im Zuge der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung eine der wichtigsten Entscheidungen der Zweiten Republik darstellt, sollte dies erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn alle wirtschaftlichen Voraussetzungen auch tatsächlich den Erfolg einer Währungsunion gewährleisten können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und mit allem Nachdruck die für 1. Jänner 1999 geplante Währungsunion zu verschieben und eine solche erst dann ins Auge zu fassen, wenn alle wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür erfüllt sind und sich das Volk in einer diesbezüglich durchgeführten Volksabstimmung auch dafür ausspricht.

Im Sinne des Demokratieverständnisses in dieser Nation bitte ich Sie, diesen Beschlußantrag zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ. - 16.41 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ich möchte es gleich vorausschicken, ich bin für die Einführung des Euro. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Aber?“) Nicht aber, jedoch! Aber wäre zu einfach. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „jedoch ich darf nicht!“) Wie wir vor dreieinhalb Jahren den Entschluß des österreichischen Volkes, dieser europäischen Union beizutreten, zur Kenntnis genommen haben - (Abg. Tasch: „Kollege ...!“) Kurti, du kannst dich dann melden, wenn du was zu sagen hast, jetzt bin ich am Wort. (Abg. Tasch: „Das ist unübersehbar!“) Danke! Ich komme wieder darauf zurück, daß wir im Jahre 1994, und zwar am 12. Juni, diesen historischen Beschluß gefaßt haben, in die Europäische Union zu gehen, war es klar, daß wir mit dieser Europäischen Union eine Fülle von Maßnahmen mitübernehmen und mittragen werden und auch werden müssen und eine Fülle von Handlungen für uns als Staat zu setzen sind, um ein Gelingen dieses gemeinsamen Europas auch mitverwirklichen zu können. Und es war für mich selbstverständlich, daß das, was im Zusammenhang mit diesen Aufgaben gesagt wurde, als erstes gestanden ist der Binnenmarkt, der gemeinsame Markt, die gemeinsame wirtschaftliche Arbeit, als zweites dazu die Harmonisierung der Mitgliedsländer in den verschiedenen Bereichen und als drittes und als krönende Maßnahme der gemeinsame Euro, nämlich die gemeinsame Währung, die mir dann die Probleme des Herrn Vizekanzlers Schlüssel wegnimmt, wenn er mit seinen 1000 Schilling durch Europa fährt, wobei ich manchmal doch die Frage äußern muß, woher sich nach der neuen Rechtschreibordnung das Wort „Schlüssel“ ableitet. Realität ist in der Zwischenzeit folgendes passiert: Der Binnenmarkt beginnt langsam zu laufen, und auf der anderen Seite reden wir schon vom vierten Schritt, nämlich dem der Osterweiterung, wobei ich dazusagen muß, daß viele Menschen, die sich für dieses gemeinsame Europa entschieden haben, davon getragen waren, daß die Sicherheit, die dieser große Raum für Europa bringt, ein sehr wesentlicher Bestandteil ist und sicherlich es wert ist, näher ausgeführt zu werden, wobei ich dazusagen muß, es ist nicht der einzige Faktor, den wir in diesem Europa zu erwarten haben. Somit haben wir nunmehr in diesem Prozeß die beiden ersten Schritte zu erledigen, nämlich den gemeinsamen Markt, die damit verbundene wirtschaftliche Komponente und die Harmonisierung, weil uns ja in Kürze dieses gemeinsame Stück Geld, auf das wir vorbereitet werden, ins Haus steht und wir auch gewisse Voraussetzungen zu erfüllen haben, von Konvergenzkriterien und so weiter. Wir haben den ersten Schritt noch gar nicht getan, nur tun wir schon den dritten. Jeder, der jemals eigene Kinder oder Enkelkinder gehabt hat, weiß, wie lustig es ist, wenn die Kinder zu laufen beginnen und drei Schritte auf einmal machend nach dem ersten Schritt gleich auf die

Nase fallen. Nun glaube ich nicht, daß man gleich auf die Nase fallen müßte, weil ich ja immer noch hoffe, daß unsere werten Vertreter in den entsprechenden Gremien und auch unsere Bundesregierung dieses Land sehr sorgfältig auf den Schritt Währungs- und Wirtschaftsunion, gemeinsame Währung und gemeinsamer Euro, mit derselben Sorgfalt vorbereiten, mit der sie gerade jetzt interessanterweise zwei neue Zahlungsmittel herausgebracht haben, damit wir uns langsam aber sicher daran gewöhnen, daß wir es mit neuem Geld zu tun haben. Ich habe mir gedacht, wenn Sie das mit derselben Sorgfalt tun, meine Damen und Herren, wie Sie das im Jahre 1993 und 1994 im Zuge der Verhandlungen mit der EU getan haben, wie es um den Beitritt Österreichs gegangen ist, dann kann ich mich ruhig niederlegen und ruhig schlafen, weil dann weiß ich, daß das hervorragendst erledigt worden ist, und zwar so hervorragend, daß wir heute noch darunter leiden. Die vielen Erfolge, die nicht ausgeführten Hausaufgaben, die unsere Bundesregierung anlässlich der Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt hat, die spüren wir heute noch. Und all das, was man uns versprochen hat, ist bis heute noch nicht eingetreten. Aber eines, meine Damen und Herren, kann man uns nicht nehmen, nämlich zu hoffen, daß es noch eintreten wird, zu hoffen, daß wir die großen Benefizien, die auf uns zukommen, nicht haben werden. Wir haben in der Zwischenzeit eine globalisierte Wirtschaft, wir erleben große Veränderungen am Aktienmarkt, am Bankensektor oder anderen Sektoren, die zwar mit der Arbeit nichts zu tun haben, aber wir erleben Unternehmungen, die in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, und wir erleben tagtäglich trotz vielfacher Beteuerungen, es sei anders, daß die Arbeitslosenzahlen steigen, und nicht nur in Deutschland, nicht nur in Frankreich, nicht nur in Resteuropa, sondern auch in Österreich. Das ist bittere Realität. Und wir haben zu befürchten, daß es noch schlimmer wird. Wenn ich daran denke, wie die großen Zampanos 1994 durch die Lande gewandert sind im Zuge der großen Werbeaktion, nicht Aufklärungsaktion, gesagt haben, wir werden zwischen 30.000 und 70.000 mehr Arbeitsplätze haben. Facit ist, es ist umgekehrt. Wir haben jetzt schon bald 30.000 Arbeitslose mehr, als wir damals gehabt haben. Die Kurve zeigt noch immer nach unten, aber nicht nach unten in dem Sinn, daß sie spürbar weniger wird, wie wir sie in der Statistik darzustellen pflegen, sondern leider nach unten führt, was die positiven Aspekte bedeutet. Ich frage mich, ob es jetzt ausgerechnet, trotz nicht stattfindender Harmonisierung, die Bestandteile dieses EU-Vertrages sind, wo man gesagt hat, Binnenmarkt, Harmonisierung, gemeinsame Währung, daß es trotz dieses Vorziehens jetzt auf einmal besser werden soll. Im Gegenteil. Ich kann mich noch genau erinnern, wie gerade die sozialdemokratische Fraktion verlangt hat, daß der Sektor Arbeit, der Sektor Arbeitsmarkt als eines der Kriterien mitaufgenommen wird in diese Maßnahmen für eine Vorbereitung auf eine gemeinsame Währung, um zu gewährleisten, daß wir dort nicht auch auf dem Brüsseler Paket ins Ausrutschen kommen, so wie es manche Steirer gewohnt sind, in Wien auf den Hintern zu fallen. Meine Damen und Herren! Nichts ist passiert. Es hat eine einzige Maßnahme gegeben. Vor wenigen Tagen hat in Luxemburg - wenn ich nicht fehlgehe - eine Arbeits-

konferenz der EU stattgefunden. Dort ist ein sensationeller Beschluß gefaßt worden, der sicherlich bahnbrechend ist für das, was sich auf dem Arbeitsmarkt in der EU abspielen wird. Man hat beschlossen, die Situation Arbeitsmarkt den Ländern selbst zu überlassen – etwas, worum sich in Österreich eh schon viele bemühen.

Aber von gemeinsamen Möglichkeiten, gemeinsamen Lösungen, gemeinsamen Programmen oder sonstigem oder vielleicht auch gemeinsamen Impulsen, wenn es schon nicht möglich ist, Programme zu machen, war buchstäblich nichts zu spüren. Es hat nur einen Erfolg gehabt für Österreich, nämlich die kategorischen Bedenken der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, daß man unter solchen Voraussetzungen ernsthaft überlegen muß, ob man diesem Ding überhaupt beitreten kann. Diese wurden natürlich durch diese fachmännische Abwicklung selbstverständlich im Nu erstickt, und es ist jetzt mit diesem Ergebnis aus Luxemburg wohl kein Hindernis mehr, daß auch die hartgesottensten Hardliner der Gewerkschaft sagen werden, da draußen wird so gut gearbeitet. Daher brauchen wir uns um diese Maßnahmen keine Sorgen mehr zu machen, und der große Wunderwuzzi Euro wird uns dann alles lösen. Meine Damen und Herren! Einmal schon sind wir über den Tisch gezogen worden, ein zweites Mal sollten wir es tunlichst unterlassen. Auch die Argumentation zu sagen, wir haben über diesen Euro schon längst abgestimmt, hat sich als falsch herausgestellt. Und jetzt bin ich dort, wo ich hin will, nämlich dort, wo jetzt die große Diskussion hinläuft, daß die bösen Freiheitlichen schon wieder gegen den Euro sind und schon wieder gegen Europa sind. Meine Damen und Herren! Wir sind in guter Gesellschaft, sofern man als Freiheitlicher davon reden kann. Der große Stern am rosaroten Himmel Großbritanniens, ein Mann namens Blair, der sehr erfolgreich ist und der ein langes Imperium der Konservativen in England beendet hat, obwohl die Eiserne Lady und vielleicht noch ein Teil ihrer Nachfolger sehr gut gewirtschaftet hat und dieses Land mit sehr guten Maßnahmen nach vorne gebracht hat, hat selbst sagt, ich übernehme das Programm dieser Eisernen Lady, für mich aber kommt zum jetzigen Zeitpunkt ein Beitritt zur Währungsunion nicht in Frage, weil wir noch nicht darauf vorbereitet sind und weil wir auch glauben, daß die anderen noch nicht darauf vorbereitet sind. Und wir werden uns das anschauen, und dann werden wir uns entschließen, ob wir diesem Abenteuer beitreten. Wobei ich das Wort „Abenteuer“ willkürlich hinzugefügt habe, allerdings für mich in Anspruch nehme, daß ich nicht zitiert habe. Er hat gesagt, wir werden nicht beitreten, wir werden uns das anschauen. Das war der erste Teil seiner Aussage, aber die zweite Aussage in dem Zusammenhang war für mich noch viel wichtiger. Und selbst dann, meine Damen und Herren, hat er zur Presse gesagt, wenn wir uns entscheiden, diesen Schritt tun zu wollen, dann werden wir das Volk darüber entscheiden lassen. Das ist Demokratie, die sogar Sozialdemokraten sehr gut beherrschen. (Beifall bei der FPÖ.) Ich könnte jetzt sagen, das Land Schweden, das kurz nach uns – ich glaube, daß jeder in der EU gewußt hat, daß Österreich ein Musterschüler in dem Beitrittsprozeß, der 1994 stattgefunden hat, sein wird. Man hat uns als erster hingestellt, um den anderen als Vorbild zu die-

nen. Beim letzten hat halt dann die Wirkung nicht mehr so gut gegriffen, und die Norweger sind also nicht beigetreten. Aber selbst Schweden, ein Land, das also ähnliche kreiskysche Höhen in der Sozialdemokratie erlebt hat, die Verwirklichung des Sozialstaates und des Übersozialstaates, möchte ich sagen, weil Sozialstaat ist etwas Gutes, hat nach Zusammenbruch dieses Übersozialstaates erleben müssen und nach einem einmaligen Wechsel und einem Retourwechsel erklärt, heute klar und deutlich, meine Damen und Herren, wir sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage, dieser europäischen Währungsunion beizutreten, weil wir a) die Voraussetzungen selbst nicht erfüllen können und b) nicht sehen, daß andere Länder sie in dem Ausmaße erfüllen, wie es eigentlich vorgesehen wäre. Auch ein sozialdemokratisches Land ist das Land Dänemark, das ja schon beim Beitritt zur EU einen zweiten Anlauf gebraucht hat, um dann mit einer hauchdünnen 51 zu 49 Mehrheit das zu tun hat, von vornherein erklärt, sie werden sich das anschauen, und wie man in jüngster Zeit hört, versucht auch Frankreich unter Jospin auch bitte, meine Damen und Herren, unter dem Aspekt der im Lande stattfindenden Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit, die in vielen Bereichen vorhanden ist, einen anderen Weg zu gehen, weil sie sehen, daß es keinen Sinn hat, eine gemeinsame Währung einzuführen, wenn die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Das, meine Damen und Herren, ist der eine Teil. Da wäre ich jetzt im sozialdemokratischen Bereich geblieben. Nun, es gibt ja in der großen Koalition zwei Parteien, also gestatten Sie mir auch, daß ich mich ein bißchen über das unterhalte, was der konservative, die Volkspartei, der christlich-soziale Teil zu diesem Thema beizutragen hat. Da sehe ich zum Beispiel, wenn ich über die Grenze nach Bayern schaue, gibt es einen Ministerpräsidenten Stoiber, der unter Berücksichtigung der Struktur Bayerns, die also Österreich in vielen Bereichen sehr ähnlich ist, in der Landwirtschaft, in der Wirtschaft, in der Kleinstrukturiertheit der Wirtschaft, mit wenigen Ausnahmen in den Ballungszentren, aber mit einem starken Anteil an Klein- und Mittelbetrieben auch das Bundesland Baden-Württemberg, ähnlich strukturiert, mit denselben Bedenken, ist es a) die richtige Zeit, spielt es eine Rolle, wenn wir ein paar Jahre zuwarten, um auf der einen Seite uns selbst die Möglichkeit zu geben, unsere Chancen zu verbessern, und b) dafür zu sorgen, daß auch unsere Partner ihren Teil zu diesem gemeinsamen Vertrag erfüllen, nämlich Harmonisierung der Wirtschaft, des Sozialrechtes, des Budgetrechtes, Finanzrechtes und, und, und, alle Konsequenzen, die damit verbunden sind. Oder schmeißen wir uns Hals über Kopf mit einem Bauchfleck in ein Wasserbecken hinein, wo man nicht sieht, a) wie tief es ist und b) was da drinnen schwimmt. Und wenn ich mir dann noch den Herrn Biedenkopf in Sachsen nehme, der ein anderes Modell vorschlägt, aber von derselben Sorge getragen ist, weil natürlich die Bundesrepublik selbstverständlich auch als großer Zahler die Konsequenzen sieht, die eine neuerliche Belastung für Deutschland bedeutet und schließlich auch für Österreich bedeuten würde, das heißt, auch dort große Sorgen. Und einen, meine Damen und Herren, den habe ich mir aufgehoben, weil mit dem weiß ich nichts anzufangen. Ich weiß nicht, was er vorhat, der zukünftige Bundes-

kanzler von Deutschland, wie die Zeitungen munkeln. Er ist zwar jetzt noch nicht einmal Kandidat seiner Fraktion, aber er ist der große Favorit, und er steht im krassen Gegensatz zu einer CSU-CDU-FDP-Koalition in der Bundesrepublik, die sich bedingungslos in Richtung Euro begibt, und ich glaube, daß ein Teil seines Wahlkampfes auch darin bestehen wird, die Unterschiede Europa, auch Deutschlands, mit und ohne Euro sehr klar und deutlich herauszuarbeiten. Und es geht nicht darum, diesen Euro abzuwürgen. Ich sage es noch einmal, ich bin für diesen Euro, und ich glaube, wir alle werden einmal die Nutzen dieses Euro tragen. Nur bitte dann, wenn wir uns darauf vorbereitet haben, dann, wenn andere dieselben Kriterien erfüllt haben wie wir und sich auch angepaßt haben, weil wir sonst eine Wettbewerbsverzerrung haben in allen Bereichen. Und gerade gestern habe ich gehört, welchen Aufschrei es in der Wirtschaftskammer gegeben hat, wie man von der Osterweiterung gesprochen hat und man gesagt hat, um Himmels willen, das können wir jetzt nicht verkraften, weil die Wirtschaften sind zu weit auseinander, und das ist zu weit auseinander, und das ist zu weit auseinander, und das, und das, und das. Stummvoll im Radio, im Fernsehen, klar und deutlich hat er sich in diese Richtung geäußert. Nur, beim Euro ist es nichts anderes! Es ist um überhaupt nichts anderes. (Abg. Schinnerl: „Was sagen die Bauern!“) Von den Bauern rede ich nicht, weil ich keiner bin, das hat der Herrbert schon getan. Ich sage also, Euro, du unbekanntes Wesen, am Ende des Programmes des gemeinsamen Europas, Binnenmarkt, Harmonisierung, Währungs- und Wirtschaftsunion, wirst sicherlich jene Vorteile bringen, die wir uns von ihm erhoffen oder sagen wir, erwarten. Nur, zum jetzigen Zeitpunkt ist es in vielen Bereichen und von vielen Experten – nicht nur von uns, und wir fühlen uns da in ganz guter Gesellschaft – nicht der richtige Weg. Wir sind gezwungen, bevor wir dieses Abenteuer wagen, unsere eigene Sache in Ordnung zu bringen. Wir müssen auf dem Arbeitsmarkt etwas unternehmen, und wir müssen auch dafür sorgen, daß bitte unsere kleinen und mittelständischen Betriebe auf dieses Abenteuer vorbereitet sind. Die leben nicht vom großen Export. Und wenn ich heute gehört habe, wie schaut das mit dem Handelsbilanzdefizit aus? Das habe ich so herausgehört. Meine Damen und Herren, wir haben schon seit Jahren keinen Handelsbilanzüberschuß mehr; von wegen Wirtschaft, samt dem Tourismus nicht mehr. Der Tourismus hat uns über viele Jahre diesen Handelsbilanzüberschuß erhalten, aber heute haben wir ihn nicht mehr, gerade im Handel nicht. (Abg. Dr. Wabl: „20 Minuten!“) Und daher sage ich, es wäre sinnvoll und es wäre vernünftig, zum jetzigen Zeitpunkt diesen Schritt nicht zu gehen, sondern abzuwarten und die anderen aufmerksam zu machen. (Abg. Dr. Wabl: „Zeit!“) Bin ich schon drüber? (Präsident: „Fast!“) Ich bin schon knapp drüber, und das ist der Grund, warum wir dem Bürger sagen, laß dir Zeit, fahr nicht zu schnell, sondern versuche, das ordnungsgemäß abzuwickeln. Und das gilt auch für die Bundesregierung, das gilt auch für die Landesregierung, das gilt für alle. Wir sollen uns nicht in ein Abenteuer stürzen, von dem wir nicht wissen, wie es ausgehen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 17.02 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

**Abg. Porta (17.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren!

Wieder waren es die Freiheitlichen! Was haben die wieder gewagt? Ein Volksbegehren anzuzetteln. Um was geht es hier eigentlich? Es geht wirklich darum, daß der Bürger sein demokratisches Recht wahrhaben kann, abzustimmen, ob er den Schilling haben will oder den Euro will oder den Schilling jetzt noch haben will und den Euro später. Allein um das geht es, meine Damen und Herren. Ich bin schon sehr entsetzt, von der ÖVP habe ich es mir leider erwartet, weil sie zu diesem Thema nichts zu sagen hat, aber daß von der Sozialdemokratie, die die Vertreter der Arbeitnehmer sein sollen, der arbeitenden Menschen in diesem Lande, kein Echo gekommen ist, wundert mich auch. (Abg. Purr: „Das seid aber ihr jetzt!“) Wir sind es ja. Aber ich bin wirklich enttäuscht. In der Arbeiterkammer schaut das ganz anders aus. Es kommen laufend Anträge von der ÖVP, laufend Anträge von der SPÖ. Aber was sagen die dann? Sie kommen dann missionarisch hin. Ich stelle mir das so vor wie bei der guten Fee oder beim Märchen „Dornröschen“, wo sie diesen Fluch des Euros noch abwenden wollen. Aber sie können das nicht abwenden, sie können es nur abschwächen. Es kommt ein Antrag nach dem anderen. Worum geht es? Es geht um die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Arbeiterkammer hat die Gefahr erkannt, auch die Gewerkschaftsbewegung hat die Gefahr erkannt. Aber es hatte keiner dieser Herren den Mut, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Und das finde ich traurig. Ich habe sie damals bei dieser letzten Arbeiterkammervollversammlung aufgefordert und habe gesagt, liebe Herrschaften, ich bitte die Kollegen, die da in diesem Auditorium sind, nicht da bei der Vollversammlung so zu reden, sondern auch ihre Meinung im Landtag kundzutun. Aber leider gab es kein Echo. Es hat nur Proteste gegeben. Aber da gibt es keine Meinung, meine Herrschaften. Massive Bedenken der Arbeiterkammer: 18 Millionen Arbeitslose in Europa, 5 Millionen allein in Deutschland werden befürchtet. Die Konferenz in Luxemburg hat überhaupt keine Lösung gebracht. Und diese Herren sitzen ruhig da und können ruhig schlafen. Mir wird angst und bange, meine Herrschaften, um unser Land. Das sollen Arbeitnehmervertreter sein? Wenn man diese Schrift der Arbeiterkammer dann durchliest, kommen die massiven Bedenken zutage. Ja, der Euro kann am Ende des Weges stehen. Aber zuerst muß einmal die arbeitsrechtliche Situation geklärt werden, müssen die Arbeitsplätze gesichert sein. Vor allem aber muß eines passieren, nämlich es muß die Wirtschaftskraft der verschiedenen Länder ausgeglichen werden. Ja, ich glaube schon, ich bin unangenehm, liebe Kollegen, wenn Sie den Saal verlassen, weil euch wieder einmal der Spiegel vorgehalten wird. Ich habe echte Sorgen um den kleinen Arbeitnehmer. Ich mache mir echte Sorgen um den kleinen Sparer. Ihr aber könnt noch ruhig schlafen. Wir sind nicht gegen den Euro. Wir vertreten nur die Auffassung, der Euro kann nur am Ende eines Weges sein, zuerst die politische Union, und dann am Ende, wenn die Wirtschaftskräfte der

verschiedenen Beitrittsländer relativ ausgeglichen sind, die Sozialgesetzgebung angeglichen ist – gleich wird es ja nie sein –, dann kann der Euro der Abschluß sein, vor allem, wenn man die massiven Bedenken aus dem Bankenwesen hört, wo die Umstellungskosten allein 8 Milliarden Schilling ausmachen und 15.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Wenn man weiters hört, daß die Zinsen wieder steigen sollen, weil die Kosten dieser Umstellung muß ja wieder der kleine Sparer tragen, dann frage ich mich echt, ist das ein Weg? Oder wenn man hört, ein internes Papier: in der Gebietskrankenkasse befaßt sich seit Mai eine Kommission, die die Umstellungskosten vom Schilling auf den Euro und die Problemstellungen der Gebietskrankenkasse erfassen soll. Meine Herren, aufgepaßt, über 700 Problemfälle ergibt das, die natürlich wieder horrenden Kosten verursachen, die natürlich dann wieder auf den Patienten, auf den kleinen Bürger abgewälzt werden. Ich finde wirklich, der Euro kommt verfrüht. Der Wunderwuzzi der Sozialdemokratie, wie mein Vorredner gesagt hat, Tony Blair, sagt, ich sitze erste Reihe fußfrei, schau mir einmal an, wie sich das entwickeln wird. Sollte es gut sein, dann bin ich nicht so überheblich und befrage zuerst das Volk. Ist das Volk dafür, dann treten wir bei. Ich glaube, das soll unser Ziel sein. Ich kann nur bitten, daß ihr aus dieser Anschauung lernt. Danke. (Beifall bei der FPÖ.) Ich bringe nun den Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Mag. Hartinger, Ing. Schreiner, Dietrich, Wiedner, Schinnerl, Porta und List ein, betreffend Kostendarstellung – Währungsunion. Obwohl mit der Realisierung der Währungsunion vom 1. Jänner 1999 für die Steiermark ein Paket von Maßnahmen erforderlich sein wird, war es bis dato trotz Anfragen noch nicht möglich, eine Kostenberechnung zu erhalten. Lediglich im Landesvoranschlag 1998 finden sich im Ansatz 910039 3 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite für vorbereitende Maßnahmen der Währungsumstellung. Wenn man bedenkt, daß ein Änderungsbedarf bei mindestens 100 Landesgesetzen, Verordnungen, sämtlichen Budgetunterlagen, der Lohn- und Gehaltsverrechnung, dem gesamten Förderungswesen, allen Landesvorschreibungen, Formularanpassungen et cetera besteht und in der Übergangsfrist zusätzlich eine Ausweisung sowohl in Schilling als auch in Euro erfolgen muß, ist dieser Betrag von 3 Millionen Schilling wohl nur als Erinnerungspost zu sehen. Diese Annahme verstärkt sich durch den Umstand, daß zur bereits bestehenden EU-Abteilung parallel dazu eine neue Stabstelle für EU-Angelegenheiten geschaffen wurde, die eine Koordinierungsfunktion hinsichtlich der Umstellungsmaßnahmen einnehmen soll. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine mit der Verwirklichung der Währungsunion verbundene Kostenaufstellung umgehend zu erstellen und diese nach deren Abschluß dem Landesrechnungshof zur Prüfung vorzulegen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 17.07 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten der FPÖ, betreffend Verschiebung der Einführung der Währungsunion.

Weiters wurde eingebracht ein Beschlußantrag von den Abgeordneten der FPÖ, betreffend Kostendarstellung – Währungsunion.

Ich komme zur Abstimmung:

Erstens, wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ, betreffend Verschiebung der Einführung der Währungsunion, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Zweitens, wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ, betreffend Kostendarstellung – Währungsunion, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit.

Es geht weiter mit dem Tagesordnungspunkt 7. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (17.10 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eben das Szenarium, daß ich jetzt nach dieser dringlichen Anfrage der Freiheitlichen wieder den Übergang zum eigentlichen Thema schaffen muß, nämlich neuer Technologien. Ich möchte beim Kollegen Gennaro anfangen und auf drei Punkte eingehen. Ich möchte dir sagen, daß du mir in dieser Frage der Bedeutung der Facharbeit, der körperlichen Arbeit aus der Seele gesprochen hast. Aber das ist ein Problem, das sich leider Gottes in Jahrzehnten angesammelt hat. Wir alle leben irgendwo in dem Bewußtsein, und jeder hat es fast mitgemacht in der Zeit nach dem Krieg, daß man gesagt hat, unser Bub oder unsere Tochter soll etwas Besseres werden. Wie du schon gesagt hast, wenn du nichts lernst, dann muß halt arbeiten gehen. Was haben wir damit eigentlich bewirkt in vielen Bereichen, daß natürlich die soziale Degradierung der körperlichen Arbeit, der handwerklichen Arbeit immer mehr um sich gegriffen hat. Es hängt auch damit die Bezahlung zusammen. Es ist halt nicht so einfach zu sagen, wenn eine Maurerarbeit, die ungemein wichtig ist, die qualitativ ist, nicht entsprechend bezahlt wird und ein Maurer nach 20, 30, 40 Jahren ein Grundgehalt 10.000, 11.000 Schilling netto verdient, dann ist es halt schwer zu sagen, wir kämpfen für die Gleichwertigkeit der körperlichen Arbeit. Aber ich bin überzeugt davon, daß unsere Zukunft, unsere Wirtschaft, aber auch unsere Gesellschaft davon abhängig ist, daß wir endlich eine Annäherung erreichen und daß wir einfach die Ausbildung unserer Kinder nach ihren Qualitäten und nach ihren Qualifikationen vornehmen. Wenn der Bub oder das Mädchen handwerklich bestens geeignet ist, dann soll uns das mehr als recht sein. Aber manches Mal hat es die Zeit gegeben, daß man gesagt hat, ich schaue, daß mein Kind im Staatsdienst unterkommt, egal, was es dort macht. Am besten wäre es mit einem weißen Mantel, weil dann bekommst du mehr bezahlt. Die handwerkliche Arbeit ist aber irgendwo verniedlicht worden. Ein Zweites, was mir wichtig ist, Kollege

Hochegger, zu deinem Beschlußantrag. Ich kann den vollinhaltlich unterstützen, ich stelle aber an dich die Frage, warum auch du und viele hier zugeschaut haben, daß die Klimamilliarde, die vorhanden ist, nicht in ökologische Projekte in erster Linie investiert worden ist, sondern daß man damit auch Kanalbauten und andere Großprojekte vorgenommen hat. Das müßte man auch sagen, es ist ein bißchen schön gesagt, Öko, Cluster, und alles recht und schön, aber die Gelder, die vorhanden sind, haben wir nicht zweckgebunden eingesetzt. Das müßte man aufklären und auch so ehrlich sein, daß man nicht aufhört, diese Fragen immer wieder zu wiederholen. Denn die Klimamilliarde, die ist im Budget verschwunden, und wir haben jene Aufgaben nicht wahrgenommen, die damit vorgesehen waren.

Und ein Drittes, der Herr Landesrat Paierl sitzt da, das ist für mich ganz wichtig, und ich möchte ihm, ohne hier Komplimente auszuteilen oder daß ich mich wo einhauen will, ich glaube, der Verdacht liegt fern, ich bin froh, daß er erkannt hat, daß es wichtig ist, mit neuen Technologien nachwachsende Rohstoffe oder die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen zu fördern, insbesondere auch von Hanf in unserem Land, in der Steiermark. Ich möchte nur – der Kollege Porta ist da, ein Spezialist für Anfragen – das Problem jetzt schildern. Wir sind zwar in der westlichen Welt in der Lage, auf den Mond zu fliegen und auf den Mars, es gibt zwar ab und zu ein paar Pannen, aber im großen und ganzen haben wir eine wissenschaftliche, technische Entwicklung erreicht, von der ich nichts mehr verstehe, aber wo vor ein paar Jahren oder Jahrzehnten sich das niemand zu erträumen gewagt hat. Aber auf der anderen Seite haben wir erkannt, daß es notwendig ist, angesichts der Verknappung der Erdölderivate und der nicht nachwachsenden Rohstoffe, daß man nachwachsende Rohstoffe fördern muß. Und der Hanf ist so ein nachwachsender Rohstoff, der insgesamt 30.000 Verarbeitungsmöglichkeiten erlaubt. Ich will jetzt gar nicht wieder alles aufzählen, was hier möglich ist in umweltschonender Art und Weise mit kleinen Kreisläufen. Und vor allem wäre es möglich, hier in der Steiermark, und unsere Gegend und unsere Böden eignen sich dafür bestens, wir könnten die Arbeitsplätze – Kollege Riebenbauer – in der Landwirtschaft erhalten, wenn es den Bauern gelingt, Hanf anzubauen, weil einfach hier eine Chance besteht, daß Arbeitsplätze am Bauernhof erhalten bleiben und daß keine Abwanderung stattfindet, die wir sehr schmerzhaft empfinden und gegen die wir ankämpfen müssen. Also erstens einmal könnten die Bauern Hanf anbauen. In anderen Bundesländern geschieht das schon teilweise. In Deutschland, wo Hanf lange Zeit verboten war, wir haben derzeit gewaltige Anstrengungen unternommen, damit wir diese Kette herstellen. Und jetzt geht es darum, wo wir immer anstehen, und den Vorwurf kann ich aber der Landwirtschaftskammer nicht ersparen, daß nach den Erfahrungen mit Flachs man heute sagt, hört mir auf mit dem Hanf, das ist alles viel zu schwierig, da haben wir keine entsprechenden Geräte und so weiter. Wir müssen den Weg finden, daß wir vom Anbau des Hanfes über die Ernte des Hanfes zur Verarbeitung kommen, daß wir dann die verarbeiteten Produkte, die Schälens, die Fasern und so weiter, die entsprechend adaptiert sein müssen, daß

wir die dann in die Verarbeitung bringen. Ein Beispiel: Stronach baut Werke für die Autozulieferindustrie, und aus Hanf kann man sehr maßgeblich, sehr nachhaltig und auch ökologisch sehr sinnvoll – man kann das auch entsprechend dann kompostieren – entsprechendes Autozubehör produzieren. Es ist nicht so, daß der Stronach sagt, ich warte schon darauf, aber es wäre ein weiteres Gebiet, wo wir innovativ und kreativ tätig sein können. Aber jetzt geht es darum, daß von den Bauern dieser Hanf abgenommen wird und daß er in einer Fabrik, in einem Betrieb verarbeitet wird. Und solche Betriebe könnten Arbeitsplätze schaffen vor Ort, unmittelbar dort, wo die Bauern, die Wirtschaften anzufinden sind. Und mit dieser Verarbeitung könnte man dann auch weitere Arbeitsplätze im Endstadium forcieren. Woran scheitert es derzeit? Folgendes, daß natürlich die Erdölindustrie, auch andere Konkurrenzunternehmen, alles daransetzen, daß sich dort nichts durchsetzt. Ich appelliere an den Herrn Landesrat Paierl, wir sind derzeit dabei, wir haben einen Verein, der eine Studie in Auftrag gegeben hat, diese Kette, diese Produktionskette vom Bauern bis zum Konsumenten, bis zum Autofahrer, oder noch besser, in anderen Bereichen, wir wollen nicht unbedingt nur auf das Auto setzen, obwohl das derzeit noch eine Branche ist, die zukunftsträchtig ist. Aber wir Grünen sind hier, gerade was das Auto betrifft, sehr skeptisch und sind der Meinung, daß wir zumindest auch in anderen Bereichen hier innovativ tätig sein sollen. Aber die Steiermark und die öffentliche Hand sollte gemeinsam mit Investoren hier diesen Weg gehen. Ich sage, wir haben es geschafft, Raketen auf den Mond zu schießen, daß Menschen den Mond betreten. Und dann höre ich immer wieder, nein, aber das ist so kompliziert, daß man den Hanf entsprechend verarbeitet. Es geht nur darum, daß man entsprechende Geldmittel und Unternehmerrisikio miteinander verbindet, Kollege Hochegger, daß man hier in dem Bereich nachwachsender Rohstoffe, erneuerbarer Energie, daß man dort auch etwas riskiert. Ich glaube, daß es höchst an der Zeit ist, ausgefahrene Bahnen zu verlassen, und daß man einmal sagt, da gibt es diese Technologie, und da hier ist etwas Erfolgträchtiges zu ernten. Ich würde daher nur zum Schluß kommend appellieren auch an die Landesregierung. Ich weiß schon, daß es auch andere Organisationen im Land gibt, die man fördert, weil es regional notwendig ist. Ich weiß, daß man auch große Hotelbauten fördert, wo man die Frage stellen muß, ob das sinnvoll ist, wenn schon sehr viele andere Hotelbauten dort sind. Aber hier könnte man zukunftsweisende Wege gehen. Man könnte Kreisläufe fördern, man könnte Arbeitsplätze sichern, und vor allem wäre eines, die Ökobilanz ist beim Hanf ausgezeichnet positiv, die Leistungsbilanz würde verbessert werden, weil man nicht vom Ausland was importieren muß, man könnte sogar exportieren. (Abg. Schinnerl: „Nur noch Hanf!“) Nein, das ist genauso der falsche Weg. Nur mehr Hanf anbauen ist genauso falsch wie nur Kukuruz und Mais anzubauen. Wir wissen ja, daß diese Art der Bewirtschaftung falsch ist. Man sieht so, Kollege Riebenbauer, wo ihr mit dem Maisanbau, mit der Monokultur hingekommen seid. Heute ist der Preis im Keller, und keiner weiß, wie man das los wird. Ich würde sagen, einen gemäßigten Umstieg, eine breitere Palette, eine

Fruchtfolge. Aber du hast bis heute auch noch nichts getan für den Hanfanbau. Das muß ich dir leider Gottes vorwerfen als maßgeblicher Funktionär der Kammer. Die Kammer hat es bis heute abgelehnt, nur einen einzigen Schilling – ich weiß nicht, ich glaube 500.000 Schilling sind bisher dort geflossen, aber bitte für die Steiermark, dies wäre die Zukunftschance. Aber wahrscheinlich ist es so, weil die Grünen sich dieses Themas angenommen haben, ich sage das ganz offen, ich habe es schon ein paarmal miterlebt, daß Landwirte, die Hanf anbauen und die von uns unterstützt werden, indem der Verein hier was macht, daß die von der Landwirtschaftskammer dann boykottiert werden. Das ist eine Parteiwirtschaft unseligen Angekens, die wir einmal überwunden haben sollten. Man sollte in dem Lande nicht nach dem vorgehen, welches Parteibuch oder welche Richtung einer angehört, sondern jene Idee fördern, die die bessere ist. Dann bin ich überzeugt davon, daß für die Wirtschaft, für die Technologie in diesem Lande, aber vor allem für die Menschen und für die Arbeitsplätze was Sinnvolles getan werden kann. Danke schön! (17.22 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

**Abg. Purr** (17.22 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, wenn wir diese Debatte darüber Revue passieren lassen, kann man eines feststellen, daß sie eigentlich sehr sachlich geführt wurde und man auch den Ausführungen der einzelnen Rednern entnehmen kann, sie sind ernstlich bemüht, gute Argumente zu bringen und alles dazu beizutragen, daß es eine florierende Wirtschaft und gesicherte Arbeitsplätze gibt. Ich habe eigentlich nicht die Absicht gehabt, mich dazu zu Wort zu melden, aber eigentlich war es der Kollege Gennaro, der mich ein bißchen auf den Plan gerufen hat, und dennoch, lieber Kurt Gennaro, darf ich eines sagen: Ich bin überzeugt davon, daß wir die Problematik nur sozialpartnerschaftlich gestalten und lösen können. (Abg. Gennaro: „Ich habe dich gereizt!“) Teil eins, Teil zwei: Vergessen wir aber eines nicht, daß auch diese Sozialpartnerschaft in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten, als die Wirtschaft stieg und man meinte, man hätte das alles in der Hand, natürlich einiges getan hat, was dazu geführt hat, daß wir heute diese Arbeitslosenraten noch immer haben, weil wir tragen hier an dieser Sache eine sehr große Selbstschuld. Wir sollten daher bei allen Verhandlungen, die wir führen, äußerst vorsichtig sein im Interesse aller, der Arbeitgeber genauso wie der Arbeitnehmer. Ich möchte aber dazu keine weiteren Ausführungen treffen, um das Klima in diesem Zusammenhang nicht zu verschlechtern, sondern wir sollten versuchen, daß wir gemeinsam erfolgreich sind. Aber lassen Sie mich eines sagen, weil ich auch den Ausführungen der Freiheitlichen zugehört habe und vorhin die Frau Kollegin Hartinger erlebt habe bei ihren Ausführungen. Mir ist auch diese dringliche Anfrage schriftlich hier vorgelegen. Es ist natürlich ein eigener Stil, daß hier alles, auch im wirtschaftlichen Bereich, zuerst einmal kaputtgeredet wird, auseinanderdividiert wird, um dann zu kommen als der Retter und zu sagen: Wir wissen, wie es geht! Lassen Sie mich noch

eines dazu ausführen: Ich finde diese Form, wie man hier argumentiert, auch im Zusammenhang mit dem Euro, von verschiedenen Damen und Herren der Freiheitlichen als schmähtlich schlecht, vor allem, wie man über Personen spricht. Ich möchte in dieser Runde eines deutlich sagen, die Frau Landeshauptmann ist die Frau Landeshauptmann der Steiermark. Es ist auch von den Abgeordneten dieses Hauses zu erwarten, daß sie wissen, wie sie mit der Person Nummer eins und mit den Regierungsmitgliedern in diesem Lande umzugehen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich verbitte mir diesen Ton gegenüber unserer Frau Landeshauptmann, wie er von deinen Kollegen heute hier in den Debatten an den Tag gelegt wurde! (Beifall bei der ÖVP. – 17.25 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl** (17.25 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich habe schon mehrmals von dieser Stelle aus gesagt, jede konstruktive Wirtschaftsdebatte im Steiermärkischen Landtag ist sicherlich auch ein Beitrag dazu, daß wir uns in diesem höchsten Gremium der steirischen Landespolitik darüber unterhalten, was denn eigentlich unsere Aufgaben sind, was unser Geschäft ist. Es ist die Vorlage dieses Berichtes auf Grund eines Antrages der Freiheitlichen Fraktion über den Einsatz zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft eine gute Gelegenheit, und ich hoffe, und da habe ich an sich keine Unterschiede heraushören können, daß man grundsätzlich der Meinung ist, daß es paßt, daß das, was ja nicht jetzt, nicht heuer, nicht im Vorjahr, sondern schon fünf, zehn, zum Teil 15 Jahre zurückliegt, begonnen werden mußte auf Grund des rapiden Strukturwandels in der Steiermark, erzwungenermaßen. Auch dazu hat der Landtag viele Stunden über die Verstaatlichtenkrisen, über die Grundstoffindustrie, unabhängig von der Eigentümerfrage selbstverständlich, wie dieser Strukturwandel vor sich geht, diskutiert. Meine Damen und Herren, eines weiß man mittlerweile auch auf der Ebene der Forschungs-, Entwicklungs- und Studiensteller, daß dieses steirische Beispiel mit der endogenen Erneuerung, mit der Qualifikationsoffensive, mit den Impulszentren im gesamten Mix, und alle haben sich hier beteiligt, ein Erfolgsrezept war und daß viele andere Regionen zur Zeit in die Steiermark wandern. Und sind wir froh darüber, Gott sei Dank, das als steirisches Modell hinstellen zu können und zu sagen, das könnten wir bei der Bewältigung unserer Probleme auch anwenden. Es wird nie eins zu eins gehen, das zu spranzen oder eins zu eins zu übertragen, sondern man wird immer natürlich auf das eigene Kolorit und auf die eigenen Stärken aufbauen müssen. Aber lassen Sie mich, weil der Abgeordnete Gennaro auch gemeint hat, daß das eben im Raum Graz und im südlichen Teil der Steiermark besser geht und in der Obersteiermark nicht, sagen, daß das richtig ist. Es hat aber zu diesem Artikel, der an sich sehr sachlich und sehr gut war, auch eine Korrektur unseres Wirtschaftsberaters, des ja bekannten Prof. Gunther Tichy, gegeben, der hier folgender-



maßen ausführt: Arbeitsplatzwunder – so werden wir im Moment zertifiziert – auch in der Obersteiermark: Seit 1994/95 entstehen auch im Oberland wieder mehr Arbeitsplätze, als verlorengegangen sind. Das ist statistisch nachgewiesen, und ich würde nicht daran zweifeln, wenn Tichy, der selbst ein kritischer Geist ist, das feststellt. Die Steirer sind pessimistisch oder bescheiden – ich zitiere noch immer Tichy –, und so bemerken sie ihre Erfolge nicht oder reden jedenfalls nicht darüber, und weiter, Wirtschaftspolitik und Sozialpartner, Unternehmer und Arbeitnehmer haben ihre Hausaufgaben gut erledigt. Meine Damen und Herren, das sollten wir nicht sagen, um selbstgefällig zu sein, um sozusagen gewisse Probleme wegzuwischen, Schwierigkeiten, die man hat und die immer wieder zu bewältigen sein werden, sondern das sagt man deswegen, um sich Mut zu machen mit der Erkenntnis, es hat ja etwas gebracht. Es hat ja diese Politik auch einen Erfolg gehabt. Das WIFO meinte vorige Woche, und solche Aussagen sind nicht bestellbar, daß die Steiermark ihr Image als Krisenregion mit Hilfe eines strukturpolitischen Programmes wohl endgültig abgeschüttelt und im Zeitraum von Juni bis September etwa 2800 neue Jobs geschaffen hat. Das ist ein Drittel sämtlicher in Österreich in diesem Zeitraum neu geschaffener Jobs. Meine Damen und Herren. Warum sage ich das? Ich sage das deshalb, weil das Dinge sind, die nicht von heute auf morgen gehen, die mit Qualifikation mittel- und langfristig zu tun haben. Die Wissenschaftler und Experten behaupten, das hat mindestens einen fünfjährigen Vorlauf, und daß diese Maßnahmen sozusagen auch in den achtziger Jahren oder Anfang der neunziger Jahre gesetzt wurden. Das sollte man auch hier sagen. Da war auch eine Regierung, und da war auch eine heute Regierungschefin, damals die Referentin, und ist da oder dort auch nicht verstanden oder kritisiert worden. Warum machen wir denn das – ist nicht spektakulär und führt erst nach einigen Jahren zu den Ergebnissen, die wir heute haben. Und das sollte uns den Mut machen und sollte uns sozusagen auch im Sinne dieser Regierungsvorlage auch weitertun lassen auf diesem Weg. Dazu bitte ich Sie. Es wird dann die Debatte zum Haushaltsentwurf 1998 geben, und dabei sind ja einige Schwerpunkte in diese Richtung ganz bewußt von der Regierung mit der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze auch gesetzt worden – ganz bewußt. Wir haben andere Dinge eben nicht so dotieren können, aber in der Qualifikation der Jugendbeschäftigung, der Impulszentren, der technologie- und innovationsorientierten Projekte haben wir ganz bewußt dotiert. Und selbst der Blindeste oder derjenige, der das absolut als Oppositioneller sieht, nicht sehen will, kann das nicht übersehen, meine Damen und Herren. Das lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit gesagt haben. Zum Schluß kommend, weil der Martin Wabl das angesprochen hat, und ich gebe dieses Lob gerne auch an meine Mitarbeiter weiter, weil die haben es da oder dort dann auch dringend notwendig, es ist nämlich dieses innovative Projekt, dieses Neue-Technologien-Betreiben, entwickeln nicht immer das einfachste. Das ist oft auch politisch sehr umstritten, und wir haben das in dem Haus in den letzten Monaten einige Male miterlebt, aber es ist unerlässlich.

Es ist unerlässlich, weil wenn Sie nicht diesen Mut zu Neuem aufbringen, dann werden Sie, Martin, wie in deinem Fall, auch das nicht schaffen. Und ich sage auch noch eines dazu, weil in der letzten Woche eine Diskussion um „Pleiten“ oder um wirtschaftliche Mißerfolge solch innovativer und technologisch neuer Projekte entstanden ist, und zwar mit einem Projekt in Kapfenberg. Das müssen wir dann natürlich auch in Kauf nehmen, und da sollten wir nicht in einer Kurzsichtigkeit übergehen, nein, um Gottes willen, das ist jetzt ein politischer Skandal. Es sind Förderprojekte mit Risiko – gerade im technologie- und innovationsorientierten Bereich –, mit hohem Risiko behaftet. Das muß sein, und das möchte ich sozusagen auch in einer Zeit, wo wir so vieles bejubeln und so vieles auch positiv darstellen können, gleich dazugesagt haben, es wird die Risikobereitschaft, die von uns gefordert wird, natürlich da oder dort auch zu Schwierigkeiten punktuell führen. Aber grundsätzlich sind wir auf dem richtigen Weg. Das vor auch in deine Richtung, weil wir, wie du richtig gesagt hast, da ein Experiment finanzieren. Wir wissen nicht, wie es ausgeht auf dem Markt, und wir wissen nicht, wie die wirtschaftliche Lebensfähigkeit ist, aber man sollte da nicht einäugig sein und nur das eigene Projekt so beurteilen, sondern man sollte auch andere Projekte, die aus der Vergangenheit mit derselben Punze versehen wurden. Da haben wir auch gesagt, das müssen wir riskieren, da wissen wir zwar nicht, was herauskommt, es ist ein Risiko damit behaftet, und wir haben gerade deswegen auch für die Zukunft einen Venture Capital Fonds für die Steiermark eingerichtet. Auch dort werden wir erleben, daß nicht alle Projekte gehen, daß nicht alle Projekte wirtschaftlich erfolgreich sein werden. Wir werden da oder dort auch unser Lehrgeld zahlen und für diese Experimente, für dieses Mutig-Sein, auch natürlich die eine oder andere Abschreibung in Kauf nehmen müssen. Das möchte ich parallel zu den erfolgreichen und zu diesen positiven Aussagen gleich dazustellen, weil ich das unmittelbar auch in Verbindung sehe mit der Politik, die wir hier für das Land Steiermark zu betreiben haben in technologiepolitischer und in innovationspolitischer Hinsicht. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.33 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung in folgender Reihenfolge:

Erstens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 67/4, zweitens über den Beschlußantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend die Umsetzung des Projektes „Ökotechniknetzwerk“ gemeinsam mit der Stadt Graz und Ausweitung eines Ökoclusters auf die gesamte Steiermark, drittens über den Beschlußantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Durchführung einer Enquete des Technologieclusters „Produkte aus erneuerbaren Rohstoffen in der Steiermark“.

Wer nun dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlusantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend die Umsetzung des Projektes „Ökotechniknetzwerk“ gemeinsam mit der Stadt Graz und Ausweitung eines Ökoclusters auf die gesamte Steiermark zustimmt, den bitte ich um ein Händedeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlusantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Durchführung einer Enquete des Technologieclusters „Produkte aus erneuerbaren Rohstoffen in der Steiermark“ zustimmt, den bitte ich um ein Händedeichen. Danke, Gegenprobe.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

**8. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 31/8, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Aufnahme von Verhandlungen zur Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ernst Huber. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Huber (17.35 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Aufnahme von Verhandlungen zur Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, möglichst rasch einen Entwurf zur Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes auf Basis des Verhandlungsstandes in der 12. Gesetzgebungsperiode dem Landtag vorzulegen, sowie nach Einlangen der Regierungsvorlage gemäß Punkt 1 sind raschestmögliche Verhandlungen über die Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes aufzunehmen.

Die Rechtsabteilung 3 gemeinsam mit der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Fachabteilung Ic, hat für eine allfällige Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes einige Novellierungspunkte erarbeitet und sollten diese gemeinsam mit den Wünschen der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann bei der nächsten Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes einfließen. Die Rechtsabteilung 3 wird sich bemühen, im Spätherbst des heurigen Jahres einen Entwurf vorzulegen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Aufnahme von Verhandlungen zur Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes, wird zur Kenntnis genommen. (17.37 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dietrich (17.37 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage beschäftigt sich mit der Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes. Und wie man weiß, ist die Abfallwirtschaft in verschiedenen Kompetenzen geregelt. Auf Landesebene haben wir das steirische Abfallwirtschaftsgesetz, auf Bundesebene das Bundesabfallwirtschaftsgesetz, und obenauf haben wir dann noch das EU-Recht, von dem auch immer wieder Bestimmungen in den Bund, in die Bundesgesetzgebung übernommen werden müssen. Es ist aber auch zu bemerken, daß sukzessive die Rechte des Landes ausgelaugt werden und die Bestimmungen immer mehr von oben her auf uns kommen, also vom Föderalismus in dem Sinne, wie es sich viele von uns wünschen, ist immer weniger zu bemerken. Moderne Abfallwirtschaft heißt Kreislaufwirtschaft. Das bedeutet, daß wir die gesamten Stoffströme erfassen und auch bewerten können und herausfinden, wo uns Stoffe in der Umwelt verlorengehen. Das ist bedenklich, wenn man daran denkt, daß viele Schwermetalle in den Umlauf kommen und nur ein geringer Prozentsatz davon eigentlich kontrolliert abgelagert wird. Die Abfallwirtschaft wird nach verschiedenen Zielen vorgenommen. Ziele, die uns allen sehr nahe sind, wie zum Beispiel Umweltschutz, Ressourcenplanung, Deponieminimierung, aber auch das Verhindern von Altlasten. Und all diese Ziele sind im Abfallwirtschaftsgesetz geregelt. Wir haben aber auch seit 1995 die Deponieverordnung, die uns den Stand der Technik vorschreibt. Und bezogen auf den zu deponierenden Stoff heißt es, daß ab dem Jahr 2004 nur mehr Stoffe deponiert werden dürfen, die einen geringeren Kohlenstoffgehalt, organischen Kohlenstoff, als 5 Prozent haben und auch einen geringeren Heizwert als 7000 Kilojoule je Kilogramm. Das bedeutet wiederum, daß sich nur zwei Möglichkeiten ergeben: entweder thermische Abfallbehandlung oder mechanisch-biologische Abfallbehandlung. Das Problem in der Abfallwirtschaft insgesamt ist jenes, daß wir mit einer Vielzahl von heterogenen Stoffen zu tun haben und letztendlich durch Entsorgungsprozesse und Entsorgungssysteme Stoffe erzeugen sollten, die wiederum problemlos in die Natur integrierbar sind. Also die Endlagerphilosophie greift zusehends Platz. Die Frage ist, warum wollen wir nicht mehr deponieren oder wo sind die Probleme? Viele von uns werden vielleicht sagen, wir haben ohnehin soviel Landschaft, und es wäre doch kein Problem, da oder dort eine zusätzliche Deponie aufzumachen. Aber das Problem ist sehr vielschichtig. Man ist in der Schweiz draufgekommen, daß selbst todessichere Deponien im Laufe der Zeit durchlässig wurden und Sickerwässer an die Umwelt abgegeben haben. Und diese Sickerwässer sind gerade in bezug auf organischen Kohlenstoff, aber auch Phosphor für die Umwelt problematisch. Und wenn man glaubt, diese Sickerwässer, das ist nur ein kurzer Zeitraum, in welchem die Deponie sie abgibt, dann täuscht man sich, es dauert Hunderte und oft Tausende Jahre. Und das, was wir mit unseren Deponien verursacht haben, ist eigentlich ein Verbrechen an der Jugend, an den Generationen nach uns. Ich glaube, es ist im Sinne von jedem einzelnen, daß wir die Probleme, die wir verursachen, den Müll, den wir produzieren, auch entsorgen. Und zwar in so einer Form, daß die Generationen nach uns nicht mit Nachteilen zu

rechnen haben. Und wenn wir dann einmal schauen, 2004 ist ein Zeitpunkt, der ja nicht mehr so weit entfernt ist. Am 20. Jänner 1992 hat es bereits den ersten Grundsatzbeschluß zur thermischen Behandlung gegeben. Es sind dann noch weitere Beschlüsse gefolgt, wie zum Beispiel im Energieplan, wo sich alle Fraktionen dafür ausgesprochen haben, den Müll thermisch zu entsorgen. Aber de facto ist bis heute noch nicht allzuviel passiert. Und wir wissen aber auch, daß für die Errichtung einer thermischen Anlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist. Und diese Umweltverträglichkeitsprüfung besteht aus zwei Verfahren, dem Vorverfahren, in dem der Projektbetreiber einmal erklärt, wie sein Projekt ausschauen sollte, in dem er die Umweltverträglichkeit darlegt und vieles andere mehr. Allein dieses Vorverfahren dauert im Schnitt 18 Monate. Und dann kommt es noch zum eigentlichen Genehmigungsverfahren, wo alle Betroffenen, wo Bürgerinitiativen und alle in- und ausländischen Nachbarn Stellungnahme besitzen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ich glaube, denen mußt du Nachhilfe geben!“) Warum? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Die kapiere das nicht, Urania genügt nicht!“) Von Kärnten, die schon Erfahrungen mit diesen Umweltverträglichkeitsprüfungen haben, weiß man, daß es Wanderzirkusse gibt, die unterwegs sind, um dort und da überall dagegen zu schreiben. Hauptsache, es passiert nichts, und Hauptsache, wir tun alle so weiter, wie wir schon die Jahre vorher gewirtschaftet haben. Insgesamt haben wir noch sechs Jahre Zeit. Herr Landesrat Pörtl, ich glaube, du hast das große Glück, daß du in deinem Beamtentum viele engagierte Menschen hast. Wenn ich an Hofrat Jägerhuber denke, dann habe ich das Gefühl, der scharrt schon in den Startlöchern und wartet schon darauf, daß endlich einmal etwas passiert. Ich möchte dich wirklich ersuchen, daß du dich dazu überwindest, den Startschuß abzugeben, denn sonst werden wir 2004 den gesetzlichen Auftrag mit Sicherheit nicht erfüllen können. (Beifall bei der FPÖ. – 17.44 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (17.44 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Zentralsekretär der SPÖ Schrittwieser hat mich gebeten, kurz zu sein. Nachdem er sehr mächtig ist, werde ich mich an diese Bitte halten. Ich habe mich zwar dem Klubzwang nicht unterworfen, aber aus menschlichen Gründen werde ich das tun. Ein Zentralsekretär ist in Österreich noch immer mächtig, und danach muß man sich halten. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin eigentlich sehr froh darüber, daß sich im Bereich Abfallwirtschaft, Müll, Mülltrennung, mechanisch-biologische Behandlung, Müllverbrennung unmerklich, aber doch sicher, und ich habe das schon vor ein bis zwei Jahren vorausgesagt, eine Entwicklung vollzogen hat, von der ich annehme, daß auch Landesrat Pörtl sie demnächst verwirklichen wird. Er hat zwar einmal erklärt, nachdem ich immer wieder gesagt habe, daß die Trennung des Restmülls wichtig ist, daß eine Verbrennungsanlage die Trennung eher behindert, weil die Bereitschaft dann nicht mehr in dem

Ausmaß vorhanden ist, daß mechanisch-biologische Behandlungsanlagen zwar mögliche Varianten sind, aber daß an der Verbrennung kein Weg vorbeiführt. Wir haben, und das habe ich hier auch schon mehrmals gesagt, in zwei Europarundreisen wirklich fast jede Art von Müllverwertungsanlagen kennengelernt. Ich habe gemeinsam mit denen, die mit waren, tagelang danach vom Mist, Müll, von der Trennung und Verbrennung geträumt. Eines haben wir aber dort festgestellt, und das war für alle Teilnehmer beeindruckend, daß eine ungeheuer dynamische Entwicklung auf dem Gebiet stattfindet. Wir haben dieses Thermoselektmodell, diese Pyrolyse, kennengelernt. Wir haben von Siemens das Werk in Fürth angeschaut, und wir haben in der ehemaligen DDR die „schwarze Pumpe“ und so weiter besichtigt. Wir haben gesehen, daß dort ein Know-how zur Müllbewältigung sich entwickelt, das sicherlich Beachtung verdient. Was die Verbrennung jetzt anbelangt, so glaube ich, ist es inzwischen vielen in Österreich so gegangen, den Tirolern, auch den Oberösterreichern, daß sie gemerkt haben, daß eine Verbrennungsanlage, die nur dann sich rechnet, wenn sie entsprechend groß konzipiert wird, einfach nur eine in letzter Konsequenz Schilling- oder später Eurovernichtungsanlage ist. Wenn man anschaut, daß das Defizit bei der Verbrennungsanlage Wels derzeit 100 Millionen Schilling beträgt, ich glaube, das vergangene Jahr hat diese Bilanz gebracht, und daß in Deutschland sich die Verbrennungsanlagen reißen um den Müll und damit die Bereitschaft zur Mülltrennung zurückgeht, dann hoffe und glaube ich, wenn jetzt eine solche Vorlage präsentiert wird, daß endgültig Abschied genommen wird von dieser Art der Müllverwertung von der Verbrennungsanlage. Inzwischen haben nämlich Dutzende Bürgermeister in Zell am See eine entsprechende Anlage besichtigt. Was noch von Bedeutung ist, die Firma Säubermacher hat öffentlich erklärt, daß sie mechanisch-biologische Anlagen errichtet und daß ein günstigerer Preis angeboten wird als bei der Verbrennung des gesamten Restmülls. Und so hat die Stadt Graz, die überraschenderweise vor kurzem noch erklärt hat, daß in der Puchstraße eine Verbrennungsanlage errichtet werden soll, still und leise diese Verbrennungsanlage auch zu Grabe getragen. Die Frist für die Angebote betreffend einer mechanisch-biologischen Anlage ist jetzt abgelaufen, und jetzt wird über diese Variante entschieden. Ich glaube auch, daß die Stadtväter von Graz in dieser so luftbelasteten Region, vor allem im Bereich der Puchstraße, aber die gesamte Luft über Graz ist insgesamt an der Grenze zur Gesundheitsgefährdung, vor allem für Kleinkinder, wie das manche Wissenschaftler nachgewiesen haben, froh sind darüber, daß auch für Graz diese Verbrennungsanlage mehr oder weniger gestorben ist. Ich stelle jetzt an dich, Herr Landesrat, die Frage, wie du das siehst. Du hast noch den Beschluß damals initiiert. Ich gehe davon aus, daß das in einer Zeit war, wo man die Entwicklung noch nicht vorausgesehen hat, daß zwei Verbrennungsanlagen in der Steiermark stationiert werden müssen. Dazu kommt noch, und das haben mir auch sachkundige Beamte bestätigt, daß erstens die Kostenseite kaum in den Griff zu bekommen ist, und zweitens, vor allem auch bei der Firma ENAGES, das Know-how für die Errichtung einer Verbrennungsanlage gar nicht vorhanden ist. Ich

meine daher, daß wir bei dieser Entwicklung, die jetzt stattgefunden hat oder stattfindet, in der Steiermark nicht Fehler begehen, die andere schon begangen haben. Wenn man nach Oberösterreich schaut, die mit Händen und Füßen hingeschlagen haben, damit sie diese Verbrennungsanlage in Wels losbekommen, weil diese einfach ein Faß ohne Boden ist, so bitte ich hier wirklich alle Fraktionen, daß wir diese erfreuliche Entwicklung mittragen und daß wir diese auch in dem Abfallwirtschaftsgesetz dann entsprechend verankern. Die Grazer Bürgerinitiative gegen Müllverbrennung ist froh darüber, und hier hat ja eine Art der Mediation stattgefunden, der Umweltmediation, wo verschiedene Gruppen zusammengekommen sind und sich eingehend, intensiv und verantwortungsbewußt mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Deswegen hat man auch den Weg der mechanisch-biologischen Anlage hier beschritten mit Stadtrat Pammer. Herr Landesrat, falls du es noch nicht weißt, morgen am Abend findet eine Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Müllverbrennung, die viel Zeit, viel Mühe und viel Energie im Kampf gegen eine Verbrennungsanlage in Graz verbraucht hat, statt. Frau Kollegin Karisch, du wirst ja auch froh darüber sein, daß dieser Kampf wahrscheinlich erfolgreich war. Diese Bürgerinitiative feiert morgen Abend, Herr Landesrat, beim Spitzwirt in Puntigam, wo schon viele Protestdemonstrationen stattgefunden haben, wo viele Politiker in schwierigen Situationen damals noch die Müllverbrennung verteidigt haben, die FPÖ war dort wie immer sehr wendig, und der Stadtrat Weinmeister hat dort gesagt, Müllverbrennung schon, aber nur an der Stadtgrenze von Graz. Also wenn es über die Grenze hinausgeht, dann ist er dafür, also zum Beispiel in Gratkorn wäre er schon dafür, aber auf keinen Fall in Graz, weil die Luft in Graz schon so schlecht ist. Er hat hier Lokalpatriotismus und ein sehr globales Denken bewiesen, indem er jede Verbrennungsanlage für die übrige Steiermark befürwortet hat, aber für Graz in einer sinnvollen und galoppartigen oder plötzlichen Kehrtwendung. Wir haben immer die Position vertreten, keine Verbrennungsanlage, der Stadtrat Weinmeister war lange Zeit dafür, aber im Zuge des Wahlkampfes hat er dann plötzlich gemerkt, daß eine Verbrennungsanlage in Graz nicht vertretbar ist, und hat das auch sehr nachhaltig und lautstark vertreten.

Herr Landesrat, zum Schluß kommend erstens einmal mein Wunsch, daß diese Erfahrungen, die wir inzwischen alle gewonnen haben, auch in die Regierungsvorlage einfließen werden, daß wir hier den positiven Weg, der in vielen Bereichen beschritten worden ist, weitergehen. Ich denke daran zurück, daß wir einmal eine Zeit gehabt haben, wo wir gesagt haben, jedem Bezirk eine Deponie. Dieser Weg hat sich auch als nicht richtig erwiesen. Zwei Verbrennungsanlagen für die Steiermark, das war auch nicht haltbar. In Oberösterreich ist eine zuviel. Auch wenn die Mülldeponieverordnung im Jahre 2004 kommt, wird es nicht notwendig sein, da gibt es andere Möglichkeiten, wie ich jetzt schon ausgeführt habe. Vielleicht hast du morgen Zeit. Am Abend, ab 19 Uhr, beim Spitzwirt, wird die Bürgerinitiative feiern – man soll die Feste feiern wie sie fallen. Ich hoffe, daß sie nicht zu früh feiern, aber ich bin zuversichtlich, daß diese Feier begründet ist, und du bist dort herzlich eingeladen, und es würden sich alle freuen, wenn du

auch ein Stück des Abends mit ihnen mitfeierst. Vielleicht ist das ein weiterer Schritt zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Sinne einer positiven und einer konstruktiven Müllentsorgung in der Steiermark. Danke schön! (17.55 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Huber das Wort.

**Abg. Huber (17.55 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes ist sicher notwendig, und vom Zeitpunkt her müßte bereits ein Entwurf vorliegen. Trotzdem will ich heute den Müll nicht einheizen. Es ist bereits passiert, aber es gibt doch mehrere Probleme, die zwar in der Zuständigkeit auf Bundesebene liegen, Bundesminister Bartenstein. Wir kennen und wissen, die Konsumenten bezahlen bereits beim Einkauf die Entsorgung des Verpackungsmülls, nur, die Gemeinden kämpfen jetzt mit dem Problem, daß auch Gemeinden, die auch Verträge haben, mit 14tägiger Entleerung ihrer Dosencontainer jetzt auf drei beziehungsweise vier Wochen verlängert wurde, obwohl die Gemeinden eigentlich vom Inhalt der Behälter her die 14tägige Abfuhr benötigen. Das sind natürlich Kosten in jeder Beziehung, die Ordnung bei den Sammelstellen ist fast nicht mehr zu halten und so weiter. Das nächste große Problem ist die Altglasentsorgung, wo uns auch finanzielle Belastungen ins Haus stehen werden. Bei der Novellierung dieses Abfallwirtschaftsgesetzes wird es notwendig sein, daß man auch das, was die Bundesebene betrifft, diskutiert und die Schritte, die wir dann an den Bundesminister unternehmen werden, ausdiskutieren und formulieren werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.56 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Pörtl (17.56 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Abfallwirtschaft ist im Grunde ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einer Region, und ich bin persönlich überzeugt, daß das genauso lebenswichtig ist wie die Versorgung, und gerade für unsere Region ist – glaube ich – ganz entscheidend, daß wir schlüssige Konzepte für die Zukunft vor allem in der Umsetzung erreichen. Ich möchte schon vorantstellen, daß wir in der Steiermark das System der Nachhaltigkeit als das Grundsystem in der gesamten Stoffkreislaufwirtschaft grundsätzlich vom Ansatz her bis zur Durchführung selbstverständlich beibehalten werden. Und wenn wir vor allem wissen, daß es eine bundesgesetzliche Regelung mit der Deponieverordnung gibt, wo der Zeitpunkt 2004 leider nicht stabil im Raum steht, sondern mit Ausnahmen geschmückt ist, dann wissen wir selbstverständlich, daß gerade dieser Zeitpunkt ebenfalls eine Dynamik in Österreich ausgelöst hat. Und ich muß mich sehr zurückhalten, weil der Kollege Wabl von den Grünen auf einmal wieder mit einem Salto von der warmen Behandlung, von der er einmal eine Zeitlang überzeugt war, wieder in die kalte zurückgefallen ist. Wir haben immer, auch beim ersten Beschluß 1992, gesagt, zuerst die Vermeidung,

dann die Wiederverwertung. Was jetzt als mechanische, biologische, neue Sensation dargestellt wird, ist nichts anderes als die Wiederverwertungsstrategie im biogenen Bereich. Und die Wiederverwertung, denken wir an die Firma Dekoplast und an die wirtschaftliche Auseinandersetzung bezüglich der Kosten der thermischen Verwertung, wo oberösterreichische Konzerne und Unternehmungen mit 1800 Schilling auf den Märkten des Gewerbeabfalles bereits unterwegs sind, dann sind sozusagen natürlich die thermische und die thermische im Grunde zwei Paar Schuhe. Wir haben heute thermische Abfallbehandlungsanlagen in der Steiermark im Zementwerk Retznei, wo Tausende Tonnen sogenannter Abfall klassisch wiederverwertet werden und in unseren Zementlieferungen in ganz Europa an und für sich das als Rohstoff im Grunde notwendig ist einschließlich der Drähte, die in Wahrheit in den Reifen drinnen sind. Das heißt, wir dürfen das nicht dämonisieren. Wir haben genauso in Donawitz ein System, wo mit Plastikmolekülteilen praktisch gewisse Stahlqualitäten mit Einblassystemen – in der Bundesrepublik gibt es schon solche Modelle – sozusagen als Modell der Kreislaufwirtschaft geschaffen werden. Ich bin daher überzeugt, daß wir – wie die Kollegin Dietrich, ich muß das noch einmal sagen – die Voraussetzungen für die Errichtung thermischer Anlagen in der Steiermark geschaffen haben. Wir haben eine Genehmigung in Niklasdorf, sehr stark rechecked und vor allem Siebrestverwertung. Aber wir brauchen einen Unternehmer, der finanziert und der eine Kostenrechnung vorfindet, wo er im Wettbewerb bestehen kann. Wir haben zwei Standorte in Graz, wo die Raumverträglichkeitserklärung sogar am Tisch liegt, wo der Antrag entscheidend ist, daß das umgesetzt wird. Das sind also die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ein ganz wesentlicher Grundfaktor für die konkrete Umsetzung, und auch der Markt. Und wenn der Kollege Wabl sagt, das ist eine neue Philosophie, ich war bei der Umweltreferentenkonferenz so begeistert von der Kollegin Dr. Lichtenberger, sie ist von den Grünen die Umweltverantwortliche, wo sie erklärt hat, für sie ist das überhaupt kein Problem. Sie macht mechanisch-biologisch, und was übrigbleibt schickt sie hinunter nach Südtirol, oder die Bayern warten auch schon darauf. Also da ist zuerst die kalte und dann die warme Behandlung. Ich glaube, daß wir diesen Weg weitergehen, auch wenn es jetzt neue mechanische Techniken gibt. Wir werden uns das anschauen, in Kürze werden wir in Frohnleiten die Veranstaltung haben, wo solche Techniken, vor allem von der technischen Ausstattung, verfeinert werden, wo wir solche Techniken selbstverständlich einklinken und nach der Kostenentwicklung, aber vor allem nach der Kreislaufentwicklung tatsächlich das umsetzen, weil was die Kollegin Dietrich gesagt hat, stimmt. Wenn jemand glaubt, daß Deponieren allein das Ei des Kolumbus ist, ist es weit daneben. Da haben wir 200, 300 Jahre Nachwirkung, ob wir das glauben wollen oder nicht. Daher ist die Frage der Thermischen – ja oder nein – gar nicht das Thema, sondern welche Fraktion zu welchen Kosten bei welcher Verbrennungsart, das ist an und für sich der richtige Weg. Wir sind bereits längst voraus mit der ökologischen Betriebsberatung, mit der Öko PREPARE. Mit all diesen Dingen müssen wir uns vorher beim Lenkrad betätigen, damit nicht nachher beim Auspuff sozusagen eine

Nachbehandlung notwendig ist. Wir haben bereits ganz enorme Verbesserungen im Stoffkreislauf als faktisches Ergebnis. Ob ich morgen zur Feierstunde kommen kann, das kann ich jetzt nicht garantieren, weil solche Feiern verändern sich relativ schnell. Der Kollege Wabl hat ja auch einen Bruder, der ein ganz begeisterter Umweltmensch ist. Er hat seine Meinung auch geändert, und es hat gleich gekracht. Als ich Umweltreferent geworden bin, hat er gesagt: „Der Hermann Schaller war noch ein gescheiterer Bursch. Der hat das an und für sich mit sehr viel Dynamik gemacht.“ Und weil die mich da so gemartert haben, habe ich, als ich Umweltreferent geworden bin, in einem Interview in einer jugendlichen Spannung gesagt, daß ich ein etwas robuster Hundling bin.

Er hat gesagt, die thermische Behandlung ist in Wahrheit kein Modell, so wie du das sagst. Im Kattwald draußen, als wir die Deponie gemacht haben, hat er gesagt, das ist ein alter Häfen, den wir dort anfangen. Moderne Systeme sind nur nach der jetzigen Deponieverordnung möglich, zum Beispiel mit Kohlenstoff und, und, und. Das heißt, je nach Art und Region drehen sie sich um die eigene Achse, daß es gleich nur so kracht. Also du kannst die Seele blitzartig abändern. Ich will hier auch keine Partei ausnehmen, daß das auch klargestellt ist. Beim Kurvenkratzen seid ihr gewiß so gut wie die Freiheitlichen. Also dabei bin ich mir relativ sicher. Das können aber auch die Sozialdemokraten, und ich habe das schon ein paar Mal im Landtag gesagt. Wenn es in Niklasdorf heiß wird, hauen sie sich über die Pudel, daß es nur so kracht. Ich habe es schon einmal gesagt, ich habe mich dann auch hinübergehaut, weil ich werde nicht als einziger übrigbleiben und lasse mich herunterschnalzen. Ich habe mir gedacht, dann lege ich mich auch nieder. Das Verfahren ist weitergelaufen, wenn wir ganz ehrlich sind. Das ist an und für sich auch wichtig in der praktischen Politik, daß wir uns sozusagen vor allem auch so bewegen können. Abschließend möchte ich noch eines sagen: Seien wir froh, daß wir so dynamische Unternehmer haben in der Frage der Abfallwirtschaft. Es gibt Länder in Österreich, wo große Landesgesellschaften, große Akademien geschaffen werden mit Hunderten von Millionen Schilling. Wir haben mit dem dezentralen Verband und der unternehmerischen Struktur an und für sich Spitzenwerte in der Abfallwirtschaft erreicht, was Vermeidung betrifft, vor allem auch was Wiederverwertung und Logistik betrifft. Ich werde heute nicht erklären, daß es überhaupt keine thermische Verwertung gibt. Nur eines zur Beruhigung, und ich will dabei niemanden anschauen: Alle betreiben wir fest Müllverbrennungen, und dabei schauen wir uns schön ins Gesicht. Jeder, der einen Zentralheizungskessel hat, ist unter schwerster Versuchung. Wenn wir irgendwo eine Gasleitung hinbekommen oder in Graz solche Orte ausgewiesen werden, wo keine Individualheizung ist, dann steigt auf einmal die Restmüllmenge. Es wird selbstverständlich auf diesem Gebiet teilweise mit gezinkten Karten agiert. Wir werden mit diesem steirischen Abfallwirtschaftsgesetz selbstverständlich jene Lücken schließen und jene Bereiche verstärken, wo wir Kompetenzen haben, wo wir sozusagen dieses System der Wiederverwertung, der Nachhaltigkeit, der Vermeidung verstärken werden, aber eine altlastenfreie Zukunft im Ansatz unserer gesetzlichen Voraussetzungen als

Grundlage der Entscheidungen halten. In diesem Sinne wird der Entwurf ausfallen. Ich bitte um kollegiale Zusammenarbeit. Ob wir nochmals etwas besichtigen müssen, glaube ich nicht. Wir schauen uns das vor Ort an. Es gibt jetzt bei uns genug mechanisch-biologische Anlagen. Eines steht fest: Heute sind die Spitztechnologien in weiten Bereichen in der Abfallwirtschaft anzutreffen – in weiten Bereichen. Ich glaube, daß wir alles das, was wir durch Chemie und Technik verursacht haben, an Belastungen über diesen Weg zum Großteil praktisch wieder zurückbekommen werden. Ich glaube aber, daß eines der wichtigsten Betriebsmittel für die Abfallwirtschaft der pädagogische Bereich ist. Das wird die Hauptgrundlage sein, einfach schlüssige Modelle der Kreislaufwirtschaft in der praktischen Lebenshaltung umzusetzen. Auf diesem Weg befinden wir uns. Ich starte nicht nochmals durch, denn wir haben das pädagogische Modell der ökologischen Landentwicklung so angelegt, daß wir in die Haushalte, in die Betriebe, in die Schulen, in die Akademien hineingehen können, um das vor allem pragmatisch einzuhaken, wo man nachher mit weniger Kosten gesünder und besser für die nächsten Generationen leben kann. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.08 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**9. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 307/6, zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Einrichtung einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (18.08 Uhr):** Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Regierungsvorlage, die auf einem Antrag des Liberalen Forums und der Grünen gründet, befaßt sich mit der Einrichtung einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark. Die Landesregierung hat folgenden Bericht hiezu erstattet: Es wurde das Referat Frau, Familie und Gesellschaft und der Sozialhilfverband Leoben befragt. Das Referat Frau, Familie und Gesellschaft hat dazu insofern Stellung genommen, als es die Meinung vertritt, daß eine zusätzliche Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark erforderlich wäre. Die Bezirkshauptmannschaft Leoben hat einen gegensätzlichen Bericht dazu abgegeben, in dem sie mitteilt, daß in der Obersteiermark respektive in Leoben bereits elf Beratungseinrichtungen vorhanden wären und daß damit der Bedarf gedeckt wäre. Der Ausschuß empfiehlt, diese Regierungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen. (18.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

**Abg. Keshmiri (18:10 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben nach, und es ist kaum zu glauben, siebenstündiger Debatte – quasi Fünfparteidebatte – einen Beschlußantrag zustande gebracht, eine schwere Geburt, was eigentlich nicht der Fall sein müßte, ich würde es einmal so sagen. Es ist traurig genug, daß Frauen nicht nur um die Gleichstellung und um die Gleichberechtigung kämpfen müssen, sondern daß bedrohte Frauen um ihren Schutz quasi kämpfen müssen. Wir haben jetzt einen Fünfparteiantrag erstellt, der unter großen Wehen geboren wurde, und zwar einen Fünfparteiantrag, daß in der Obersteiermark frauenspezifische Beratungsstellen errichtet oder gebaut werden sollen. Der Bedarf ist gegeben, und das hat auch die Stellungnahme des Referates Frau, Familie und Gesellschaft kundgetan. Das heißt, es kommen 600 Frauen aus den Regionen nach wie vor nach Graz, um sich in Krisensituationen beraten zu lassen. Die Stellungnahme vom Sozialhilfverband habe ich jetzt, und das sage ich bewußt, als lächerlich empfunden, wenn argumentiert wird, daß es zehn Beratungsstellen in Leoben gibt: Bezirksgericht, AMS et cetera. Das sind für mich keine dezidiert frauenspezifischen Beratungsstellen. Es ist nicht einzusehen, daß das Bezirksgericht Frauen beraten soll, die in Krisensituationen nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Im Sinne der Sache ist ein Fünfparteiantrag zustande gekommen, und ich bin auch froh darüber, daß es gerade heute passiert ist, weil heute der Internationale Tag der Gewalt gegen Frauen stattfindet. In diesem Sinne möchte ich jetzt den Beschlußantrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wicher, Dietrich, Mag. Zitz, Gross, Beutl, Kaufmann, Dr. Reinprecht und-Ussar, betreffend Beratungsstellen und Krisenwohnungen in der Obersteiermark, vorlesen. Die Gewalt und die Probleme im familiären und häuslichen Bereich nehmen nach wie vor zu. Für Frauen mit diesbezüglichen Problemen in der Steiermark gibt es in Graz zwei Frauenberatungsstellen und ein Frauenhaus. Aber auch in der Obersteiermark gibt es Beratungsstellen, die sich um Frauen in Krisensituationen annehmen. Als Beispiele können hier die Beratungszentren von „Rettet das Kind“ in den Bezirken Leoben, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag genannt werden. So wurden im Beratungszentrum „Libit“ in den Monaten Jänner bis Oktober 1997 507 Frauen und im Beratungszentrum Kapfenberg im gleichen Zeitraum 788 Frauen beraten. Im Vergleich dazu wurde die Frauenberatungsstelle Graz laut Jahresbericht 1996 von 1242 Frauen kontaktiert.

Um den obersteirischen Frauen den Zugang zu Beratungsstellen zu erleichtern, ist es notwendig, ein Angebot speziell für Frauen anzubieten.

Kein Angebot gibt es in der Obersteiermark für kurzfristige Unterbringungen von Frauen in Krisensituationen. Hier wären dezentrale Krisenwohnungen wünschenswert.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine oder mehrere in der Obersteiermark vorhandene Beratungseinrichtungen zu frauenspezifischen Beratungsstellen auszubauen und

zweitens in der Obersteiermark die Einrichtung von Krisenwohnungen oder die Errichtung eines Frauenhauses zu fördern. Danke! (18.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (18.13 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als Frauenvertreterin liegt mir das Schicksal von in Not geratenen Frauen besonders am Herzen. Als obersteirische Abgeordnete habe ich in der Vergangenheit mehrmals ein Frauenhaus für die Obersteiermark gefordert. In diesem Punkt war ich mit meiner obersteirischen Kollegin Keshmiri eigentlich immer einig. Deshalb diese Forderung, weil ich der Meinung war, daß ein derartiges Haus dringend benötigt wird. Nunmehr hat sich die Situation insofern etwas geändert, als seit 1. Mai 1997 im Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch das Wegweiserecht verankert ist, wonach der Täter aus der Wohnung verwiesen werden kann. Diese Tatsache führt dazu, daß Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, in der ehelichen Wohnung verbleiben können und nun nicht mehr ausschließlich auf eine andere kurzfristige Unterbringungsmöglichkeit angewiesen sind. Ich will damit nicht sagen, daß wir keine Einrichtung mehr benötigen, die hilfesuchende Frauen brauchen. Was aber den Zweck besser erfüllen würde und wohl auch schneller durchsetzbar sein wird, wäre die Schaffung von Krisenwohnungen zur kurzfristigen Unterbringung von Frauen und Kindern. Ich weiß, daß sich Frau Landesrätin Dr. Rieder für eine solche Unterbringungsmöglichkeit einsetzt, und bin zuversichtlich, daß derartige Wohnungen in der Obersteiermark auch in absehbarer Zeit bereitgestellt werden können. Die Alternative Frauenhaus soll aber trotzdem nicht vergessen werden. Was die geforderte Errichtung einer weiteren Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark betrifft, so habe ich mich diesbezüglich sehr genau bei kompetenten Stellen erkundigt, und kann folgendes festgehalten werden:

Die bestehenden Einrichtungen decken den Bedarf ab. Beispielsweise wird mit „Libit“, der Leobner Initiative für Beratung und Therapie, hilfesuchenden Frauen bestmögliche Beratung und Betreuung gewährt. (Abg. Schinnerl: „Warum gerade ‚Libit‘?“) Fragen Sie die betreffende Einrichtung, warum sie sich so nennt!

80 Prozent der dort Vorsprechenden sind Frauen. Man kann also sagen, daß es sich hier quasi um eine Frauenberatungsstelle handelt. Diese Leobner Initiative bietet mehr als eine reine Frauenberatungsstelle. „Libit“ bietet Beratung bei Gewalt, bei Scheidung, bei sexuellem Mißbrauch und gibt auch Auskünfte rechtlicher Natur, wie zum Beispiel das gesetzliche Besuchsrecht oder Schuldnerberatung et cetera. Darüber hinaus bietet es auch eine extramurale Beratung durch Psychotherapeuten an. Besonders für Frauen eine ganz wichtige Einrichtung. In Not geratene Frauen erhalten dort unter einem Dach eine umfassende Beratung und müssen nicht wie bei einer reinen Frauenberatungsstelle nach der Erstberatung zu verschiedenen Institutionen geschickt werden. Im Beratungszentrum „Libit“ wurden beispielsweise von Jänner bis Oktober 1997 834 Personen beraten. Das

sind nicht wenige, weil jede einzelne Person, die in Not geraten ist, eine Person zuviel ist. Aber diese Anzahl der Rat- und Hilfesuchenden ist nicht so groß, daß keine Kapazitäten mehr frei wären, im Gegenteil findet hier jede hilfesuchende Frau sofort die erforderliche Unterstützung. Was daher meines Erachtens wichtiger wäre, als eine weitere Frauenberatungsstelle einzurichten, wäre, die bestehenden Einrichtungen auszubauen, und zwar in Richtung Information, Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel Aufklärung in den Schulen, Vorträge über Medien und so weiter, damit einerseits die Bevölkerung besser aufgeklärt ist über die vorhandenen Möglichkeiten, andererseits aber auch, um präventiv zu wirken. Ausgebaut werden sollten die bestehenden Einrichtungen auch hinsichtlich der Öffnungszeiten insbesondere in den Abendstunden, damit auch im Handel beschäftigte Frauen einen leichteren Zugang haben auf Grund der verlängerten Öffnungszeiten, wie allgemein bekannt ist. Die zusätzliche Abhaltung von regelmäßigen Sprechtagen auch in den diversen Orten des Bezirkes würde ich für sinnvoll erachten. Auch ein eventueller Ausbau dieser Beratungseinrichtungen als Opferschutzrichtung im Sinne einer Ausweitung der Einschreibungsmöglichkeiten nach dem Sicherheitspolizeigesetz wäre ebenfalls wünschenswert. Mit den erwähnten Ausbauvorschlägen würde ein optimales Leistungsangebot in der Obersteiermark vorliegen und sich eine eigene Frauenberatungsstelle jedenfalls erübrigen. Ich hoffe, meine Ausführungen waren diesbezüglich nicht zu ausschweifend, aber in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Materie sicherlich erforderlich. Umso mehr freue ich mich, daß nach sehr langen Verhandlungen es nun endlich gelungen ist, einen Fünfparteiantrag diesbezüglich einzubringen. Auf Wunsch der Kollegin Keshmiri wurde sie sogar als Erstunterzeichnerin festgehalten. Umso mehr wundert es mich allerdings, daß nun plötzlich eine Minute vor Beginn dieses Tagesordnungspunktes anscheinend – so höre ich – ein weiterer Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums eingebracht werden soll, vermutlich von der Kollegin Zitz nehme ich an, der sich im wesentlichen mit der ähnlichen Materie befaßt, jedoch teilweise für mich eher unverständlich formuliert ist und eher eine Verschlechterung dieses Beschlußantrages, den wir alle fünf Parteien formuliert haben, mit sich bringen wird. Für mich fehlt eigentlich das Verständnis für eine solche Vorgangsweise, denn ich habe bis jetzt eigentlich die Auffassung vertreten, daß wir im Landtag, wenn wir es nur wollen, eine sehr konstruktive Zusammenarbeit pflegen mit der Betonung auf „wenn wir es nur wollen“. Ich möchte also gleich vorweg sagen, daß unsere Fraktion diesem Beschlußantrag, sollte er nun tatsächlich eingebracht werden, jedenfalls nicht zustimmen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Sie hat das Wort.

**Abg. Beutl (18.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Das Timing stimmt zufällig. Am Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen haben wir heute einen Tagesordnungspunkt, der dazu wirklich gut paßt. So

traurig es ist und so bitter das Thema ist, aber die Existenz von Gewalt gegen Frauen und Kinder, vor allem in Paarbeziehungen und in Familien, wird heute zwar nicht mehr totgeschwiegen, aber das Problem selbst wird immer noch sehr gerne als Privatsache abgetan oder auch als Kavaliersdelikt verharmlost. Daß Gewalt in vielfältiger Form auftritt, das ist uns allen bewußt, auch wenn wir sie oft nur dann wahrnehmen, wenn das blaue Auge oder wenn äußere Verletzungen sie erkennen lassen. Daß aber psychische, finanzielle oder sexuelle Gewalt vor allem gegenüber Frauen in Paarbeziehungen, in Partnerschaften mindestens genauso grausam sind und Narben hinterlassen, das wissen wir alle. Es ist sehr schwierig, Fakten und exakte Zahlen dazu auf den Tisch zu legen. Die Dunkelziffer ist hier sehr hoch. Nach Schätzungen, die international glaubwürdig sind, wird jede fünfte in einer Beziehung lebende Frau Opfer von Gewalt. Die kürzlich vorgestellte Studie, die in der Steiermark erhoben wurde und die nur gemeldete Fälle ausweist, hat ebenfalls 300 gemeldete Fälle in zwei Monaten erhoben, und das würde – hochgerechnet – im Jahr 1800 bedeuten. Aber nochmals, die Dunkelziffer ist sehr hoch. In fast jedem zweiten Fall sind Frauen als Ehepartnerinnen von Gewalt in der Steiermark betroffen. Ein Drittel sind Kinder, die davon betroffen sind. Wenn man nach den Wurzeln und Ursachen fragt, so ist es immer noch ein sehr traditionelles festgefügtes Rollenbild, das sehr schwer zu ändern ist, so möchte ich einen Ausspruch von Jean Jacques Rousseau zitieren, der folgendes sagt: „Die erste und wichtigste Eigenschaft einer Frau ist Sanftmut. Geboren, um einem Mann zu gehorchen, der unvollkommen und voller Fehler ist, muß sie frühzeitig lernen, Ungerechtigkeit und Unrecht zu ertragen und zu erdulden, ohne sich zu beklagen.“ Das ist ein Frauenbild, das nur in einigen Fällen zu Applaus hervorgerufen hat. Denn tatsächlich ist es so, und das hat sich leider noch nicht so herumgesprochen, daß inzwischen Gesetze etwas anderes festhalten, daß nämlich Frauen und Männer gleichberechtigt in einer Partnerschaft sind und daß Mißhandlungen in einer Partnerschaft oder Ehe Straftaten sind. Das, was dazukommt, ist, daß vor allem, wenn wir an unsere Kinder denken, Gewalt tatsächlich als alltägliche Erfahrung erlebt wird und daß somit auch ein Verhalten erlernt wird.

Wenn die Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa sagt und meint, daß Beratungsstellen in ihren Tätigkeiten erweitert werden sollen, dann möchte ich ihr insofern zustimmen, als wir tatsächlich in der Prävention früh ansetzen müssen bei Kindergärten, bei Schulen, also überall dort, wo auch Beratung und Erziehung erfolgen. Denn es kommt noch etwas dazu, und ich möchte die Prävention hier erweitert wissen, daß Paare sehr schwer mit Konflikten umgehen können, daß sie mit Beziehungsproblemen nicht zurechtkommen. Und ich denke, daß diesbezüglich Ehe und Partnerbildung als Prävention ebenfalls ein Ziel sein müßte, ein Ziel von verschiedensten Einrichtungen und ganz gewiß auch von solchen Beratungsstellen. Die Folge ist, daß Frauen vielfach aus ihrem mangelnden Selbstbewußtsein heraus natürlich im Nachteil sind, ihre Rechte nicht kennen, daher auch nicht wahrnehmen. Besonders schlimm wird es dann, wenn Frauen diesem Druck und dieser Gewalt entkommen und sich trennen wollen. Dann rasten viele Männer aus, weil sie das

Scheitern einer Paarbeziehung als Demütigung oder als Versagen empfinden. Wenn man zum Beispiel nachfragt, was es mit diesem Amokläufer erst vor kurzem im salzburgerischen Mauterndorf auch an Hintergründen gegeben hat, dann liegt der tiefere Grund letztlich auch in einer gescheiterten Beziehung. Frauen selbst, die betroffen sind, schweigen sehr häufig aus Scham, aber auch aus Angst, daß ihnen ohnehin niemand glaubt. Sie haben vor allem auch sehr häufig Sorge, daß sie mit den Kindern dann ohne die finanzielle Absicherung dastehen. Sie erdulden wirklich sehr viel, vor allem auch, weil sie nicht gelernt haben und nicht wissen, wie sie sich wehren sollen, was sie tun können und wohin sie sich wenden sollen. Wenn nun auch das Wegweiserecht in Kraft ist, und ich glaube, das ist eine erste wirkliche Hilfe und ein Fortschritt, so ist zu befürchten, daß doch sehr wenige Frauen sich tatsächlich trauen, das so in Anspruch zu nehmen, wie es wünschenswert wäre.

Das bedeutet, daß ohne stützende Maßnahmen, ohne Hilfe von außen in vielen Fällen solche festgefahrenen, gewalttätigen Partnerschaften oder Entwicklungen in Partnerschaften von den Frauen allein nicht zu bewältigen sind. Wenn es auch hin und wieder Gott sei Dank Stellen gibt, Freunde gibt, wo sie hingehen können, wo sie ihre Ängste und ihre Sorgen auch im Gespräch loswerden können, wo sie jemanden finden, der sie zu Ämtern und zu Stellen begleitet, dann brauchen sie ganz sicherlich diese Beratungsstellen, die sie präventiv, aber auch als Unterstützung in der Krise beziehungsweise auch in der Nachbetreuung unterstützen, die ihnen wirklich kompetent über die rechtlichen, finanziellen Hilfen Bescheid geben, die ihnen weiterhelfen, zu Wohnmöglichkeiten in Krisenfällen zu kommen, und vieles mehr. Das heißt, wir brauchen diese professionellen Hilfen ganz sicherlich, und das sind diese Frauenberatungsstellen. Ich bin erfreut zu hören, daß dieses „Libit“ im Bezirk Leoben mehr anbietet als nur diese Beratungsstelle für Frauen, sondern daß sie sehr vielfältig und umfassend Hilfe leistet. In den ländlichen Regionen, besonders in der Obersteiermark, haben wir seit vielen Jahren, und ich kann mich erinnern, daß wir bereits im Jahr 1993 das erste Mal einen gemeinsamen Antrag hier eingebracht haben, gefordert, daß für diesen riesengroßen Bereich solche Stellen angeboten werden oder ausgebaut werden. Aus diesem Grunde werden wir von unserer Fraktion diesen gemeinsamen Antrag unterstützen, weil wir glauben, daß er am ehesten umsetzbar ist und am ehesten geeignet ist, den Frauen in der Obersteiermark die notwendige Hilfe zu geben. Vor allem weil ich glaube, daß das auch finanzierbar und umsetzbar ist. Insgesamt denke ich, und wenn ich hier Vergleiche mit anderen Bundesländern in einer ähnlichen Größe wie die Steiermark anstelle, daß tatsächlich in weiterer Folge ein zweites Frauenhaus ganz sicherlich notwendig sein wird. Ich freue mich über diesen ersten Schritt, daß wir Krisenwohnungen in den Regionen anbieten können. In Niederösterreich zum Beispiel haben wir in Amstetten, in Neunkirchen, in Mödling, in St. Pölten und in Mistelbach, also sehr weit gestreut, Frauenhäuser beziehungsweise Sozialzentren für Frauen. In Oberösterreich, wo wir eine vergleichbare geographische Größe haben, gibt es in Linz, in Wels, in Steyr und in Vöcklabruck ebenfalls solche Einrichtungen. Deswegen denke ich, daß wir



auf längere Zeit hin gesehen dieses Ziel tatsächlich gemeinsam verfolgen sollten, und ich betone und lege Wert auf das Wort gemeinsam. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.31 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

**Abg. Mag. Zitz (18.31 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte noch Anwesende im Landtagssaal!

Der Tagesordnungspunkt „Einrichtung einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark“ hat bekanntlich im Ausschuß schon zu heftigeren Diskussionen geführt. Das hängt ganz einfach damit zusammen, daß die Regierungsvorlage, die wir dazu bekommen haben, mehr als widersprüchlich ist. Die fachlich zuständige Referentin, nämlich die Nationalratsabgeordnete Steibl, Leiterin des Referates Frau, Familie und Gesellschaft, die ich frauenspezifisch für die Anlaufstelle auf Landesebene halte, auch wenn ich mit ihr inhaltlich nicht immer einer Meinung bin, hat in ihrer Stellungnahme zu diesem liberalen Antrag festgehalten, die Frauenberatungsstellen Marienplatz und Mafalda, beides Grazer Stellen, seien völlig ausgelastet, so daß es sinnvoll erscheint, aus frauenlandespolitischer Sicht, dem Antrag, wie er eingebracht wurde, stattzugeben. Der zweite Teil dieser Regierungsvorlage besteht darin, daß man die Bezirkshauptmannschaft Leoben zu Wort kommen läßt. Ich muß dazusagen, beide Stellungnahmen stammen aus dem Sommer dieses Jahres. Die Bezirkshauptmannschaft Leoben, der ich nicht unbedingt die spezifische frauenpolitische Kompetenz zusprechen möchte, stellt in Kooperation mit dem Sozialhilfeverband Leoben fest, daß es weder einen Bedarf noch eine Notwendigkeit zur Errichtung einer eigenen Frauenberatungsstelle in Leoben gibt. Das heißt, in dieser Regierungsvorlage sind ohne Kommentar zwei völlig widersprüchliche Positionen präsentiert, einerseits vom regional ansässigen Verband ohne frauenpolitische Kompetenz und andererseits doch von der Person, die auf Landesebene am meisten frauenpolitischen Überblick hat, würde ich sagen, was so passiert sowohl im Bereich aktueller gesetzlicher Entwicklungen als auch was in den einzelnen Regionen an positiven Errungenschaften und Defiziten da ist. Der Succus von dieses beiden Stellungnahmen lautet: Wenn gleich vom Referat Frau, Familie und Gesellschaft eine grundsätzlich positive Äußerung vorliegt, wird auf Grund der Stellungnahme des zuständigen Sozialhilfeverbandes Leoben „derzeit von einer Realisierung der angeregten Einrichtung Abstand genommen“. Es gibt keinerlei politische Positionierung von der zuständigen Soziallandesrätin. Es gibt nur das Gegenüberstellen von zwei beamteten Stellen und ihren Positionen, die konträrer nicht sein können. Auf dem basierend, die Initiative ist von Margit Keshmiri vom Liberalen Forum ausgegangen, wurde dann überlegt, wie man mit dieser Regierungsvorlage umgehen kann beziehungsweise wie man sie inhaltlich so korrigieren kann, wie es den meisten Frauen und Männern im Landtag ein Anliegen ist, nämlich, daß man im Bereich der Krisenintervention oder im Bereich des Umgehens mit Gewalt in Beziehungen, in Partnerschaften, auch in Erziehungsverhältnissen, wie man da für die betrof-

fenen Personen kurz- oder mittelfristig Ausweichmöglichkeiten oder Linderungen schaffen kann. Und ich möchte deswegen den Antrag einbringen in der Form, wie er ursprünglich intendiert war. Noch eine kurze Bemerkung zur Ausführung von der Kollegin Bachmaier-Geltewa. Sie haben gemeint, daß Sie den Antrag, den ich jetzt vorstellen werde, nicht unterstützen möchten. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß eigentlich von allen Fraueneinrichtungen, die vom Sparpaket ja durchaus betroffen waren, immer zwei Punkte kommen, nämlich erstens finanzielle Absicherung der bestehenden Struktur und zweitens vertragliche Absicherung. Und diese beiden Initiativen, sowohl die Frauenberatungsstelle als auch das Frauenhaus, arbeiten in so guter Qualität über einen so langen Zeitraum, daß sie das Vertrauen von unterschiedlichsten Fraktionen haben. Sie agieren außerdem ausgesprochen überparteilich. Ich glaube, es ist gerade der Vorteil, daß sie nicht einem bestimmten Lager zuordenbar sind, wie durchaus andere Einrichtungen im sozialpolitischen Bereich. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Antrag stellen sozusagen als Ergänzung oder Korrektur der Regierungsvorlage, die für mich einfach nicht nachvollziehbar ist, betreffend einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß erstens in der Obersteiermark umgehend eine Frauenberatungsstelle installiert wird, zweitens die bestehenden Frauenberatungsstellen in Graz finanziell und vertraglich abgesichert werden und drittens, sobald das bestehende Frauenhaus in Graz finanziell und vertraglich abgesichert ist, ein weiteres Frauenhaus in der Obersteiermark eingerichtet wird. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Zuerst in Graz, und nicht in der Obersteiermark?“) Ich gehe davon aus, daß ein großer Teil der Frauen ohnehin nach Graz kommen muß. Und um das baldmöglichst so zu korrigieren, daß die Frauen regional „versorgt“ werden, müßten wir schauen, daß zuerst – und es ist sehr, sehr schnell möglich – die bestehende Einrichtung finanziell abgesichert wird. Das kann innerhalb von sehr, sehr kurzer Zeit gehen, und parallel dazu müßten natürlich die ersten Schritte gesetzt werden, um in der Obersteiermark eine solche Einrichtung aufzubauen. Ich glaube, daß man schon davon ausgehen kann, daß es in der Obersteiermark Betreuungsangebote in sehr guter Qualität gibt, aber eine tatsächliche frauenspezifische Einrichtung, die auch niederschwellig ist, wo auch Frauen hingehen können, die nicht locker auf das Bezirksgericht gehen, wie in der Regierungsvorlage zu meiner großen Überraschung vorgeschlagen wird. Martin Wabl arbeitet sehr stark im Scheidungsbereich, und ich glaube nicht unbedingt, daß Frauen, die betroffen sind, soviel Lust haben, auf das Bezirksgericht zu gehen, um sich dort konkret zu diesem Thema beraten zu lassen, weil es eben sehr wenig in diesem Bereich qualifizierte Richter und Richterinnen in der Steiermark gibt und weil die soziale Kompetenz da nicht unbedingt so ausgeprägt ist, sonst wäre die Problematik in dem Bereich nicht so, wie es sich derzeit zeigt.

Ich glaube, ich habe jetzt die Intention dieses Antrages noch einmal dargestellt, und nachdem auch die Landesrätin aktuell einen Brief ausgeschickt hat zum Thema „Gewalt in der Familie“ und dazu auch eine Studie in Auftrag gegeben hat beziehungsweise das auch eine der Ideen der derzeit laufenden Sozialplanungen der Steiermark sein sollte, möchte ich ersuchen, daß Sie unseren Antrag unterstützen und damit nicht Ihre regionalen Abgeordneten, die nämlich genau das verlangen, und zwar sowohl die Grazer Gemeinderätinnen als auch die obersteirischen Abgeordneten, im Regen stehen lassen, indem Sie diesen Antrag niederstimmen. Ich ersuche deswegen um Unterstützung, und wir werden selbstverständlich alle anderen Anträge von anderen Fraktionen zu diesem Thema unterstützen – ob es sich jetzt um Krisenwohnungen handelt oder ob es sich um andere Initiativen handelt. Von den Grünen her gibt es Unterstützung für jede Art von Aktivität in diese Richtung. (Abg. Gross: „Frau Abgeordnete, ist das nicht ein bißchen Populismus, was Sie jetzt betrieben haben?“) Sagen Sie das den Frauen in der Frauenberatungsstelle, daß Sie mir jetzt Populismus vorwerfen! (18.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dietrich.

**Abg. Dietrich** (18.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In der Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri geht es darum, ob in der Obersteiermark eine zusätzliche Frauenberatungsstelle errichtet werden sollte und inwieweit auch ein Frauenhaus in dieser Region notwendig ist. In der Regierungsvorlage ist ebenfalls eine Vielzahl von Beratungseinrichtungen aufgelistet, und das reicht von Arbeitsmarktservice bis zum Pfarramt, zum Sozialdienstleben bis zur Caritas und vielen anderen Einrichtungen. Die Kollegin Beutl hat die Beratungsstelle „Libit“ genannt, und ich denke mir, daß so ein Name schwer zu identifizieren ist und daß Frauen, die in einer gewissen Notsituation sind, vielleicht gar nicht den richtigen Weg finden, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht erkennen können. Ich persönlich begrüße sehr, daß wir uns in diesem Mehrparteiantrag dazu durchgerungen haben, daß in der Obersteiermark eine Frauenberatungsstelle, die dezidiert als solche bezeichnet wird, errichtet wird. Und mich wundert es eigentlich, warum der Sozialhilfeverband Leoben, der ja ein Expertenteam einberufen hat, einstimmig – wie in der Vorlage steht – festgestellt hat, daß eine zusätzliche Einrichtung nicht notwendig wäre. Mich wundert es deshalb, diese ganzen Zusammenhänge, weil selbst die Frau Landesrätin Rieder ja im Ausschuß noch gemeint hat, eine zusätzliche Einrichtung bräuchten wir nicht. Ich persönlich bin schon der Meinung, und ich freue mich über den heutigen Beschluß oder den heutigen gemeinsamen Antrag, daß wir für die Frauen da oben eine zusätzliche Stelle errichten, und besonders freut es mich auch, daß wir analog dem Frauenhaus in Graz auch die Möglichkeit für die obersteirischen Frauen schaffen, Krisenwohnungen aufzusuchen. Es ist sicherlich schwierig für Frauen, besonders wenn sie Kinder haben, finanziell nicht so unabhängig sind, in

einer Krise aktuell im Moment die Kinder zusammenpacken und nach Graz zu reisen. Es ist sicher leichter, wenn man weiß, 20 oder 30 Kilometer entfernt ist ein Zufluchtsort. Und deshalb freue ich mich wirklich, daß es uns gelingt, diese Einrichtungen für die Menschen da oben zu schaffen. Und warum das gerade in unserer Region so wichtig ist (Abg. Schinnerl: „Bist du überzeugt?“), ich bin überzeugt Kollege Schinnerl. Das ist auch einfach zu begründen. Wir wissen alle, daß in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ein hohes Aggressionspotential herrscht und daß es dort eher Fälle gibt, wo Familienmitglieder auszucken, wo es zu Gewaltvorfällen kommt. Abschließend hoffe ich nur, daß für die genannten Einrichtungen und für unsere gemeinsamen Vorhaben auch die budgetären Mittel vorhanden sind. Wir als Opposition werden darauf achten, daß diese Vorhaben auch in kürzester Zeit realisiert werden. (Beifall bei der FPÖ. – 18.44 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl am Wort.

**Abg. Dr. Wabl** (18.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein paar persönliche Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt, wobei ich froh bin, daß Margit Keshmiri als Obersteirerin hier diese Initiative gesetzt hat, bin aber doch betroffen darüber, daß man mit Erklärungen, daß es schon genug Stellen gibt, hier Ausflüchte oder einen Ausweg sucht, um dieses Projekt nicht zu verwirklichen, weil ich davon überzeugt bin, daß wir in einer Zeit leben, wo gerade Frauen in den verschiedensten Notlagen des Lebens oft keine Ansprechstelle haben. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, wo es ein Netz gibt, wo man Rat suchen kann, sondern viele sind darauf angewiesen, daß sie bei einer Beratungsstelle oder sonstwo Zuflucht, Unterstützung, Trost und Beratung finden. Vielleicht war es früher der Pfarrer in einer Gemeinde. Es wird ja auch hier erwähnt, daß die Pfarren von Leoben auch Beratungsstellen sind. Ich möchte keinem Pfarrer nahe treten, aber ich kann mir nur sehr schwer vorstellen, daß in den meisten Notsituationen der Frauen tatsächlich ein Pfarrer die entsprechende Anlaufstelle, vor allem für eine Frau, ist. Genauso bin ich sehr skeptisch, wenn in der Regierungsvorlage erwähnt wird, daß das Bezirksgericht in Leoben eine entsprechende Anlauf- oder Beratungsstelle für Frauen sein soll. Ich selbst bin jetzt fast 30 Jahre Richter. Ich weiß daher, in welche Richtung die Ausbildung des Richters verläuft. Ich kämpfe schon lange dafür, daß ein eigener Richtertypus geschaffen wird, der Richtertyp des Familienrichters, des Beratungsrichters. Mein Kampf mit der Justiz geht vor allem in die Richtung, daß die Justiz der Meinung ist, Beratung und Streit-schlichtung sind nur Randbereiche der Justiz, aber nicht Hauptbereiche des Richters, der sich auf die ureigenste edle Aufgabe des Richtens zurückziehen sollte. Gerade auf die Fähigkeit des Beratens im Vorfeld, auf die Unterstützung, einen Streit zu vermeiden, kommt es letzten Endes an. Ich glaube, daß wir in einer Zeit leben, wo wir für die unmöglichsten Monsterprojekte Geld haben, das heißt, für Straßenbauten, wo immer sie hinführen, das kann Millionen und Abermillionen kosten. Wenn es darum geht, de-

zentrale Kinderanwaltschaften, wie wir zum Beispiel auch schon gefordert und mühsam durchdiskutiert haben, und, Frau Kollegin Pußwald, Sie werden sich erinnern, wo es immer wieder heißt, das Geld haben wir nicht, dezentrale Frauenberatungsstellen oder Frauenhäuser zu errichten, dann heißt es, wir haben kein Geld. Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß jene Millionen, die wir dort nicht einsetzen, sich tausendmal zu Buche schlagen in der Sozialhilfe, bei Jugendlichen, die nicht mehr im Leben sich zurechtfinden. Millionen, die man dort einspart, kosten uns wiederum Abermillionen im Sozialbereich, im Sozialhilfebereich, im Bereich der Jugendfürsorge oder auch in anderen Bereichen. Es gibt Leute, die sagen, es wäre besser, denn in Amerika geht das Wort um, es wird viel Geld in Gefängnisse investiert, damit hier entsprechend für Recht oder Ordnung gesorgt wird. Ich bin der Meinung, daß man sich Millionen, die man im Vorfeld, im sozialen Umfeld, in der Familienberatung, in der Kinderberatung, in der Kinderbetreuung einsetzt, nachher erspart beim Gefängnisbau, man erspart sie sich nachher bei der Betreuung von Straffälligen. Zum Schluß kommend: Ich bin jetzt seit 30 Jahren bei Gericht und habe 30 Jahre lang dramatisch miterlebt, wie sehr die Zahl der Scheidungen in Österreich ansteigt. Wir sind derzeit bei 18.000 Scheidungen. Das betrifft 36.000 erwachsene Menschen, wobei Gott sei Dank nicht alle Scheidungen von einem Rosenkrieg begleitet sind. Es ist nicht so, daß nur 10 Prozent der Scheidungen streitig sind. Es dauert oft sehr lange, bis diese einvernehmliche Lösung am Schluß gefunden wird. 36.000 Erwachsenen, wo jede Familie ungefähr ein Kind hat, das sind noch einmal 18.000 ungefähr dazu, so sind es 50.000 Menschen, die im Jahr von einer Scheidung konfrontiert oder von einer Scheidung betroffen sind. Wenn man das durch zehn Jahre hochrechnet, sind das 500.000 Menschen mit einem hochexplosiven sozialen Sprengstoff, wo viele junge Leute dann sich nicht mehr zurechtfinden. Ich klinge jetzt dort ein, wo ich der Frau Landesrat doch vorwerfen muß, weil sie das letzte Mal gesagt hat, sie wird das beobachten und wird entscheiden, ob in der Obersteiermark ein Frauenhaus oder eine Frauenberatungsstelle errichtet wird. Ich bin überzeugt davon, daß wir endlich umdenken sollten und diese Beratung vor allem für Frauen in Notlagen, für Frauen, die nicht aus noch ein wissen, anbieten sollen, daß wir dieses flächendeckende Netz endlich nützen. Wenn ich von Niederösterreich höre, wie viele Möglichkeiten es dort gibt, dann sind wir in der Steiermark stiefmütterlich dran. Wenn man bedenkt, daß das Frauenhaus in Graz nicht eine Initiative der öffentlichen Hand war, sondern eine Initiative von Privatpersonen, von Frauen mit privatem Engagement, dann muß uns angst und bange werden. Eines sage ich noch dazu: Ich habe mich nicht nur in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema „Scheidung“ befaßt. 90 Prozent von Frauen kommen entweder weil sie vor der Scheidung stehen, mitten in einer Scheidung stehen, die oft jahrelang dauert, oder nach einer Scheidung. Ich kann Ihnen sagen, ich habe in den 30 Jahren viel Verzweiflung, viel menschliche Not und viel Elend gesehen. Ich kann Ihnen ein Beispiel sagen: Vor kurzem bekam ich einen Telefonanruf aus Steyr in Oberösterreich von einer Frau, die 34 Jahre lang verheiratet ist und drei Kinder hat. Sie hat für diese Kinder ihren Beruf auf-

gegeben. Durch die Malereien im Haus hat sie eine Formaldehydvergiftung, die sich so weit ausgewirkt hat, daß ihr Gehirn dadurch teilweise gelähmt wurde und sie jetzt an den Rollstuhl gefesselt ist. In dem Augenblick, in dem sie an den Rollstuhl gefesselt war, hat der Gatte nach 30 Jahren Ehe ihr erklärt, daß er sich scheiden läßt. (Abg. Wicher: „Gefesselt ist man nicht. Man ist auf den Gebrauch eines Rollstuhls angewiesen!“) Sie ist gezwungen, einen Rollstuhl zu benutzen – das hat mir diese Frau so geschildert. Aber wir wissen, was gemeint ist. Entschuldigung bitte, sie ist gezwungen, im Haus einen Rollstuhl zu benutzen. In dem Augenblick hat der Gatte ihr erklärt, in diesem Zustand, und ich sage es jetzt ganz dramatisch, will ich nicht mehr weiter verheiratet sein, und er hat andere Bekanntschaften geknüpft. Was das für die Frau in der menschlichen Situation bedeutet, können Sie sich vorstellen. Sie hat einfach das Gefühl, beiseitegeschoben zu werden. Solche Fälle sind nicht Einzelfälle. Daher würde ich wirklich dringend an alle appellieren, die in dem Land Verantwortung tragen, wir haben zwar als Landtagsabgeordnete auch Verantwortung, aber wir sind nicht jene, die die Budgetposten fixieren, die Sache ernst zu nehmen. Wenn wir am nächsten Dienstag das dann im Finanz-Ausschuß beraten, so ist das leider schon wieder alles gedruckt, gebunden und gebündelt. Wir können wiederum nur sagen, bitte das für das nächste Jahr aufzunehmen. Dann wird allmächtig oder gütig das entsprechende Regierungsmitglied wieder erklären, wir nehmen das sehr wohl zur Kenntnis, aber heuer geht nichts mehr. Und wir können nur sagen für das nächste Jahr, und dann wird allmächtig oder gütig das entsprechende Regierungsmitglied erklären, wir nehmen das sehr wohl zur Kenntnis, aber heuer geht nichts mehr. Aber ich bitte wirklich darum, daß diese Beratungseinrichtungen, die für unser Überleben der Gesellschaft, ich bin überzeugt davon, nicht nur für das Überleben der einzelnen Frauen vor allem, aber für das Überleben der Gesellschaft notwendig sind, daß dafür die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich betone das noch einmal, jene Mittel, die wir dort nicht haben, werden wir schmerzhaft an anderen Stellen um ein Vielfaches auch verdoppeln oder verdreifachen oder erhöhen müssen, weil wir dort am falschen Platz gespart haben. Ich bitte daher, Frau Landesrat, darum, es nicht von Ihrer landesrätlichen Allmacht abhängig zu machen, ob diese Beratungsstelle eingerichtet wird, weil Pfarren, Bezirksgerichte und andere Stellen überhaupt kein Ersatz für so eine Beratungsstelle sind. Daher bemühen wir uns gemeinsam, Sie haben die Möglichkeit dazu, und ich bin überzeugt davon, daß bei einem guten Willen hier die entsprechende Einrichtung der Beratungsstelle möglich ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 18.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die vorläufig letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Abgeordnete Wicher.

**Abg. Wicher (18.54 Uhr):** Herr Präsident! Frau Landesrätin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung machen, weil meine Kollegin Beutl eigentlich schon alles gesagt hat, was mir

auch zu diesem Punkt wichtig erschienen ist. Und Sie verzeihen, meine Damen und Herren, wenn ich in erster Linie jetzt Kollegin Zitz anspreche, weil ich einfach ihre Motive nicht verstehen kann, warum sie jetzt einen eigenen Antrag einbringt. Wir hatten miteinander besprochen, und es hat ziemlich lange gedauert, bis wir zu einer Einigung gekommen sind, daß es jetzt über alle fünf Fraktionen hinweg einen Beschlußantrag geben soll, der die Punkte, die uns ganz besonders wichtig und notwendig erscheinen, beinhaltet. Und alle konnten sich damit identifizieren. Jetzt plötzlich – und da kann ich dich wirklich nicht verstehen, denn ich denke, wir Frauen sollten, wenn wir miteinander etwas beraten und dann zum Ergebnis kommen, wir können das miteinander tragen, dann sollten wir auch bei der Solidarität und bei der Loyalität bleiben, weil ich denke (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.), sonst brauchen wir Frauen uns nicht wundern, wenn man uns nicht ernst nimmt. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir stimmen nun ab über den Fünfparteiantrag Keshmiri, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wicher, Dietrich, Mag. Zitz und Kolleginnen und Kollegen, betreffend Beratungsstellen und Krisenwohnungen in der Obersteiermark. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Nun stimmen wir ab über den Beschlußantrag der Damen und Herren Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri, Dr. Brünner. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

**10. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/6, zum Beschluß Nr. 347 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1997 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Ing. Mag. Hochegger, Majcen und Purr, betreffend die Fortführung der „Bauinitiative Steiermark“.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen (18.57 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage, Einl.-Zahl 504/6, der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 347 des Landtages vom 10. Juni 1997 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Ing. Mag. Hochegger, Majcen, Purr, betreffend Fortführung der „Bauinitiative Steiermark“ und stelle den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 347 des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schützenhöfer, Ing. Mag. Hoch-

egger, Majcen, Purr, betreffend Fortführung der „Bauinitiative Steiermark“, wird zur Kenntnis genommen. (18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Majcen, nach ihm der Herr Abgeordnete Heibl.

**Abg. Majcen (18.58 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Sie erinnern sich, daß auf Grund der extrem hohen Arbeitslosenrate oder Arbeitslosenrate im Winter 95/96 im Baubereich bereits Anfang des Jahres 1996 im Steiermärkischen Landtag und darauf in der Steiermärkischen Landesregierung die Weichen für die Errichtung einer Förderung von vorgezogenen und zusätzlichen Baumaßnahmen mit kommunaler Bedeutung gestellt wurde. Nach entsprechender Vorarbeit und Informationsaufbereitung durch die Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten sowie durch die intensive Unterstützung der Gewerkschaft Bau – Holz wurde in Anlehnung an ein Modell in der Schweiz am 10. Juni 1996 mit der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung die „Bauinitiative Steiermark“ mit einem Fördervolumen von 100 Millionen Schilling für die Jahre 1996 und 1997 beschlossen. Da die Kammer für Architekten gemeinsam mit der Gewerkschaft Bau – Holz einer der Initiatoren dieser Initiative war, wurde letztlich die Ingenieurkammer mit der Durchführung der Abwicklung hiezu betraut. Es ist übrigens – muß ich sagen – ein interessantes Beispiel für die Auslagerung von administrativen Vorgängen, die nicht viel Kosten verursacht und trotzdem den Intentionen der Beschlußfasser oder der Gesetzgebung folgt. Es wurden seit der Veröffentlichung dieser Bauinitiative bis Ende Mai 1997 über 220 Förderungsanträge gestellt mit einem Nettoinvestitionsvolumen von 1,8 Milliarden Schilling. Alle diese konnten nicht bewilligt werden. Es gibt welche, die sind bewilligt worden, nämlich 85 Förderansuchen, die ein Investitionsvolumen von 835 Millionen nach sich gezogen haben mit einer Förderungssumme von knapp 85 Millionen Schilling und zirka 1200 zusätzliche Arbeitnehmer auf den Baustellen beschäftigt haben. Es wurde eine Reihe von Projekten, nämlich 55, ins Prüfstadium verwiesen, und es wurde drittens eine Reihe von Projekten, nämlich 31, auf eine Warteliste gegeben, und einige Anträge wurden abgelehnt, das heißt, sie haben die Voraussetzungen für die Bauinitiative nicht erfüllt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme ist aus den Statistiken eindeutig abzulesen. In der Steiermark waren im Jänner 1997 am Bau Rückgänge der Arbeitslosen um über 1300 oder fast 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das ist ein sehr, sehr gutes Ergebnis, auf das wir alle miteinander, die diese Bauinitiative auch getragen haben, stolz sein können. Es wurde dann eigentlich festgestellt, daß die 100 Millionen Schilling ausgeschöpft wurden. Damit war sozusagen die Bauinitiative 1 zu Ende. Es hat dann Überlegungen gegeben, die Bauinitiative fortzusetzen, und Landesrat Schmid hatte vorgeschlagen, Mittel aus dem Bereich der Wohnbauförderung für diese Bauinitiative 2 einzusetzen. Das ist gemacht worden, und es sind inzwischen schon eine Reihe von Projekten, nämlich ungefähr knapp

60 Projekte, mit einer Förderungssumme von zirka 40 bis 45 Millionen Schilling und einem Bauinvestitionsvolumen von über 300 Millionen Schilling aus dieser Bauinitiative 2 schon getätigt worden, wobei man natürlich sagen muß, gestern erst wurden wieder 20 solcher Projekte bewilligt. Ich möchte nur ein paar auflisten, damit man aus diesen neuen, im Jahr 1997 schon beschlossenen Projekten sehen kann, welche Palette damit abgedeckt wird. Zum Beispiel Orts-erneuerung Gemeinde Aibl – 637.000 Schilling, Aktiver Tierschutz Steiermark, Tierheim – 2.084.000 Schilling, Albersdorf-Prebuch, Feuerwehrhaus – 896.000 Schilling. (Abg. Heibl: „Das Bauvolumen ist viel höher!“) Nicht rückzahlbare Förderung. Das Bauvolumen ist viel höher. Das ist der Zuschuß, der aus der Bauinitiative gegeben wurde. Gemeinde Altenmarkt, Abfallwirtschaftszentrum – 440.000 Schilling, Bad Mitterndorf, Vereinsheim – 333.000 Schilling, Bad Waltersdorf, Museum – 375.000 Schilling, Freibad – 665.000 Schilling. Diese Liste ließe sich sehr lange fortsetzen. Sie umfaßt hauptsächlich eine Reihe von Gemeinden und kommunale Bauvorhaben. Was allerdings noch zu sagen ist, ist, daß diese Mittel aus der Wohnbauförderung kommen. Ich möchte in dem Zusammenhang nur sagen, wir stehen zu dieser Initiative 2. Sie wurde einvernehmlich von allen eingeführt und getragen, sie hat allerdings – und das nur als Nebenbemerkung – mit Geldern aus dem Wohnbau stattgefunden, die nicht im Wohnbau verwendet werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir nicht ganz verstehen, daß diese 200 Millionen Schilling, die jetzt für die Bauinitiative aus Wohnbaugeldern zur Verfügung stehen, freiwillig, die Wohnbauleistung beziehungsweise die Annuitätenzuschüsse nicht beeinträchtigt haben, daß aber jetzt im Zuge dieser Budgetvorgänge durch die beschlossene Maßnahme die Vorgänge in der Wohnbauförderung so stark beeinträchtigen sollen, daß es notwendig ist, daß Landesrat Schmid jedem, der auch nur irgendwie das Thema Wohnbau andeutet, sofort entgegnet, daß es in Zukunft sehr schwierig werden wird. Er hat sogar Briefe verschickt und ähnliches mehr. Aber darüber reden wir dann irgendwann einmal, weil es zahlt sich jetzt nicht aus. Meine Damen und Herren! Es ist auch so, und das möchte ich abschließend sagen, um es positiv zu formulieren, daß wir dafür sind. Es ist aber völlig falsch, daß irgendjemand, der Gelder aus der Bauinitiative haben möchte, beim Landesrat Schmid vorsprechen muß, weil das ist nicht richtig. Manche Bürgermeister meinen, sie müßten zum Landesrat Schmid gehen. Das ist aber nicht richtig. (Abg. Porta: „Es ist kein Fehler!“) Man braucht nicht zum Landesrat Schmid gehen. Der Kollege Porta sagt, so etwas wird kein Fehler sein. Ich freue mich aber auch sehr darüber, daß die Abwicklung dieser Bauinitiative, die damals von Landesrat Paierl eingeführt wurde, wirklich eine Abwicklung ist, wo man sagen muß, es ist nicht notwendig, politische Vorsprachen zu tätigen, obwohl ich festgestellt habe, daß der eine oder der andere sagt, daß das kein Fehler sei, wenn man vorspricht und die Hintergründe, warum er Geld haben möchte, erläutert. (Abg. Porta: „Bedarfszuweisung!“) Eine Bedarfszuweisung ist etwas anderes. Bedarfszuweisung heißt ja Bedarfszuweisung und sind nicht an Förderrichtlinien gebundene Dinge. Das ist ja ein Unterschied. Das eine ist ja ganz genau formuliert,

während das andere Bedarfszuweisungen sind, wo es darauf ankommt, ob ein plötzlich auftretender Bedarf, um irgend etwas zu erledigen, besteht. Das ist der Unterschied. In diesem Sinne wünschen wir der Bauinitiative auch weiterhin viel Erfolg. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Heibl zu Wort gemeldet. Er hat das Wort.

**Abg. Heibl (19.07 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich schließe mich natürlich nahtlos an meinen Vordredner an. Diese zweite Bauinitiative mit den 200 Millionen Schilling aus Wohnbauförderungsmitteln kommen von der Rechtsabteilung 14. Ich habe für einen Streit nicht viel übrig. Mir ist daher völlig egal, ob das jetzt Landesrat Paierl oder Landesrat Schmid einbringt. Tatsache ist, es kommt aus der Rechtsabteilung 14, und es sind natürlich Wohnbaugelder, die umgewandelt worden sind. Was mein Kollege natürlich nicht gewußt hat, ist, daß die letzte Sitzung am 17. November 1997 stattgefunden hat. Wir haben wiederum 128 oder 125 Millionen Schilling Bauvolumen vergeben mit ungefähr 10 Prozent nicht rückzahlbarer Förderung. Die nächste Sitzung, damit Sie das auch wissen, ist bereits am 15. Dezember dieses Jahres. Es wird wiederum ein Bauvolumen von rund 100 Millionen Schilling auf der Tagesordnung sein – Gott sei Dank. Das heißt, wir haben natürlich die erste Initiative – diese 100 Millionen Schilling – längst vergeben, und wir haben von dem Geld aus der Rechtsabteilung 14 auch bereits rund 60 Millionen Schilling nicht rückzahlbare Förderung vergeben. Neu ist für alle Auftraggeber, die bei der zweiten Initiative Bauvorhaben eingereicht haben, daß sie 90 Prozent der Fördersumme bereits bei Baubeginnmeldung ausbezahlt bekommen können – natürlich auf Anforderung. Die Anlaufstelle ist in diesem Fall die Ziviltechnikerkammer in der Schönau-gasse oder Dipl.-Ing. Heidinger in seinem Büro in Leibnitz. Nochmals, 90 Prozent können sofort bei Baubeginnmeldung und tatsächlichem Baubeginn ausbezahlt werden, und das ist neu, um den Gemeinden und den Vereinen, die eine kommunale Bedeutung haben, einen erleichterten Einstieg in ein Bauvorhaben in den Wintermonaten zu ermöglichen. Meine Damen und Herren! Wir befürchten, daß wir in den Wintermonaten erstmals österreichweit 100.000 Arbeitslose in der Bau-branchen haben werden – ich sage österreichweit. Wir werden das wahrscheinlich zur Kenntnis nehmen müssen, hoffen aber, daß es nicht dazu kommt. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir als Steirer so ganz ohne Schrammen davonkommen. Wir haben Ende Oktober noch um rund 450 weniger Arbeitslose – gesamt gesehen – in der Steiermark gehabt. Österreichweit hat es um 5000 mehr gegeben. Die Zahlen in der Steiermark sind durchaus einigermaßen zufriedenstellend. Hoffentlich gelingt es uns auch über den Winter. Grund für die Befürchtung, daß wir erstmals österreichweit – hoffentlich nicht – 100.000 Arbeitslose in dieser Branche haben werden, ist die Budgetsanierung und die damit verbundenen Sparmaßnahmen. Auch in Teilbereichen gibt es eine Sättigung, und Herr Abgeordneter Schreiner weiß das, daß etwa im Bürohausbau und so weiter eine Sättigung da ist. Aber der große Hammer in Wirk-

lichkeit ist ja etwas anderes, und zwar sind das in Wirklichkeit die Verzögerungen. Es wird zuviel auf die lange Bank geschoben, obwohl es zum Beispiel einen riesen Bedarf an Infrastruktur in unserem Lande gibt. Gott sei Dank bekommen wir für die nächste Zeit, für die nächsten Jahre 11 Milliarden Schilling in die Steiermark. Trotzdem muß ich sagen, daß es hier natürlich zu viele Verzögerungen gibt. Ich sage Ihnen ein Beispiel dazu. Wir wissen alle, daß der Semmeringtunnel verzögert wird. Wir wissen alle, daß die Ennstrecke verzögert wird. Wir wissen das auch von anderen Bauvorhaben. Es könnte sofort der Plabutschunnel begonnen werden. Ein Grazer Problem, die Musikhochschule. Dies wurde vom Land ausgeschrieben, der Bestbieter wurde ermittelt, Baubeginn wäre Oktober 1997 gewesen. Das ganze wurde der BIG übertragen. Neuester Stand: Anstatt Baubeginn sagt die BIG, daß es eine veraltete Planung ist. Daher wird dieses Bauvorhaben zurückgehalten und nicht vergeben. Scheinbar ist es auch ein bißchen zu teuer. Der früheste Baubeginn wird Mitte 1998, wenn nicht Herbst 1998 sein. Das heißt, 30 Beschäftigte für den Winter sind nicht möglich, wir Bauarbeiter sind um eine Hoffnung ärmer. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist wie beim Kunsthaus!“) Ich habe nur diese Situation erwähnt, weil das wäre ein fixer Auftrag für eine Firma, die damit gerechnet hat, daß sie im Winter 30 Leute beschäftigen kann. Das wurde aber in Wirklichkeit von der BIG abgeblasen. Jetzt aber noch zu ein paar Daten: 1980 war – und damals gab es noch keine Idee vom Euro – der öffentliche Anteil am Bau am Bruttoinlandsprodukt 4,2 Prozent. Und das ist von 1980 an immer weniger geworden. Wir befinden uns heute unter 3 Prozent. Das ist natürlich eine bedenkliche Entwicklung, wenn wir das so sehen. Es ist in anderen Ländern durchaus ähnlich. Es gibt aber auch Länder, wo es besser läuft. Ich will nur ein Land nennen, und zwar Japan, ein Vergleich ist zwar schwierig, aber Japan hat 6,6 Prozent Bauanteil am BIP, Japan hat aber momentan andere Probleme. Die Entwicklung ist aber meiner Meinung nach und aus der Sicht der Baubranche, der Bauarbeiter und auch der Bauunternehmer sicher nicht erfreulich. Und eine weitere Aussage, die man sehr oft hört, es wundert uns ja nicht, daß es so viele Arbeitslose letzten Endes dann im Winter hat, es gibt ja viel zu viele Bauunternehmer. Das stimmt nicht, die Kapazitäten sind nicht zu stark. Bereinigungen, wie Sie aus den Zeitungen entnehmen können, finden laufend statt. Und daher, meine Damen und Herren, ist es von größter Bedeutung, daß Aktionen, Initiativen, wie wir sie jetzt in der Steiermark mit der Bauinitiative seit zwei Jahren im Prinzip machen, für die Beschäftigung, für die Arbeitnehmer unseres Landes, aber auch für die Unternehmen von größter Bedeutung. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner.

**Abg. Ing. Schreiner (19.13 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich will da nicht in das allgemeine Loblied, betreffend Bauinitiative, einstimmen, stehe aber dazu, daß es eine gute Sache ist.

Herr Kollege Majcen, du hast gesagt, eigentlich wurde diese Bauinitiative gegründet, Stufe 1, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Winterarbeitslosigkeit. Der Rückgang 1996/97 in den Frühjahrsmonaten war natürlich auch auf die günstige Witterung zurückzuführen. Das muß man auch sehen. Aber es hat natürlich die Bauinitiative auch dazu etwas beigetragen. (Abg. Majcen: „In ganz Österreich!“)

Herr Kollege Heibl, du hast gesagt, 100.000 Arbeitslose drohen in Österreich in diesem Winter. Es wird die Steiermark sicher auch nicht verschont bleiben, weil wir haben sogenannte steirische Gastarbeiter in Wien. In Wien ist das Baugeschehen noch mehr zusammengebrochen als in der Steiermark, folgedessen importieren wir die Arbeitslosigkeit speziell in den Bezirk Hartberg und so weiter.

Herr Kollege Wabl, zum Kunsthaus. Es ist ein unheimlicher Unterschied, ob wir in Zukunft Geld in die Infrastruktur investieren werden oder wollen, und das wollen wir, oder in das Kunsthaus. Das Kunsthaus ist ein Solitär. Es wird gebaut, ist abgeschlossen und verursacht in weiterer Folge Erhaltungskosten, bringt den Menschen natürlich auch viel Freude. Wenn Sie aber Geld in die Infrastruktur investieren, dann geschieht da etwas im Randbereich. Es ist nichts anders als eine Schlüsselinvestition, wo dann in weiter Folge Bedarf entsteht und Arbeitsplätze entstehen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, das soll man nicht unbedingt vergleichen. Im Grunde genommen würden wir keine Bauinitiative brauchen, wenn nicht Bund, Land und Gemeinden restriktiv wären in ihrer Ausgabenpolitik, betreffend Infrastruktur, Bauwirtschaft, Bauen im allgemeinen. Ich habe mir ein paar Zahlen angeschaut. Es sind die letzten jetzt, November 1997, Jahresvergleich. Ich lese nur einmal vor die bauwirksamen Ausgaben des Bundes von 1991 bis 1997, aber nur das Jahr von 1994 bis 1997 hochgerechnet: Hier haben wir auf der Bundesseite 1994 minus 6,9 Prozent, 1995 minus 2,4 Prozent, 1996 plus 0,2 Prozent, das ist bitte nicht inflationsbereinigt, und 1997 minus 2,5 Prozent. Dann haben wir auf Gemeindeebene die Zahlen 1995 bis 1997 minus 12,5 Prozent, minus 6,7 Prozent, minus 9,2 Prozent. Meine Damen und Herren, wir hören den ganzen Tag, wie gut es der Wirtschaft geht, und wir haben Wachstumsraten. Aber in unserem Geschäft – ich sage unser Geschäft und schaue Sie oder dich dabei an – haben wir keine Wachstumsraten. Wir schrumpfen nach wie vor. Und das in einer Zeit, wo der Baubedarf noch nie so groß war wie jetzt. Das ist anerkannt. Das sagen alle. Wir haben den größten Baubedarf aller Zeiten, sicher nicht im Bereich Wohnungsbau, nicht im Bereich Bürobau, aber im Bereich Infrastruktur und Nachfolgenutzungsbauten. Er ist so groß wie noch nie. Wir kommen aber nicht auf die Idee, und auf diese Idee müßten wir ja wirklich kommen auf Bundesseite, und wir schauen wieder nur auf den Bund, daß wir sagen, sparen sollen wir schon, aber an den Verwaltungskosten, aber nicht an den Investitionen, weil das ist unsere Zukunft. (Beifall bei der FPÖ.) Eigentlich zur fortgeschrittenen Stunde erübrigt sich, etwas Weiteres dazu zu sagen. Nur ein Satz noch, Herr Kollege Majcen, 200 Millionen plus 300 Millionen sind 500 Millionen! (Abg. Majcen: „Na bravo!“ – Beifall bei der FPÖ. – 19.17 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

**11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 585/1, betreffend die Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Murbrücke Friesach und Anschluß B 67“ der L 315, Stübinggrabenstraße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Herrmann (19.18 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren!

Die seitens des gerichtlich beeideten Sachverständigen Dr. Richtig Guido und Dipl.-Ing. Stranimaier Siegfried ermittelte Entschädigung von 1.351.944 Schilling ist angemessen und vertretbar. Da hier eine Entschädigung über das Limit von einer Million im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Sitzungsbeschlusses vom 15. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Entschädigung für Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Murbrücke Friesach und Anschluß B 67“ der L 315, Stübinggrabenstraße, im Betrag von 1.351.944 Schilling zu Lasten der VSt. 1/611203-0020 wird genehmigt. (19.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

**12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/1, betreffend Verkauf von <sup>45</sup>/<sub>3438</sub>-Anteilen an der EZ. 417, KG. Radkersburg, mit denen die Wohnung Top Nr. 17 verbunden ist, an Siegfried und Elisabeth Ratnik, 8490 Bad Radkersburg, Kodolitschhof 2, zum Preis von 523.600 Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Günther Prutsch (19.19 Uhr):** Das Land Steiermark ist Eigentümer einer Liegenschaft in Bad Radkersburg im Ausmaß von 4749 Quadratmeter, verbunden damit sind fünf Wohnungen. Eine 61,25 Quadratmeter große Wohnung ist käuflich zu erwerben. Ein Verkehrswert von 593.613 Schilling wurde für die Wohnung errechnet. Auf die gegenständliche Wohnung ist ein Betrag von 70.010,66 Schilling als Pfandrechtsanteil anzurechnen beziehungsweise vom Schätzwert abzuziehen. Es ergibt sich daher ein gerundeter Kaufpreis von 523.600 Schilling. Die Rechtsabteilung 12 ist mit dem Abverkauf einverstanden.

Es wird daher der Antrag gestellt, den Verkauf zu genehmigen. (19.19 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

**13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 624/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1997 (7. Bericht für das Rechnungsjahr 1997).**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross (19.20 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 7. Juli bis 29. September 1997 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 18.063.048,70 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Aus dem ordentlichen Haushalt 3.063.048,70 Schilling und aus dem außerordentlichen Haushalt 15.000.000 Schilling.

Die Landesregierung stellt daher auf Grund ihres Beschlusses vom 13. Oktober 1997 den Antrag, und ich wiederhole ihn namens des Finanz-Ausschusses:

Der 7. Bericht für das Rechnungsjahr 1997 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 18.063.048,70 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (19.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme.

Nunmehr kommen wir zu Punkt 14 der Tagesordnung.

**14. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 227/4, zum Antrag der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch, Kröpl und Schuster, betreffend den raschen Bau der Ortsumfahrungen (L 604) im Saggautal, Bezirk Leibnitz.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Heibl (19.22 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Für eine Entlastung der Ortsdurchfahrten St. Johann, Gündorf und Großklein vom Durchzugsverkehr, in erster Linie natürlich vom Schwerverkehr, sind in der Studie 1993 verschiedene Ortsumfahrungsstraßen im Saggautal aufgezeigt worden, die so konzipiert sind, daß sie abschnittsweise realisiert und verkehrswirksam werden können.

Mit Beschluß vom 24. April 1995 hat sodann die Steiermärkische Landesregierung das generelle Projekt für die Ortsumfahrung von St. Johann und Gün-

dorf genehmigt, während für eine Umfahrung von Großklein noch kein endgültiger Trassenverlauf festgelegt werden konnte. Der Gemeinderat von St. Johann hat sich am 12. Mai 1995 mit einstimmigem Beschluß für den Bau der Ortsumfahrung St. Johann entlang dem Saggauufer bis zum Anschluß an die Landesstraße 615 ausgesprochen. Für den Bau dieser rund 3,1 Kilometer langen Ortsumfahrung St. Johann ist der Detailprojektdesign fertiggestellt, und es wurden in der Anrainerbesprechung am 20. Mai 1997 die Details mit den berührten Grundbesitzern soweit abgeklärt, daß mit dem Abschluß der Detailprojektierung im Herbst 1997 gerechnet wird. Die rechtlichen Verfahren für diesen Straßenbau sind Ende 1997, erste Jahreshälfte 1998, vorgesehen, und es besteht die Absicht, den Bau der Ortsumfahrung St. Johann nach Maßgabe der finanziellen Mittel ins Landesstraßenbauprogramm aufzunehmen. Die Detailplanung im anschließenden Abschnitt Ortsumfahrung Gündorf wird im Herbst 1997 in Angriff genommen werden, damit für eine Straßenbaufortsetzung rechtzeitig das erforderliche Straßendetailprojekt vorliegt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch, Kröpfel und Schuster, betreffend den raschen Bau der Ortsumfahrungen (L 604) im Saggautal, Bezirk Leibnitz, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Schuster.

**Abg. Schuster (19.24 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur beschäftigt sich mit dem Antrag der genannten Abgeordneten zur Verbesserung der Verkehrssituation im Straßenabschnitt L 604. Ich möchte in meiner Wortmeldung auch auf ein besonders aktuelles Verkehrsproblem aufmerksam machen. Es geht nicht um das Dauerthema B 70, sondern um die GKB-Eisenbahn. Am 1. April 1860 wurde nach nur sechsjähriger Bauzeit die Eisenbahnlinie Graz-Köflach-Wies-Eibiswald als Privatbahn feierlich eröffnet. Seit diesem Zeitpunkt hat das weststeirische Kohlenrevier einen steilen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Über 50 Millionen Tonnen weststeirischer Braunkohle haben aus dem Revieren Wies, Pöfing, Bergla, Köflach die Bezirke verlassen, um als Energieträger Kraft und Wärme für unser Bundesland und für die gesamte Republik zu liefern. Bis zum Jahre 1936, dem Bau der Packer Bundesstraße, und etwas später die Radl- und Stainer Bundesstraße, war die GKB-Eisenbahn der einzige Personenträger. In den letzten Jahren nutzten jährlich zirka 3,5 Millionen Fahrgäste diesen wichtigen Verkehrsträger unserer Region. Mit dem Busverkehr der GKB sind es 8 Millionen. Es werden täglich Tausende Pendler, wie Schüler, Lehrlinge, Studenten sowie Arbeiter und Angestellte, befördert. Außerdem werden 2,5 Millionen Tonnen Güter aus unserem Bezirk beziehungsweise in unseren Bezirk transportiert. Am 31. Dezember 1998, nach 139 Jahren, soll es anders werden. Der GKB als Rechtsnachfolger der Gründergesellschaft und verkehrsrechtlicher Betreiber kann aus finanziellen und strukturellen Proble-

men ein weiteres Betreiben nicht mehr zugemutet werden. Die Kohle ist heute in arge Bedrängnis geraten, eine Entwicklung, die durch permanente Angriffe des Verbundkonzerns noch verstärkt wird. Durch den Heimfall der GKB an den Bund ist zu erwarten, daß sich die wirtschaftliche Situation noch zusätzlich verschärft. Es geht um die Zukunft der Eisenbahn, und es geht um die Zukunft der Region Weststeiermark. Für den Bezirk Voitsberg heißt die Aussage von Verkehrsminister Einem bei einer Enquete in Graz am Köflacher Bahnhof, wir werden nach dem Heimfall der GKB-Eisenbahn am 31. Dezember 1998 an die Republik Österreich als Konzessionsgeber eine private, wenn notwendig auch ausländische Lösung finden. Dies würde den Ausverkauf der Verkehrsstruktur des Bezirkes Voitsberg bedeuten – was wir natürlich entschieden ablehnen. Wir brauchen die Eisenbahn und den Busverkehr der GKB zur Sicherung des Standortes. Eine Einschränkung oder mögliche Stilllegung des Eisenbahnverkehrs in den Bezirken Voitsberg und Deutschlandsberg würde bedeuten, daß diese Pendler die Straße benützen müssen. Eine Umschichtung vom Personen- und Güterverkehr auf die nicht ausgebaute B 70 würde einem Verkehrsinfarkt gleichkommen und die Verkehrsinfrastruktur des Bezirkes Voitsberg zusätzlich verschlechtern. Eine private Lösung wird von uns nur akzeptiert, wenn begleitende Maßnahmen vom Übernehmer garantiert werden. Das wäre erstens keine Trennung der Bus- und Eisenbahnlinien, zweitens Begradigung des Gleiskörpers von Köflach nach Köppling. In diesem Abschnitt beträgt die Durchschnittsgeschwindigkeit 35 Stundenkilometer und damit 50 Minuten nach Graz. Bei Einleiten dieser Maßnahmen sind 30 Minuten möglich, und das wäre eine große Zeitersparnis. Drittens zweispuriger Ausbau Graz-Lieboch als Beitrag zur Lösung des Verkehrsproblems in Graz. Viertens: Eine besonders wichtige Aufgabe muß es auch sein, die Arbeitsplätze in diesem Betrieb zu sichern. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie als politische Repräsentanten der Steiermark, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg, uns im Bemühen um die Sicherung der Verkehrsstruktur der Weststeiermark zu unterstützen. Ohne moderne öffentliche Verkehrsträger aus den Regionen würden unsere Städte, vor allem aber auch die Landeshauptstadt Graz, den Verkehr nur schwer bewältigen können. Wir brauchen nicht weniger Bahn, wir brauchen mehr Bahn als Beitrag zur umweltfreundlichen und dem Verkehrsverbund preisgünstigsten Lösung der Mobilität und der Arbeitsplatzsicherung für Tausende Pendler, Schüler und Studenten und Gäste der Steiermark. Wir sehen es als Pflicht des Bundes, auch nach dem 31. Dezember 1998 durch klare Aussagen die Bestandsicherung der Eisenbahnlinie Graz-Köflach-Wies-Eibiswald zu gewährleisten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 19.29 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz** Nunmehr zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr.

**Abg. Purr (19.29 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich freue mich eigentlich sehr über die Wortmeldung des Kollegen Schuster zum Thema GKB, weil es ein gemeinsames Anliegen sein muß, daß diese



Linie erhalten bleibt. Ich darf nur hinzufügen, daß kürzlich der Verkehrsminister in diesem Gebiet war und am Ende seines Besuches festgestellt hat, daß die GKB auch in Zukunft erhalten bleiben soll. Ich darf sagen, daß ich überzeugt davon bin, daß sie erhalten bleibt, und glaube auch an seinen Willen. Ich möchte aber den Politiker kennen, egal welcher Farbe, woher er kommt, der den Mut hätte, diese Eisenbahn einzustellen. Ich würde sagen, da wären die Bezirke Voitsberg und Deutschlandsberg auf den Beinen, weil es undenkbar wäre, diese Verbindung nicht mehr zu haben. Eines sei dazu noch gesagt: Für solche Strukturen hat immer der Bund Sorge getragen, in allen Gebieten Österreichs. Daher bin ich überzeugt davon, daß ihm letztendlich auch nichts anders übrigbleiben wird, auch in diesem Gebiet dafür Sorge zu tragen, daß wir eine optimale Verkehrsanbindung haben, noch dazu, wo ja die Koralmbahn längst keine Illusion mehr ist, scheitert in Wahrheit nicht an der Trasse und nicht an der Planung, sondern es scheitert an den Mitteln. Ich sage nur einen letzten Satz dazu: Wenn ich lese, daß in der Stadt Wien die Wien, der Fluß, der die Stadt durchzieht, in den nächsten fünf Jahren um 13 Milliarden Schilling begrünt wird, so habe ich prinzipiell nichts gegen die Begrünung. Nur, eines wäre wichtig, daß man mit dem Geld die Anbindung Graz-Klagenfurt durch die Koralm schafft, denn damit wäre zumindest 50 Prozent der Strecke bereits bezahlt, und das wäre Arbeit, das wäre für die Region wichtig. Ich glaube, das muß auch unser gemeinsames Anliegen sein. Ich darf hinzufügen, daß es uns allen, auch über Parteigrenzen hinweg, einerseits um eine optimale Anbindung unserer Steiermark geht, und zum anderen glaube ich, daß in der Gemeinsamkeit der „Neuen Bahn“ viel gelungen ist. Damals stand Kollege Frizberg dieser Aktion vor, nunmehr Vizepräsident der Wirtschaftskammer. Ich bin überzeugt davon, daß er an dieser Aktivität festhält und auch dort einiges wieder initiiert. Die Stadt Graz selbst mußte von der Umgebung – Graz-Umgebung und den angrenzenden Bezirken – mobilisiert werden, weil sie immer träge war. Bei allen Tagungen, die irgendwo stattgefunden haben, war sie säumig. Deshalb darf ich eines in Erinnerung bringen: Die zweitgrößte Stadt Österreichs hat einen modernst ausgebauten Flughafen. Die Flughafen Betriebsgesellschaft hat wirklich ein großartiges Investitionsprogramm vorgelegt und das allmählich realisiert. Innerhalb von zehn Jahren ist es gelungen, eine Steigerung bei dem Passagier- und Frachtaufkommen um 75 Prozent zuzulegen, und im Jahr 1997 werden wir erstmals mehr als 600.000 Passagiere am Flughafen Graz zählen. Und wenn Sie ein bißchen unterwegs sind, so wie das bei uns ja doch auch aus beruflichen Gründen dann und wann der Fall ist, so scheint es natürlich wirklich unmöglich auf die Dauer, daß der Flughafen Graz keine ordentliche Verkehrsanbindung hat und daß es nicht möglich ist, diese vorüberführende Eisenbahn endlich dort mit einem Abzweiger von Abtissendorf hinüberzuführen – und jetzt sage ich nicht, die Eisenbahn ist es –, sondern es wäre der erste Schritt einer Schnellbahn für die zweitgrößte Stadt Österreichs mit eventuellen Haltemöglichkeiten Graz-Ost, Graz-Puntigam, Graz-Abtissendorf. Und deshalb darf ich sagen, es ist mehr als notwendig und mehr als erforderlich, diese Anbindung vorzunehmen. Und zwar sollte ein alle Verkehrsträger

umfassendes Verkehrskonzept ausgearbeitet werden, um eine nahtlose Verknüpfung von Straßen, Schienen und Luftverkehr zu gewährleisten. Ich darf hier folgenden Beschlusantrag einbringen der Abgeordneten Purr, Ing. Mag. Hohegger, Straßberger, Ing. Löcker, Heibl und Schrittwieser mit folgendem Text:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das alle Verkehrsträger umfassende Verkehrskonzept für die verkehrstechnische Anbindung des Flughafens Graz-Thalerhof so rasch als möglich abzuschließen und dem Landtag darüber zu berichten.

Ich bitte um Ihre diesbezügliche Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.34 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Ressel. Er ist am Wort.

**Landesrat Ing. Ressel (19.34 Uhr):** Danke! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Purr für seinen leidenschaftlichen Appell in Hinblick auf die Anbindung des Flughafens Graz. Ich darf hier nur darauf hinweisen, daß sehr intensive Planungsvorhaben im Bereich der Fachabteilungen gerade in Hinblick auf diese Anbindung betrieben werden. Sage aber gleichzeitig hinzu, daß es natürlich nicht möglich ist, die seinerzeitigen Versäumnisse durch die Nichtinanspruchnahme der Nahverkehrsmilliarde gleichsam aufzuholen, worüber wir aber wirklich besorgt sind. Und was wir ganz besonders als zentrales Anliegen formuliert haben, ist die Anbindung des Flughafens Graz an den Bereich Graz. Und wenn man sich die Vorhaben des Steirertaktes anschaut, dann ist in der Stufe 3 ohnedies das S-Bahn-System integriert. Was für uns noch nicht ganz klar erkennbar ist im Moment, ist die finanzielle Bedeckung dieser Vorhaben. Aber ich darf dem Landtag berichten, daß bereits ab Frühjahr nächsten Jahres, wahrscheinlich ab Mai, bei der Fahrplanänderung es zumindest möglich sein wird, die Anbindung der Landeshauptstadt Graz im Norden von Frohnleiten beziehungsweise Bruck mit acht zusätzlichen Kursen und die Anbindung aus dem Süden Spielfeld mit vier zusätzlichen Kursen zu bewerkstelligen. Wir werden in den nächsten Wochen einen diesbezüglichen Vertrag mit den Österreichischen Bundesbahnen schließen. Aber der Korridor West ist in Planung, und ich darf Ihnen sagen, daß wir diese Forderungen, die in diesem Antrag zum Ausdruck kommen, der ja auch von meinen Fraktionskollegen unterschrieben ist, sehr, sehr ernst nehmen. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.36 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir stimmen nunmehr ab über den Beschlusantrag der Abgeordneten Purr, Schrittwieser und Kollegen, betreffend die Verkehrsanbindung des Flughafens Graz-Thalerhof. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**15. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 228/4, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Instandsetzung der L 103 von Kapellen und dem Preiner Gscheid.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann** (19.37 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Höher Landtag!

Die Vorlage beruht auf einem Antrag vom 11. Juni 1996 und berührt – wie bereits vom Präsidenten gesagt – die Instandsetzung der L 103 zwischen Kapellen an der Mürz und dem Preiner Gscheid.

Auf Grund der zwischenzeitlich genehmigten Regierungsbeschlüsse wurden bereits die Voraussetzungen geschaffen, daß mit Abschluß der heurigen Bausaison die L 103 auch auf steirischer Seite dementsprechend gut ausgebaut ist.

So wurden folgende Maßnahmen gesetzt:

Erstens: Einerseits wurde zwischen der Pferscherbrücke mit Schmolldurchlaß mit Gesamtkosten von 13,200.000 Schilling ein Bauauftrag ausgeführt, der ein Brückenobjekt und einen Kernausbau in einer Straßlänge von 1,4 Kilometer berührt.

Zweitens: Mit Regierungsbeschluß vom 24. Februar 1997 wurde der Ausbau der Paßstrecke in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich mit Gesamtkosten von 1,725.485,01 Schilling genehmigt. Es handelt sich dabei um 250 Laufmeter Neubau an der Scheitelstrecke und umfaßt natürlich auch die Parkplätze und Liftzufahrten. Die Projektierung und Bauabwicklung wurden gemeinsam mit dem Land Niederösterreich durchgeführt, so daß nur das halbe Baulos zu finanzieren war.

In weiterer Zukunft ist ein Ausbau von 1,8 Kilometer noch erforderlich. Die Umsetzung der Maßnahmen kann erst nach Abstimmung mit den Möglichkeiten im Rahmen des Bauprogrammes der nächsten Jahre erfolgen, ein konkreter Termin ist derzeit noch nicht in Aussicht gestellt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge des Beschlusses vom 22. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Instandsetzung der L 103 von Kapellen an der Mürz und dem Preiner Gscheid, wird zur Kenntnis genommen. (19.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zur Zustimmung bitte ich die Damen und Herren um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen:

**16. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 425/3, zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Kinsky, Ing. Löcker und Ing. Mag. Hoch-**

**egger, betreffend den Ausbau eines Geh- und Radweges und die Sanierung der L 114, Schanzsattelstraße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (19.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Kinsky, Ing. Löcker und Ing. Mag. Hochegger, betreffend den Ausbau des Geh- und Radweges und die Sanierung der L 114, Schanzsattelstraße.

Hiezu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Die Maßnahmen für den Ausbau der L 114, Schanzsattelstraße, einschließlich der Errichtung eines Geh- und Radweges sind auf die gesamte Länge der Landesstraße zwischen dem Anschluß an die S 6 im Mürztal und der Ortschaft Stand rund 6,1 Kilometer in Angriff genommen worden.

Der neue niveaufreie Anschluß der L 114 an die S 6 bei Kindbergdörfel ist in Bau und wird bis Ende 1998 fertiggestellt sein. Ein Geh- und Radweg wird mitgebaut.

Von der Kreuzung mit der L 115 in Kilometer 2,5 durch Edelsbach bis Fladenbach, Kilometer 6,2, wurde die Planung soeben begonnen.

Im weiteren Abschnitt von Fladenbach bis Stanz wurde die L 114 bereits voriges Jahr in Stanz-Untertal auf rund 500 Meter ausgebaut und mit einem Geh- und Radweg versehen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 6. Oktober 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Kinsky, Ing. Löcker und Ing. Mag. Hochegger, betreffend den Ausbau eines Geh- und Radweges und die Sanierung der L 114, Schanzsattelstraße, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (19.41 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zum Zeichen der Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**17. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 479/3, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend ein Gehsteigerrichtungsprogramm bei Landesstraßen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann** (19.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Hoher Landtag!

Bei der Vorlage handelt es sich um das Gehsteigerrichtungsprogramm bei Landesstraßen. Der obgenannte Antrag wurde in der 12. Sitzung des Ausschusses

ses für Verkehr und Infrastruktur vom Landtag der Steiermärkischen Landesregierung zur Vorberatung zugewiesen, und die Landesregierung erstattet hiezu folgenden Bericht: Die Landesstraßen in der Steiermark umfassen ein Netz von zirka 3,4 Kilometer. Bei der Errichtung von Gehsteigen ist prinzipiell zwischen solchen in Ortsgebieten und solchen im Freiland zu unterscheiden. Während in Ortsgebieten eine generelle Gehsteigführung vorgesehen ist und diese bei allen Ausbau- und Instandsetzungsprojekten realisiert wird, ist die Anordnung von Gehsteigen beziehungsweise Radwegen im Freiland frequenzabhängig. Es gelten hiebei die Einsatzkriterien gemäß den Richtlinien und Vorschriften für den Straßenbau, die zwischen Angebots- und Bedarfskriterien unterscheiden. Auch Unfallhäufigkeiten, die deutlich über dem Durchschnitt anschließender oder vergleichbarer anderer Straßenabschnitte liegen, können als Kriterium für die Errichtung herangezogen werden. Schulwegsicherungen haben unabhängig von der Frequenz hohe Priorität. Schwierigkeiten entstehen manchmal in der Umsetzung, wenn die betroffene Gemeinde ihre Kostenanteile nicht einbringen will. Im allgemeinen sind die Gemeindewünsche für Geh- und Radwege erfaßt. Die Umsetzung kann jedoch nur in Abstimmung mit den budgetären Möglichkeiten des jeweiligen Landesstraßenbauprogrammes erfolgen. Ein eigenes Gehsteigerrichtungsprogramm erscheint daher aus dem angeführten Sachverhalt nicht sinnvoll. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. (19.44 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zum Zeichen der Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

**18. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484/3, zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Löcker, Purr und Ing. Mag. Hohegger, betreffend den verkehrsgerechten Ausbau und die Sanierung der B 72, Weizer Straße, im Abschnitt Alpl-Krieglach.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger (19.46 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Löcker, Purr und Ing. Mag. Hohegger, betreffend den verkehrsgerechten Ausbau und die Sanierung der B 72, Weizer Straße, im Abschnitt Alpl-Krieglach. Hiezu erstattete die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht: In der Kategorisierung der Bundesstraßen ist der Abschnitt in die Stufe 4 (niederste Kategorie für Bundesstraßen) gereiht und ergibt sich daraus mit der derzeitigen Verkehrsbelastung von zirka 2300 Kfz/24 Stunden bei einem Lkw-Anteil von 10 Prozent eine Querschnittsabmessung von sechs Meter befestigter Fahrbahn. Dies entspricht dem Ist-Zustand. Ergänzend wird noch angeführt, daß sich in der Prioritätsstufe eins der

Bedarfsfeststellung für die Bundesstraßen in der Steiermark allein Bauvorhaben in der Größenordnung von nahezu 7 Milliarden Schilling befinden, die höhere Priorität haben als der Ausbau der Nordrampe der B 72. Ein Ausbau entsprechend den vorgebrachten Forderungen erscheint derzeit aus der Sicht der Bundesstraßenverwaltung nicht erforderlich. Die angeführten Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen werden, abgestimmt auf das Bundesstraßenbauprogramm, durchgeführt werden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 29. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Straßberger, Ing. Löcker, Purr und Ing. Mag. Hohegger, betreffend den verkehrsgerechten Ausbau und die Sanierung der B 72, Weizer Straße, im Abschnitt Alpl-Krieglach, wird zur Kenntnis genommen. (19.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Straßberger.

**Abg. Straßberger (19.48 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich doch zu dieser Vorlage einige Bemerkungen mache. Aus meiner Berichtserstattung haben Sie erfahren, daß letztendlich eine ablehnende Haltung zu diesem Antrag passiert ist. Ich darf aber als regionaler Abgeordneter des oberen Mürztals einigefeststellen. Diese Verkehrsverbindung über das Alpl, sprich Krieglach, Alpl, St. Kathrein am Hauenstein, ist eine sehr stark frequentierte Strecke. Die Auffahrt auf das Alpl aus Richtung Bezirk Weiz ist sehr gut ausgebaut, nur die Mürztaler Seite, wenn ich das so sagen darf, ist katastrophal. Diese Verkehrsverbindung dient für den ganzen nordöstlichen Teil des Feistritztales herüber in das Mürztal. Die Strecke im Bezirk Mürzzuschlag, die sogenannte Nordrampe, befindet sich, wie schon gesagt, in einem ganz, ganz schlechten Zustand: sechs Meter Fahrbahnbreite, eine Steigung bis zu 15 Prozent, die talseitige Fahrbahn – die Hälfte ist zum Teil gespalten und es besteht Rutschgefahr und dergleichen. Es gibt dort ungewöhnlich steile Kurven, und zwar bis hinauf zur sogenannten Steinbruchkurve. Ich darf auch feststellen, daß vor 30 Jahren die letztmalige großräumige Instandsetzung passiert ist. Warum ist dieses Projekt so wichtig? Ich darf ausführen, daß das sicherlich kein Prestigeprojekt von mir ist oder von meinen Kollegen, die den Antrag unterschrieben haben, sondern ich darf sagen, das ist auch eine stark frequentierte Pendlerstrecke. Ich habe schon gesagt, daß hier gerade aus dem nordöstlichen Teil des Feistritztales viele Pendler in das Mürztal auspendeln müssen, um hier eine Arbeit zu bekommen, aber auch, daß im Mürztal der Anschluß für das Auspendeln in Richtung Wien und Graz stattfindet. Wenn Sie hier meinen, daß die Frequenzen nicht gegeben sind, dann würde ich wirklich alle Damen und Herren bitten, in den frühen Morgenstunden oder Abendstunden dort kurz anzuhalten und zu schauen, was sich dort abspielt. Des weiteren ist von der Mürztaler Seite eine Steigung, und ich habe es schon angeführt, bis zu 15 Prozent

bei der Waldeinfahrt Schwöbing. Letztendlich ist es so, daß durch die klimatischen Bedingungen im oberen Mürztal große Probleme bestehen. Oft schon im November und bis hinein in den März sind dort extreme winterliche Straßenverhältnisse. Wir haben auch das Problem, daß dort fast kein Salz gestreut werden darf. Es hat schon einige Prozesse mit der Republik Österreich diesbezüglich gegeben. Die Straßenmeister nehmen natürlich auch diese Verantwortung nicht auf sich und sperren einfach dann diese Straße in den Wintermonaten oder vorübergehend. Dann kommen wieder die Bürgerinitiativen, wie wir es im vorigen Jahr schon gehabt haben. Das ist kein tragbarer Zustand mehr. Wir verzeichnen gerade auf dieser Straße bis zu 30.000 Besucherinnen und Besucher in Peter Roseggers Waldheimat. Das ist die Zufahrt von der Mürztaler Seite aus Richtung Wien, Oberösterreich, aus Salzburg, Deutschland und natürlich auch aus dem Raum Graz. Wir kennen dieses wunderschöne Gebiet, und für die Obersteiermark ist natürlich auch dieses Gebiet für den Tourismus sehr, sehr wichtig. Wer auch die Winterpracht dieser Gegend kennt, weiß, was ich damit meine. Im Winter ist es aber den Besucherinnen und Besuchern kaum möglich, die Geburtsstätte Peter Roseggers auf Grund der widrigen Straßenverhältnisse und der über weite Strecken nicht mehr verkehrsgerechten Straßenverhältnisse zu besuchen. Ich bin der Meinung, daß man die Einbindung in die S 6 nicht unbedingt jetzt vordringlich behandeln soll. Es gibt hier zwei Möglichkeiten, nach Krieglach und nach Mitterndorf zu fahren oder die zweite Variante anzunehmen, und zwar in Langenwang auf die S 6 aufzufahren! Ich glaube, hier hätten wir noch etwas Zeit, um dieses Teilprojekt dort in Angriff zu nehmen. Vordringlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unbedingt jener neuralgische Abschnitt, und zwar von der Waldeinfahrt Schwöbing, der steilste Teil beträgt dort 15 Prozent, bis zur Steinbruchkurve. Ich glaube, daß das gesamte Projekt umgehend geplant gehört und Teilabschnitte rasch in Angriff genommen werden müssen. Mir wurde von der Fachabteilung II a und II d sehr wohl gesagt, daß hier schon Pläne für die Sanierungsmaßnahmen vorliegen. Dafür möchte ich einen herzlichen Dank sagen. Aber ich möchte wirklich bitten, daß diese fünf- bis 700 Meter, wo diese große Steigung hier besteht, in dieses Projekt vordringlich miteinbezogen wird, um hier diese Hürde letztendlich zu nehmen. Es gibt Gutachten, es gibt auch Bilder, ich will das aus zeitökonomischen Gründen nicht vortragen, es ist bei mir nachzulesen. Ich habe hier für dieses Projekt sicherlich kein Angstscenario gezeichnet.

Ich darf daher auch einen Beschlusantrag einbringen gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Straßberger, Vollmann, Ing. Kinsky, Schrittwieser, Ing. Löcker und Ing. Mag. Hohegger, betreffend den verkehrs- und sicherheitstechnisch entsprechenden Ausbau und die Sanierung der B 72, Weizer Straße, im Abschnitt Alpl-Krieglach.

Die Regierungsvorlage zum seinerzeitigen Antrag der Abg. Straßberger, Ing. Löcker, Purr und Ing. Mag. Hohegger berichtet im wesentlichen darüber, daß der derzeitige Ausbauzustand der B 72 im Abschnitt Alpl-Krieglach durchaus bedarfsgerecht sei

und weitere Verbesserungen nur im Zuge einer Neutrassierung mit Kosten von 70 bis 100 Millionen Schilling zu erreichen wären. Zu den dringend erforderlichen Sanierungsarbeiten, Böschungsrutschungen, Randbalkenschäden wird lediglich festgestellt, daß diese im Rahmen der Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu sanieren sein werden und die dafür erforderlichen Mittel in den Bundesstraßenbauprogrammen zu berücksichtigen sein werden.

Für die betroffenen Pendler, die Wirtschaft, den Tourismus und die Bürgerinitiativen, die immer wieder auf die außerordentlich gefährlichen Straßensituationen beziehungsweise auf zahlreiche Verkehrsunfälle hinweisen und daher den Ausbau dieses Abschnittes fordern, sind diese Feststellungen nicht ausreichend.

Gerade weil – wie in der Vorlage berichtet – für ein derartiges Bauvorhaben umfangreiche Planungsarbeiten und eine Verordnung des Straßenverlaufes nach Paragraph 4 des Bundesstraßengesetzes unter Beachtung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes durchzuführen sind, die erfahrungsgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, müßten vielmehr umgehend eingehende und konkrete Planungsüberlegungen eingeleitet werden, um zumindest mittelfristig einen verkehrsgerechten Ausbau realisieren zu können.

Auch kann nicht akzeptiert werden, daß hinsichtlich dringend erforderlicher Sanierungsarbeiten, die im Sinne der Verkehrssicherheit unmittelbar umgesetzt werden müßten, ohne Angaben eines konkreten Zeitpunktes oder Zeitplanes lediglich festgestellt wird, daß diese Arbeiten durchzuführen und finanziell zu decken sein werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Planungsarbeiten für den verkehrs- und sicherheitstechnisch entsprechenden Ausbau des Abschnittes Alpl-Krieglach im Zuge der B 72, Weizer Straße, einzuleiten, wobei dafür Sorge zu tragen ist, daß der besonders neuralgische Teilabschnitt Waldeinfahrt Schwöbing-Steinbruchkurve vordringlich realisiert wird und die erforderlichen Sanierungsarbeiten umgehend durchgeführt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie sehr höflich, diesem Beschlusantrag zuzustimmen, und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 19.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ebenfalls zum Ausbau der Weizer Bundesstraße im Abschnitt Alpl-Krieglach spricht der Herr Abgeordnete Vollmann.

**Abg. Vollmann (19.57 Uhr):** Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Straßberger hat in seiner Begründung und in seinem Beschlusantrag bereits festgestellt, daß die Straße sich in einem schlechten Zustand befindet, was aber nicht heißt, daß sie nicht befahrbar ist. Sie ist nur sechs Meter breit und deshalb natürlich besonders für die Winterzeit unheimlich unfallgefährdet. Das hat ja auch mich bereits im Jahre 1995 veranlaßt, bei

der Sitzung des Landtages am 4. April 1995 einen Antrag einzubringen beziehungsweise diesen dort beschließen zu lassen, daß die Wintersicherheit der Straße sichergestellt werden muß, was im Endeffekt dann auch über Verordnung der Landesregierung geschehen ist, und es kann weiterhin wieder Salz gestreut werden, denn es haben sich in diesem Bereich ja die Grundbesitzer gegen die Salzstreuung gewehrt. Der Ausbau des Stückes von Schwölbing bis zur Alplstraße müßte nicht unbedingt erfolgen, wenn man frühzeitig die Planung der Anbindung der Alplstraße an die S 6 bringen würde, denn das Herumfahren zur Erreichung des Alpls ist sicherlich auch nicht sinnvoll, nicht billiger als der Ausbau der S 6 und der dortigen Abfahrt und der Einbindung. Ich glaube, es ist sicherlich an der Zeit, auch dort etwas zu tun. Ich bitte also jene, die für den Bundesstraßenbau, für die Schnellstraße zuständig sind, dort die nötigen Planungsarbeiten voranzutreiben und zu setzen. Daß in den letzten 30 Jahren auf dieser Straße nichts geschehen ist, ist natürlich sehr bedauerlich, was aber zeigt, daß entweder die Geldmittel gefehlt haben oder die Geldmittel anderswo verwendet worden sind, aber die Obersteiermark war halt in dem Bereich des Straßenbaus in den letzten Jahrzehnten immer ein bißchen ein Stiefkind. Das, kann ich mit Freude sagen, hat sich nun in der letzten Zeit geändert. Mein Antrag aus dem Jahre 1988, nämlich der Ausbau der Schanzsattelstraße, wird nun endlich seiner Erfüllung zugeführt und natürlich auch der Erledigung. Sie ist bereits im Bau, wie wir aus dem Bericht gehört haben. Die Schallschutzwände an der S 6 werden auf Grund des Antrages der Errichtung der Abfahrt Kindberg zur S 6 ebenfalls erledigt. Ich glaube, daß das also sehr viel ist.

Meine Damen und Herren, an Straßeninvestitionen hat es im Bezirk Mürzzuschlag in den Jahren 1996 und 1997 insgesamt 165 Millionen gegeben. Und zwar waren das 125 Millionen von Bundeseite und 40 Millionen von Landeseite. Dabei sind gebaut worden oder sind im Bau und in Fertigstellung die S 6 Semmeringschnellstraße, der Abschnitt Anschlußstelle Kindberg mit Kosten von 66 Millionen. Es wird dieser Bauabschnitt im nächsten Jahr der Fertigstellung zugeführt. Es war das die B 23, die Lahnsattelbundesstraße, mit der Ortsdurchfahrt Neuberg, Kosten 17,8 Millionen Schilling. Sie ist im heurigen Jahr fertiggestellt worden. Es war das die Preiner-Gscheidstraße L 103, Abschnitt Pferscherbrücke und Kernausbau, mit den Kosten von 13,2 Millionen Schilling. Es gab dann noch die Fertigstellungen der Lahnsattelstraße im Bereich Tunnel Totes Weib, die Ortsumfahrung Mitterdorf nach Veitsch im Gesamtausbau von 60 Millionen Schilling, wo ich inzwischen den Antrag gestellt habe, dort einen Kreisverkehr zu errichten, weil das Stück sehr unfallgefährdet, ist und die Schanzsattelstraße, die also Kosten von 30,5 Millionen Schilling verschlingt. Nicht zu vergessen auch der Ausbau der Allerheiligenstraße und die Ortsdurchfahrt von Allerheiligen, die Kosten von 20 Millionen verursacht hat, fertiggestellt worden ist und das letzte Stück der Anbindung zur Stanzer Straße nunmehr erfolgen wird.

Meine Damen und Herren, ich erspare Ihnen nun aufzuzählen, was alles im Bereich der Radwege im Bezirk Mürzzuschlag und im Mürztal geschehen ist.

Ich wollte damit aber nur sagen, der Herr Landesrat Ressel hat mit der Instandsetzung von Straßen nicht 30 Jahre gewartet, und dafür bedanke ich mich bei ihm herzlich. Es sind wesentliche Investitionen im Bereich des Mürztales, die zur Sicherheit der Autofahrer beitragen einerseits, und andererseits Arbeit schaffen. Dafür, Herr Landesrat, ein herzliches Dankeschön und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Herr Landesrat Ing. Ressel.

**Landesrat Ing. Ressel (20.00 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich verstehe, daß zwei agile Abgeordnete einer Region sich besonders für die Verwirklichung eines Straßenbauvorhabens einsetzen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Vergleich zu dieser Straße, von der wir heute gesprochen haben, von Krieglach über das Alpl, wir in der nächsthöheren Prioritätenskala 7 Milliarden Schilling Vorhaben haben. Ich werde mir erlauben, über die Fachabteilung den Gemeinden, die innerhalb dieser 7 Milliarden liegen, den Beschlußantrag des Landtages, der sicherlich die Mehrheit finden wird, zuzusenden, damit sich dann die Gemeinden darüber ein Urteil bilden können. Und auf Grund dieses Echos werden wir dann versuchen, eine Prioritätenabstimmung zu finden. (Beifall bei der SPÖ. – 20.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Straßberger, Vollmann, Ing. Kinsky, Schrittwieser, Ing. Löcker und Ing. Mag. Hohegger, betreffend den verkehrs- und sicherheitstechnisch entsprechenden Ausbau und die Sanierung der B 72, Weizer Straße, im Abschnitt Alpl-Krieglach zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

**19. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/5, zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Dirnberger und Ing. Kinsky, betreffend eine ausreichende Dotation der Wegebauförderungsmittel zur Erhaltung der ländlichen Infrastruktur.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (20.03 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Antrag der ÖVP berichtet die Regierungsvorlage, daß das ländliche Wegenetz der Steiermark 24.200 Kilometer umfaßt, wovon 15.300 asphaltiert sind. Die Betreuung dieser Wegeanlagen wird

förderungstechnisch über die Fachabteilung IIe und die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft abgewickelt. Zu diesem Zweck sind für Neubau, Umbau und Erhaltung diverse Förderungsprogramme vorhanden, die unterschiedlich finanziert werden. Grundsätzlich kann unterschieden werden zwischen einem Bundesprogramm, in dem die öffentlichen Mittel von Bund und Land aufgebracht werden, und Landesprogrammen, in denen ausschließlich Landes- und Bedarfszuweisungsmittel zum Einsatz kommen. Auf Grund der Mittelkürzungen von Bund und Land und des seit 1994 vorgeschriebenen Mindestlandesmittelanteils (zwei Drittel der Bundesmittel) im Bundesprogramm entwickelten sich sowohl im Hofzufahrtenprogramm wie auch im Landessonderprogramm der Fachabteilung IIe erhebliche Finanzierungsrückstände. Insgesamt beträgt der Mittelbedarf zur Ausfinanzierung dieser beiden Programme rund 169 Millionen Schilling, wovon 42 Millionen Schilling 1997 bereits in den Programmen eingesetzt wurden. Mit der im Antrag geforderten Zusatzdotierung von 50 Millionen Schilling in den Jahren 1997 bis 1999 wäre es möglich, bereits 1997 einige Vorleistungen der Bauherren abzubauen, technisch notwendige Baumaßnahmen zu bezuschussen und die dringenden Vorhaben neu aufzunehmen. Zusätzlich könnten bis 1999 beide Förderungsprogramme zum größten Teil ausfinanziert werden. Es wird ausdrücklich betont, daß es sich keinesfalls um eine Erweiterung des ländlichen Wegenetzes, sondern um den Ausbau und die Sanierung von bestehenden Anlagen handelt. Eine Zusatzdotierung von je 50 Millionen Schilling für die Jahre 1997 bis 1999 wäre daher als Mindestanforderung zu betrachten. Allerdings konnte im Zuge der Budgeterstellung für die Jahre 1998/1999 gemäß den Vorgaben zum Ressortbudgetmodell eine Zusatzdotierung nicht beantragt werden. Eine entsprechende überplanmäßige Aufstockung der Wegebauförderungsmittel könnte daher nur im Rahmen von Budgetverhandlungen erfolgen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 22. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Dirnberger und Ing. Kinsky, betreffend eine ausreichende Dotation der Wegebauförderungsmittel zur Erhaltung der ländlichen Infrastruktur, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (20.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dirnberger, dem ich es erteile.

**Abg. Dirnberger (20.06 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich ein paar Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt bringe. Wer die Vorlage sehr genau durchgelesen hat, kann feststellen, daß wir ein sehr dichtes Wegenetz haben, 24.000 Kilometer im ländlichen Raum, das ist ein Drittel des österreichischen ländlichen Wegenetzes, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber leider die Mittel rückläufig sind und noch dazu diese Mittel, die vor-

handen sind, zur Ausfinanzierung bereits getätigter Vorhaben verwendet werden müssen. Wenn man es genau liest, dann muß man feststellen, daß man fast einen vierjährigen Stillstand feststellen muß. Dieser Umstand ist untragbar, und ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß man oft die Meinung hier vertritt, naja, im ländlichen Wegebau geht es um ein paar Hofzufahrten für die ganz extremen Bergbauern. Man vergißt dabei, daß 24.000 Kilometer nicht für ein paar Hofzufahrten zustandekommen können. Es leben in diesem Gebiet, wo dieses ländliche Wegenetz vorhanden ist, immerhin 60 Prozent der Bevölkerung. Das betrifft Gemeindegewege, Interessentenwege und einzelne Hofzufahrten. Daß dieses ländliche Wegenetz auch die Lebensader für den ländlichen Raum ist, steht wohl außer Diskussion, und wesentlich zur Existenzsicherung und Grundversorgung beiträgt und mehr ist als nur eine Zufahrt. Auch kommunale Einrichtungen laufen drüber, Müllabfuhr, Schulbusse und dergleichen. Aber auch ein wichtiger Beitrag ist, daß die Absiedelung in extremen Bergregionen verhindert und gebremst wird. Es gibt keine Tourismusdebatte, wo nicht erwähnt wird, wie wichtig die Kulturlandschaft ist. Wenn diese Bauern dort oben nicht mehr existieren können, dann wird es diese Kulturlandschaft wohl nicht mehr lange geben. Eine wichtige Voraussetzung ist, wie schon erwähnt, daß eine vernünftige und staubfreie Zufahrt vorhanden ist, weil die Erhaltungskosten für den einzelnen Betroffenen auf die Dauer unzumutbar sind. Ein Beispiel: ein Landwirt, 4,5 Kilometer Zufahrtsstrecke, im unteren Bereich sind noch zwei weitere Bauern, die mitfinanzieren. 60 Prozent der Erhaltungskosten muß er allein tragen. Ein schweres Unwetter im Sommer verursacht 20.000 Schilling Materialkosten. Das viermal, fünfmal im Jahr, sind es über 100.000 Schilling nur reine Schotterkosten. Die Arbeit ist da hier überhaupt nicht dazugerechnet. Das gleiche gilt für die ländlichen Gemeinden, wo die Erhaltung allein 120 Millionen Schilling zirka ausmacht. Daß das natürlich nicht die einzelne Gemeinde tragen kann, ist völlig klar. Dadurch gibt es auch diese Bundes- und Landessonderprogramme und auch die Hofzufahrtenprogramme. Nur, das Dilemma ist, daß wir keine zusätzlichen Mittel haben, damit hier weitergearbeitet werden kann. Wünschenswert wäre hier ein Wegeerhaltungsmodell nach Vorbild von Salzburg. In Salzburg hat man es geschafft, daß pro Einwohner vom ganzen Bundesland, ob Stadt oder Land, über 30 Schilling bezahlt werden. Das wären in der Steiermark über 300 Millionen Schilling, die zur Verfügung stehen würden. Das wäre für die Gemeinden im ländlichen Raum und für alle anderen Betroffenen ein warmer Regen. Nachdem das aber nicht zur Diskussion steht und ich und meine Fraktion hier einen Stillstand über vier Jahre nicht akzeptieren können und wollen, und es vor allem in der jetzigen Situation die Nichtzielgebiete und die Ziel-II-Gebiete betrifft, weil in den 5b-Gebieten gibt es eine leichte Entspannung, da es EU-kofinanzierte Projekte gibt, bringe ich folgenden Beschlußantrag ein. Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dirnberger, Tasch, Riebenbauer und Ing. Kinsky, betreffend eine Sonderdotierung der Wegebauförderungsmittel zur Ausfinanzierung des Hofzufahrtenprogrammes der Landwirtschaftskammer und des Landes-

sonderprogrammes der Fachabteilung II e. Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes ist unter anderem die Erhaltung der ländlichen Verkehrsinfrastruktur. Im Rahmen von Förderungsprogrammen werden daher seitens des Landes Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Verkehrsanlagen finanziell unterstützt, eine Erweiterung des ländlichen Wegenetzes ist damit nicht verbunden. Auf Grund der seit Jahren rückläufigen Entwicklung der in diesem Bereich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel konnten im Hofzufahrtsprogramm der Landwirtschaftskammer seit 1995 keine neuen Bauvorhaben mehr aufgenommen werden beziehungsweise mußten auch im Landessonderprogramm der Fachabteilung II e. Neuaufnahmen drastisch reduziert werden. Dringend erforderliche Bauvorhaben konnten nur durch die Vorleistungen der Bauherren (Gemeinden, Wegegenossenschaften, Landwirte) – die in Erwartung einer baldigen Refinanzierung durch das Land Steiermark diese Maßnahmen vorfinanzierten – in Angriff genommen werden. Auf Basis der veranschlagten Mittel des Haushaltsjahres 1997 könnte der Abbau der erheblichen Vorleistungen (Stand 1997: 78,7 Millionen Förderungsmittel) beziehungsweise die Ausfinanzierung der auslaufenden Programme bei einem Mittelbedarf zur Restabwicklung (aktueller Stand 1997: 122 Millionen Schilling), jedoch frühestens in vier Jahren bewerkstelligt werden. Ein derart langer Zeitraum erscheint allerdings vor allem auch deshalb unzumutbar, da es sich zu einem großen Teil auch um Vorhaben handelt, die bereits vor fünf Jahren und länger in diesen Förderungsprogrammen aufgenommen wurden. Vielmehr muß es im Interesse des Landes Steiermark liegen, für die zahlreichen Gemeinden, Wegegenossenschaften und Landwirte als private Bauherren ein berechenbarer und vor allem verlässlicher Partner zu bleiben. Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die zur Finanzierung der von den Bauherren erbrachten Vorleistungen einschließlich der Restabwicklung des Hofzufahrtenprogrammes der Landwirtschaftskammer und des Landessonderprogrammes der Fachabteilung II e. erforderlichen Wegebauförderungsmittel (aktueller Stand 1997: 122 Millionen Schilling) bereitzustellen und durch eine Sonderdotierung derart zu unterstützen, daß eine Ausfinanzierung der beiden Programme bis längstens 1999 gewährleistet werden kann.

Ich ersuche, diesen Antrag zu unterstützen, nicht nur im Interesse der ländlichen Regionen, weil man immer sehr viel über Arbeitsplatzsicherung und Bauinitiativen spricht, wäre auch das ein Beitrag in Richtung Arbeitsplatzsicherung, weil gerade die Budgetmittel, wenn sie freigespielt werden, sofort wieder investiert werden und diese Mittel mindestens verdoppelt werden, weil die Interessentenbeiträge auch dazukommen. Und gerade Baufirmen, die in den Regionen beheimatet sind, würden da zum Zuge kommen, wenn auch das meistens nur Zweigstellen oder Tochterfirmen von Konzernen sind. So sind doch die Beschäftigten dieser Firmen in der Region zu Hause. Aus diesem Grunde würde ich allgemein ersuchen, vor allem die Herren Bürgermeister, diesen Antrag mitzu-

tragen und zu unterstützen. Ganz zum Schluß darf ich trotzdem noch dem Herrn Landesrat und auch den Regierungsmitgliedern danken, daß es gelungen ist, doch eine Sonderdotierung im heurigen Jahr zu finden, damit man die dringendst anstehenden Rechnungen, die zu begleichen waren, auch wirklich bezahlt werden konnten, es ist schon soweit gegangen, daß einzelne Weggenossenschaftsobmänner von den Baufirmen geklagt wurden, weil das Land bereits zwei Jahre mit der Finanzierung säumig war. Ich ersuche um Annahme des Beschlusses und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 20.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (20.15 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist in der Form sehr unseriös, wenn man jetzt hergeht und versucht, mit Beschlüssen und Sonderdotationen Budgetpolitik zu betreiben. Wenn wir so anfangen, dann gibt es einen Lobbyismus, und dann finde ich gleich eine Gruppe und wir betreiben alles, und dann brauchen wir kein Budget mehr zu erstellen, weil die Gruppe, die sich am besten durchsetzt, die hat dann das Sagen. Denn der Landesrat Pötl, und die Landwirtschaft hat sicherlich das größte Budget, wenn das so eine Priorität hat, wie ihr das sagt, dann frage ich in aller Offenheit, warum das noch nicht umgeschichtet worden ist, warum man sich nicht in der Form behelfen konnte. Es hätte, um jetzt den vierjährigen Stillstand abzuwenden, der Landesrat Pötl nur hergehen müssen, in seinem Bereich umzuschichten. Aber, meine Damen und Herren, ich will keinen Keil hineintreiben zwischen die Landwirtschaft und andere Dienstnehmerinteressen, sondern eines muß man schon zur Kenntnis nehmen: Selbst die kleinen Bauern haben Probleme, weil sie auch zu dieser Hofzufahrt ihren Anteil zu zahlen haben. Die können es sich oft gar nicht leisten, und wir wissen aber auch unterm Strich, daß nicht nur die Hofzufahrt, sondern daß oft gleich der ganze Hof auch mitgeht. Es wird sogar bestätigt von gewissen Leuten, die das Glück haben, daß das erledigt worden ist. Ich sage es nur deshalb in aller Offenheit, vergeßt bitte eines nicht, jeder Häuslbauer, jede Genossenschaft, wenn sie nicht das Glück hat, daß dort eine Gemeindestraße oder was vorbeigeht oder jeder seine Hauszufahrt selbst zahlen muß, der bekommt keinen Schilling Förderung. In Graz muß man sogar Einfahrtsgebühr bezahlen, weil der Gemeinderat beschlossen hat, daß – wenn du dein Türl fünf Meter breit hast, daß du für diese Breite eine Gebühr zu zahlen hast. Daher kann man da in der Form sicherlich nicht mitgehen. Auch der Rechnungshof – das muß ich auch sagen, und ihr haltet immer soviel am Rechnungshof – hat bereits in seiner Prüfung seinerzeit bei der Wegebauförderung festgestellt, und ich zitiere jetzt wörtlich, daß wir es nicht vergessen, weil es schaut so aus, als wenn das eine Katastrophe wäre: „Der Rechnungshof sagt, daß die Steiermark mit der Dichte des ländlichen Wegenetzes im Spitzenfeld der Bundesländer liegt. Diese Feststellungen ließen den Rechnungshof zu der Empfehlung kommen, daß eine Erweiterung des ländlichen

Wegenetzes in der Steiermark nicht notwendig erscheint, nur in Absprache mit der Raumplanung durchzuführen, da eine weitere Verästelung des ländlichen Güterwegenetzes nicht nur die Gefahr der Streusiedlungsstruktur in sich birgt, sondern auch die Problematik der Finanzierung für die Erhaltung des Wegenetzes immer weiter verschärft und im starken Gegensatz zu den Interessen der Natur und des Landschaftsschutzes stehen würde.“ Daher möchte ich sagen, es ist unseriös, in der Vorgangsweise vorzugehen, daher werden wir diesem Beschlußantrag nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Peinhaupt (20.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Mich wundert es schon ein wenig, wie man versucht, Budgetseriosität darzustellen, indem man unter Vorspiegelung fadenscheiniger Tatsachen versucht, dem Landtag die Budgethoheit zuzuschreiben. Denn eines kann es doch bitte nicht geben, daß am gleichen Tag, an dem wir ein Landesbudget ins Haus bekommen zum Studium, am Nachmittag im Ausschuß der Herr Landesrat Pörtl einen Antrag stellen läßt über seine Fraktion; es ist mir leider nicht gelungen, aber ich bräuchte doch ein bißchen mehr Geld. Und daraufgekommen seid ihr erst jetzt, weil vier Jahre war es eine Politik des Stillstandes. Habt ihr dieses ganze Programm auf leere Versprechungen bis ins Jahr 2047, weil dann müßt ihr zur Europäischen Zentralbank gehen, nicht mehr zum Landesrat Ressel. Habt ihr das so weit aufgebaut? Also ich glaube schon, daß man seriös Politik machen muß, auch wenn es darum geht, daß die Intention des Antrages eine gute Intention ist. Denn wir wissen alle, der Kurt Tasch wird sicher noch gehen und sagen, für den Tourismus in meinem Ennstal brauche ich 100prozentig diese Straße, damit wir auch dort oben leben können. Keine Frage, da bin ich d'accord. Nur, auf der einen Seite seid ihr beim letzten Budget hergegangen und habt Bauernbelastungen beschlossen, wo manche von euch hinter dem Ofen gesessen sind. Ich erinnere nur an die Jagdabgabe, da wollte keiner was wissen. Heute, vor dem Budget, geht ihr her und sagt, wir wollen mehr. Ihr müßt mir eure Linie einmal erklären können. (Abg. Riebenbauer: „Ist uns aber recht!“) Ihr habt genauso im Bund mitverhandelt, die Mitteln der MÖST ausschließlich für den Nahverkehr zu verwenden. Landeshauptmann Krainer war es damals, der mit 37 Millionen aus seinem Ressort eingesprungen ist, damit der ländliche Wegebau gesichert werden hat können. Von euch ist damals bitte nichts gekommen. Und wenn ich zurückdenke an den Rechnungsabschluß, den wir auch heute hätten diskutieren sollen. Da hat es doch einen Posten gegeben, der mit 324 Millionen Schilling im Agrarbudget drinnen war, im Wissen, weil im Vorjahr haben wir schon 268 dafür gebraucht, daß wir mehr brauchen werden, nämlich das ÖPUL-Programm mit 318 Millionen Schilling de facto. Da hat man dann hergehen müssen und gewisse andere Ansätze kürzen, darunter auch jene Förderungen, die Strukturverbesserungen in der Land- und Forstwirtschaft, und darunter wäre auch

der Wegebau gefallen, wo man denen 3,7 Millionen – wenn ich es richtig im Kopf habe – weggenommen hat. Selbstverständlich komme ich dann mit meinem Vorhaben nicht durch. Aber ich bitte auch um eine dementsprechende und dem Haus Rechnung tragende Seriosität, wie man mit öffentlichen Haushalten, auch wenn sie noch so notwendig sind, umgeht. Denn eines sage ich Ihnen ganz bestimmt, wenn Sie für Bauern Geld einfordern, dann fordern Sie es in ihrer Regierungsverantwortung und durch Ihre Aktivität, aber gehen Sie nicht her, am Tag, an dem man Budgets einbringt, mit Zusatzanträgen, im Wissen, daß Sie vier Jahre nichts getan haben und zwei Jahre vorher Bauernbelastungspakete beschlossen haben, und fordern dann auf einmal die große Erleichterung für die Landwirtschaft, was zweifelsohne auch erforderlich ist, wahrscheinlich auch im Wissen, daß der Herr Landesfinanzreferent im Jahr 1997 nicht 1,3 Milliarden vom Bund bekommen wird, sondern 2 Milliarden vom Bund kriegt. In diesem Sinne bitte ich, mit der Ehrlichkeit und dem Umgang des Miteinanders in diesem Hause ein bißchen vorsichtiger zu sein. (Beifall bei der FPÖ. – 20.22 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tasch (20.22 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landesrat!

Es ist für mich eine besondere Ehre, daß bei meiner Wortmeldung die ganze ÖVP-Regierungslobby da ist. Das freut mich natürlich ganz besonders, weil das ist eher eine Seltenheit, und finde es als große Unterstützung. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ehre wem Ehre gebührt!“) Ich habe mich hierhergestellt, damit ihr mich seht, laut reden tue ich, damit ihr mich versteht, kurz halten tue ich mich, damit ihr mich mögt. Ich werde meine Wortmeldung heute nach dem Motto einer Frau auslegen, kurz um Spannung aufkommen zu lassen, und lang genug, um das Notwendige abzudecken. Lieber Abgeordneter Peinhaupt, du hast gesagt, der Tourismus trägt seine Früchte im ländlichen Raum, und deshalb brauchen wir die Wege. Ich möchte sagen, daß gegen die Torheit oft kein Kraut gewachsen ist. Ich glaube, das ist für uns kein Willkürakt heute, daß wir eine bessere Dotierung für unsere Wege verlangen, sondern das ist einfach eine Notwendigkeit. Wenn du ein bißchen nachgedacht hast und dich ein bißchen umgeschaut hättest, dann weißt du, daß in Südtirol zum Beispiel in den letzten zehn Jahren 0,6 Prozent Bauern aufgehört haben, bei uns sind es beinahe 10 Prozent. Der Freiheitskanzler Julius Raab hat seinerzeit gesagt, wenn der Bauernstand unter 10 Prozent sinkt, und wir sind bei zirka 5 Prozent, wird es kritisch für unser Land. Wie können wir unsere Bauern besser halten? Das geht, wenn wir schöne Wege haben. Die Erhaltung kostet wahnsinnig viel Geld und trifft die ländlichen Gemeinden in erster Linie. Wir machen es ja nicht nur für die Landwirtschaft, sondern es gibt in unserem ländlichen Raum, vor allem in den Berggebieten, wahnsinnig viele Einfamilienhäuser. Auch für diese Menschen brauchen wir eine ordentliche Zufahrt, um ihnen das Herunter-



fahren vom Berg zu erleichtern, die weite Wege in das Lagerhaus zurücklegen müssen. Ich glaube, es ist wohl unsere Pflicht, daß man auch diese Leute von der Dotierung her für die Wegebauförderung wirklich unterstützt. Das sind jene Menschen, die allein auf Grund der Entfernung her zu den Geschäften und zu den Schulen mehr finanzielle Mittel aufwenden müssen als andere. Was noch gravierend ist und was mich besonders stört ist, daß man Weggenossenschaften hat, die immer prozentuell für die Wegerhaltung dazuzahlen müssen. Wenn einer herunter ist und ein öffentlicher Weg in der Nähe ist, braucht er weder für die Schneeräumung noch für die Wegerhaltung nur einen Schilling bezahlen. So ist es wohl angebracht, daß wir diese Leute fördern. Wir sollten auch schauen, daß wir vor allem unsere bäuerlichen Betriebe erhalten, damit die Abwanderung hintangehalten werden kann. Jeder einzelne Einwohner bringt der Gemeinde 8000 Schilling, wenn ich mehrere habe. So möchte ich sagen, daß wir hier keinen Willkürakt machen oder schauen, daß wir jetzt ins Budget noch etwas hineinbringen wollen. Die Landwirtschaft hat mit dem Beitritt zur EU am allermeisten draufgezahlt, vor allem die Bergbauern und die Viehbauern. Die Viehpreise sind gewaltig unten, die Milchpreise sind gewaltig gesunken. Das ist das, wo wir gesagt haben, wir werden von der öffentlichen Hand her die Bauern fördern. Wir sind alle aufgerufen, um für unsere Landwirtschaft einfach etwas zu tun. Jeder, der Verantwortung hat, weiß, daß wir den flächendeckenden Tourismus und die flächendeckende Landwirtschaft nur dann haben werden, wenn wir das ländliche Wegenetz fördern. In dem Sinne möchte ich wirklich alle nochmals aufrufen, für jene, die dazu beitragen, daß wir eine intakte Landwirtschaft in Österreich haben und uns in dieser wohlfühlen können, die notwendigen Mittel aufbringen müssen. Ich bitte euch alle inständig, diesem Antrag zuzustimmen, weil wir für jene Menschen etwas tun müssen, die eigentlich von den Einkommen her die größten Verluste gehabt haben. In dem Sinne werde ich meinem Motto treu sein: „Tritt frisch auf, machs Maul auf und hör bald auf“. Glück auf. (Beifall bei der ÖVP. – 20.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schleich (20.27 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der Wegebau im ländlichen Bereich ist sicher eines der wichtigsten Infrastruktur überhaupt, und da gebe ich natürlich vollkommen recht, vor allem wenn man weiß und wenn man anschaut, daß 1991 die Dotierung wesentlich höher war als jetzt 1997. Es ist jetzt um ein Vielfaches weniger geworden. Es ist natürlich auch so, daß der Aufbau der Wege natürlich in den achtziger und neunziger Jahren wesentlich größer war, weil hier die Sauberkeitsschichten erst vollzogen werden mußten. Wenn man sieht, daß es 24.200 Kilometer in der Steiermark an Wegenetz gibt und daß 15.300 davon bereits asphaltiert sind, mit einer Sauberkeitsschicht versehen, dann ist klar, daß hier noch vieles zu tun ist. Ich glaube, das größere

Problem, was in Wirklichkeit auf uns zukommt und in den Gemeinden derzeit auch vorhanden ist, ist die Wegerhaltung. Denn die Wege wurden damals einfach gebaut, und diese waren für die Schwerfahrzeuge, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich, ob das jetzt Mährescher oder Traktoren waren, nicht unbedingt geeignet. Wenn ich zurückdenke an den letzten Ausschuß, wo es um die Erhöhung für Holztransporte auf 44 Tonnen ging, so frage ich wirklich den Landesrat Pörtl, ob er nicht nachgedacht hat, aber auch die Vertreter der Landwirtschaft. 44 Tonnen auf Wegen, die in Wirklichkeit nicht einmal mehr gebaut sind, daß sie 10 Tonnen tragen. Sie werden ja auch gemessen von der Kammer, von der Agrar, ob man den Weg noch einmal sanieren soll, ob man eine Sauberkeitsschicht darübergerben kann oder neu aufschottern muß. Sie haben darüber überhaupt nicht nachgedacht, sondern es wurde darüber nachgedacht, auch seitens der FPÖ, was mich sehr wundert, daß man das aufmacht auf 44 Tonnen. Habt ihr schon einmal nachgedacht, was das in Wirklichkeit den Gemeinden kostet? Wer wird das bezahlen? Das wird mit dieser Dotierung, die ihr hier haben wollt, natürlich bei weitem nicht reichen und auch nicht abdecken sein. Der Bürgermeister muß genau schauen, welche Autonummer war dort das Holz abholen. Und dann führen wir Prozeß, daß wir ein Geld zurückbekommen von jenen Frächtern, die das weggeführt haben. Ich glaube, so kompliziert kann man es nicht machen. Es ist sicher wesentlich billiger, wenn man das Holz dort unverladet, wo die Straßen das schon aushalten beziehungsweise wo sie dafür gebaut sind, nicht, daß wir unsere Gemeinewege und Güterwege so ruinieren, daß sie einfach in einem Jahr kaputt sind. Wer sich die Praxis anschaut, man braucht ja nur draußen schauen, wo ein schwerer Lkw, ein Dreiachser, unterwegs ist, dort ist der Asphalt in Wirklichkeit kaputt. Ich höre schon, daß es falsch ist. Aber ich bin sicher, daß ich recht habe. Ihr müßt euch auch vor Augen führen, daß man nicht auf der einen Seite eine Lobby machen kann, damit ich das Holz einfacher wegführe, und auf der anderen Seite mache ich die ganzen Wege kaputt, weil ich einfach sage, für das Holz brauche ich eine Ausnahmegenehmigung. Mir gefällt auch nicht, daß man die Dotierung nicht gleich bei der Budgeterstellung feststellt. Ich glaube, dort muß man die Wichtigkeit auch feststellen. Herr Landesrat, ich würde auch Sie bitten darum, denn Sie kennen ja die Wichtigkeit in Ihrem Ressort. Wenn das so wichtig ist, wie Ihre Partei hier auch darstellt und ich auch glaube, daß die Wege wichtig sind, dann müssen Sie in Ihrem Ressort auch Umschichtungen vornehmen, daß die Wege gebaut werden können, daß die Wege erhalten werden können. Denn das größte Problem in Zukunft ist in Wirklichkeit die Wegerhaltung. Ich bitte nochmals den Landtag, darüber nachzudenken, ob man auf den Gemeinewegen, auf den Güterwegen, die sicherlich nicht dazu gebaut sind, 44 Tonnen freigeben kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.32 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Riebenbauer** (20.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, Kollege Dirnberger ist in manchen Bereichen mißverstanden worden, vor allem wenn es um die Wegbauförderung des ländlichen Raumes geht. Lieber Herr Kollege, es stimmt überhaupt nicht, daß die Häuslbauer nicht mitgefördert werden. Ich möchte das einmal klar und deutlich feststellen. In sehr vielen Bereichen gibt es zwei, drei Bauern, die erschlossen werden, und vier, fünf Einfamilienhäuser. Diese haben genau den gleichen Nutzen, nicht mehr und nicht weniger, wie auch die Bäuerinnen und die Bauern. (Abg. Schleich: „Bei den Kammern wird dafür auch der Hof mitasphaltiert!“) Das möchte ich als nächstes richtigstellen. Ich bitte dich sogar darum, daß du mir sagst, wo die Kammer den Hof mitasphaltiert hat. Ich weiß, daß für jeden gleich eine Zufahrt zum Haus mitgefördert wird, und alles andere um das Haus herum, um den Hof herum muß von ihm selbst finanziert werden. Diese Information habe ich, und wenn du eine andere hast, dann bitte ich, mir das zu berichten. (Abg. Gennaro: „Das stimmt ja nicht, jeder Häuslbauer bekommt das nicht!“) Jeder bekommt das nicht, das ist ganz klar. Aber im Rahmen dieser Hofzufahrtsprogramme der Gemeindegewegprogramme kommt jeder, der diesem Programm angeschlossen wird, egal ob Bauer oder nicht Bauer, in den Genuß dieser Förderungsmittel. Das möchte ich einmal klar und deutlich feststellen.

Geschätzte Damen und Herren, noch einen Satz. Wegbauförderung, Förderung für Wegerhaltung, da sind wir uns aus den ganzen Wortmeldungen eigentlich einig, ist das dringendste Anliegen für die Zukunft des ländlichen Raums, ist überhaupt nicht Bauernförderung, sondern ist eine Förderung für den ländlichen Raum. Ich bitte euch, das endlich zu begreifen, das ist eine Förderung für den ländlichen Raum und für alle Menschen, die in den Regionen leben. Ich möchte euch noch einmal abschließend bitten, diesem Antrag zuzustimmen. (Abg. Gennaro: „Was sagst du zum Rechnungshofbericht, der sagt ja komplett was anderes!“) Der Rechnungshofbericht ist ein Rechnungshofbericht. Ich kann dir aus meiner langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat sagen, das Hauptanliegen der Gemeindebürger im ländlichen Raum ist der Wegebau, ist die Wegerhaltung. Jeder Bürger, wenn er tagtäglich über das Schlagloch drüberfährt, ärgert er sich, weil der Weg nicht gemacht ist. Es gibt Umfragen in den ländlichen Gemeinden, wo immer Priorität Wegerhaltung und Wegebau ist. Und wenn der Rechnungshof glaubt, daß wir mit unseren Strukturen in der Steiermark auf Grund unseres Berggebietes und so weiter, und so weiter, zu viele Wege haben, dann soll er wirklich hinausfahren in die ländlichen Bereiche und soll uns klar und deutlich sagen, welcher Weg zuviel ist. Ich glaube, es ist in der heutigen Zeit wohl eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit, daß man Gott sei Dank jeden Bauern aufgeschlossen hat. In meiner Gemeinde gibt es sogar noch einen, wo wir jetzt dabei sind, den letzten mit zwei Hektar auch aufzuschließen, weil es bis jetzt nicht möglich war, dort hinzubauen, weil es fast nicht finanzierbar war. Ich möchte euch wirklich bitten, daß man das endlich begreift, daß das nicht eine Bauernförderung ist, sondern eine Förderung für den ländlichen Raum, wo wir alle

gemeinsam Nutznießer sind. (Abg. Vollmann: „Entschuldige, darf ich dich was fragen? Wer hat das bis jetzt bezahlt, wenn plötzlich jetzt das Problem auftritt, wer hat das bis jetzt bezahlt?“ – Landesrat Pörtl: „Ich sage dir das dann!“) Das sagt dir der Landesrat Pörtl ganz genau, wer das bis jetzt bezahlt hat. Bis jetzt haben eigentlich jene, die in den Programmen des Wegebaues drinnen waren, das vorfinanziert. Ich möchte sehen, welche Bewohner des städtischen Raumes sich das gefallen lassen würden. Ich danke für das Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 20.36 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Das Schlußwort hat der Herr Landesrat!

**Landesrat Pörtl** (20.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich sage trotzdem die Wahrheit, wenn der auch streikt. Die Diskussion ist sehr, sehr wertvoll, weil man damit vor allem Positionen klarstellt. In erster Linie bin ich sehr dankbar, daß das Hauptproblem ganz klar herausgearbeitet wurde. Es tut mir sehr leid, daß der Rechnungshofbericht leider nicht richtig gelesen beziehungsweise ausgelegt wird. Der Rechnungshofbericht sagt: Wir haben das umfangreichste Wegenetz auch auf Grund der Siedlungsstruktur des Landes Steiermark. Kleinbäuerliche Siedlungsstruktur, Hügel- und Grabenlandschaften und extreme Berggebiete mit einer Struktur, wo nicht der Dorfcharakter historisch gewachsen ist. Schauen wir nach Bayern oder Oberösterreich und Teile Niederösterreichs, dort haben wir die Dorfsiedlungen. Wir haben auch das Problem mit den Streusiedlungen, wo praktisch die Wegeerhaltung und der Wegebau genauso die Lebensader ist. Ich sage das auch ganz offen zum Freund Gennaro: Genauso wichtig wie der Semmeringbasistunnel ist für die Region Steiermark ein einfacher Weg für Siedlungsgebiete und Weilerbildungen. Wir haben da normal keinen Konflikt. Ich möchte aber nur um Verständnis bitten, daß bei unserem Wegeausbau- und -erhaltungsprogramm es um bestehende Wege geht. Wir machen keinen neuen Weg in eine neue Siedlung. (Abg. Gennaro: „Warum tut ihr das nicht ins Budget hinein?“) Dort, wo also verdichteter Flachbau betrieben wird, dort macht die Gemeinde die Aufschließung auch mit Aufschließungsbeiträgen. Wir haben aber auch sozusagen agrarisch etikettierten Wegebau, der in Wahrheit ländliche Wirtschaftsstruktur, wie Tourismus und auch gewerbliche Strukturen, schafft. Und ich möchte wirklich bitten, warum ist das passiert? Im Rahmen der Budgetstraffung – ich sage das ganz offen auf Basis des Rechnungshofberichtes, ist kein Vorwurf – hat der Landesrat Ressel gesagt, ich habe es belegt, minus 20 Millionen, heruntergezupft und noch einmal minus 10 Prozent. Und von dem weg haben wir jene Landesförderprogramme nur mit Landesförderung, wo die Wege bereits begonnen worden sind, nicht mehr finanzieren können. Das heißt, wir haben aber diese Programme, die begonnen worden sind, nicht mehr in Bund-Land-Programme umwidmen können, und daher brauchen wir vier bis fünf Jahre, daß wir die begonnenen Projekte jetzt endgültig einmal fertigbauen können. Ich habe in einigen Verhandlungen gebeten, das auszugleichen. Entschuldige, ich bin wieder angerannt. Wenn ich umschichte, dann könnte ich noch umschichten von Kofinanzie-

rungsbeiträgen, und dann verliere ich praktisch mit einem Schilling 3 Schillinge. Das kann ich nicht verantworten, und ich habe derzeit das Riesenproblem, daß im Rohbau oder im Halbausbau begonnene Wegbauprojekte derzeit am Stand stehen, und ich sage auch ganz offen, der Kollege Dirnberger hat nicht umsonst hier geredet. Wir haben in den 5 b-Gebieten versucht, mit neuen Programmen das auszugleichen, weil einfach Regionalförderung auch eine wichtige Maßnahme bedeutet, nämlich Infrastruktur. Nur, in den Ziel-2-Gebieten komme ich nicht dazu. Diese Regionen, das sind zum Teil genau jene Regionen, wo die Gegenredner sich sozusagen entwickelt haben, sind am stärksten betroffen. Daher ist also die Bitte – wir werden es auch bei der kommenden Budgetverhandlung versuchen –, diesen Mißstand des Rückstandes aufzuarbeiten. Ich bin den Abgeordneten dankbar für diese Wortmeldungen und möchte schon dazusagen, weil sozusagen einige Dinge hier im Raum stehen. Ich sage nach wie, derzeit ist der Bund offensiv in bezug auf Wegerhaltung. Der Kollege Schleich hat vollkommen recht, daß uns jetzt die Wege mit schwächerem Ausbau durch die stärkere Belastung wegbrechen. Beim Bauen wurde nicht daran gedacht, daß wir die Müllabfuhr haben, daß wir den Schulbus haben, und in den Berggebieten, daß der Milchtransport täglich oder zweitägig läuft, und zwar durchgehend, ob Tauwetter ist oder festgefrorene Flächen vorhanden sind. Und daher ist das mit den 44 Tonnen ein legitimer Versuch, daß man sagt, das paßt nicht zusammen. Nur beim Holztransport möchte ich schon sagen, da gibt es in der Tauperiode, soweit ich mich erinnern kann, Möglichkeiten der Sperre – (Abg. Schleich: „Die 44 Tonnen sind verträglich?“) darf ich noch weiterreden, ich gehe auf das genau ein –, ich kann mich noch gut erinnern, wie diese Tonnagen festgelegt worden sind. Es waren fast alle Holztransportautos mit zwei Achsen unterwegs, heute sind es drei bis vier Achsen, und die Belastung gleicht sich auf dem Gebiet – (Abg. Schleich: „Jetzt zerreißt er noch viel mehr, weil er einen ganz anderen Drehkreis hat!“) Ich schätze dich, daß du Argumente suchst. Das gehört zum Geschäft dazu. Ich bin auch schon lange im Landtag. Eine Verteidigungsstrategie muß man aufbauen, wenn es noch so schwierig ist, aber Faktum ist, daß in dieser Frage in Wahrheit eine bundesgesetzliche Regelung her gehört. Der Kollege Ressel täte es sehr gern, weil es wird ja länger je enger die Hütte, das ist nicht ganz einfach, muß man ganz ehrlich sagen. Aber das ist nicht das Thema momentan, sondern ich glaube nach wie vor, daß das eine nationale Frage ist. Ich bin gerne bereit, einmal einen Bus zu organisieren, und wir machen dann eine Rallye durch jene Gebiete, wo wir wissen, daß der Wegebau eine existentielle Frage ist, ob wir dort sozusagen vor allem den Arbeiternehmerbereich abdecken. Ich kenne viele Entscheidungen junger Menschen. Wenn die Wege- und Straßenverbindungen nicht gegeben sind, ist letzten Endes auch die Siedlungsstruktur mitbetroffen. Wir haben bisher eine relativ starke Besiedelung auch in den Grenzgebieten, das geht bis zu Plusentwicklungen, weil der wichtige Bereich Wegebau eine starke Position eingenommen hat. Ich möchte daher wirklich bitten, daß wir um diese Zeit noch einmal schön in Schwung kommen. Das zeigt vor allem, daß das ein ganz entscheidendes Thema für ländliche

Regionen im Grunde darstellt. Meine Damen und Herren! (Abg. Gennaro. „Im Sozialbereich haben wir auch Probleme!“) Ich habe das nicht einmal probiert, sondern habe einige Anläufe gemacht. (Abg. Gennaro: „Du stellst das so hin, als würde es nur dort Probleme geben. Jedes Regierungsmitglied hat auch dieses Problem. Sonderdotierung für Soziales!“) Nein. Ich trage genug mit. Ich könnte einige Themen ansprechen, wenn ich den Kollegen Peinhaupt oder andere anschau. Ich trage genug mit. Mein Problem ist, daß ich Wege, die vor fünf Jahren zu bauen begonnen wurden, einfach nicht fertigstellen kann. Ich kann in den Ziel-2-Gebieten, das ist Voitsberg, Mur-Mürz-Furche bis hinauf in das obere Ennstal, praktisch mit keinem 5 b-Programm operieren. Das ist die Betroffenheit, die praktisch in Wahrheit die Abgeordneten bewegt hat. Ich will ihnen keine Rüge erteilen für dieses Vorgehen. Ich sage nochmals abschließend: Der Bund überlegt, auf Grund dieser derzeit 20- bis 30jährigen ländlichen Wege eine Bund-Land-Aktion zu organisieren, damit vor allem diese Wege nicht zusammenbrechen, denn wenn wir dort zu spät kommen, dann ist in Wahrheit der Kostenfaktor sicher das Dreifache. Jetzt ganz zum Schluß noch etwas: Die Frau Landeshauptmann und sicherlich auch Landeshauptmannstellvertreter als Gemeindereferenten springen, soweit es nur irgendwie geht, sozusagen massiv in die Presche und versuchen, mit Bedarfszuweisungen die Bürgermeister zu unterstützen. Trotzdem ist das Ersuchen legitim. Ich werde selbstverständlich auch mit all den Möglichkeiten der Zusammenarbeit, auch mit dem Finanzreferenten, versuchen, dieses Leiden – wenn ich das so offen sagen darf – auch wirklich zu verkürzen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.45 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir nun zu zwei Abstimmungen.

Erstens, wer dem Bericht des Berichterstatters seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Zweitens, wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dirnberger, Tasch, Riebenbauer und Ing. Kinsky, betreffend eine Sonderdotierung der Wegebauförderungsmittel zur Ausfinanzierung des Hofzufahrtenprogrammes der Landwirtschaftskammer und des Landessonderprogrammes der Fachabteilung II e zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

## **20. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 474/1, über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Martin Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (20.47 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es handelt sich hier um den Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, und zwar über den

Landeshaushalt in den Jahren 1992 bis 1995, wo darauf hingewiesen wird, daß der Abgang zugenommen hat, was ja inzwischen wieder revidiert worden ist. Dann geht es um die Verwaltungsreform. Hier haben verschiedene Projektgruppen gearbeitet, und zwar Projektgruppe 1 bis 9. Es hat dann einen Modellversuch „Dezentralisierung“ gegeben. Zum Personal wurde an sich kritisiert, daß in den Regierungsbüros das Personal zugenommen hat. Dann ist noch ein eigenes Kapitel dem Unabhängigen Verwaltungssenat Steiermark gewidmet, wo ursprünglich auf Grund der personellen Besetzung Leerläufe bestanden haben. In der Zwischenzeit wurde dieses Manko wettgemacht, wobei aber der Bundesrechnungshof darauf aufmerksam macht, daß auch das Land Steiermark dem Verwaltungssenat zusätzliche Kompetenzen auf Landesebene zuordnen sollte. Das ist bis heute nicht geschehen. Wir sind daher als Landtag dazu aufgerufen. Als Schlußkapitel ist noch ein Nachtrag zu einem Bericht über die Gebarung des Sozialhilfeverbandes Liezen angeführt. Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark wird zur Kenntnis genommen. (20.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List, dem ich es erteile.

**Abg. List (20.49 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich benötige lediglich drei Minuten für die Einbringung eines Beschlusantrages zu diesem Tagesordnungspunkt. Einen wesentlichen Teil dieses Wahrnehmungsberichtes haben wir bereits am Vormittag behandelt, nämlich bei der Diskussion bezüglich des Rechnungsabschlusses 1996. Der zweite wesentliche Teil beschäftigt sich mit der Verwaltungsreform des Landes Steiermark. Hier hat sich mit der Verwaltungsvereinfachung ein Koordinationsausschuß und insgesamt zwölf Projektgruppen mit verschiedenen Themenbereichen befaßt. Ich will jetzt nicht speziell auf die einzelnen Themenbereiche eingehen. Das Ergebnis dieser einzelnen Projektgruppen liegt bereits seit Juni 1992 – sage und schreibe seit Juni 1992 – der Steiermärkischen Landesregierung vor. Hier setzt jetzt die Kritik des Rechnungshofes ein. Der Rechnungshof beanstandete das Verhalten der Steiermärkischen Landesregierung. Ich zitierte: „Die Landesregierung unterließ eine eingehende Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Projektgruppe. Besonders unzweckmäßig war es, die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung der Vorschläge nicht festzulegen. Daher mußte der Rechnungshof in den Schlußbemerkungen dieses Berichtes insgesamt 18 Empfehlungen anführen, und das ist eine sehr, sehr hohe Anzahl. Einige wenige dieser 18 Empfehlungen wurden davon umgesetzt, viele überhaupt nicht behandelt oder weiterverfolgt. Geschätzte Damen und Herren! Wenn Sie sich an die vorletzte Kontroll-Ausschußsitzung, nämlich an die vom 29. Oktober dieses Jahres, erinnern können, wurden eingeladene Beamte des Bundes darüber befragt. Als verantwortliche zuständige Spezialisten kritisierten sie damals die Umsetzungsbereitschaft und die Umsetzungsstrategie der Ver-

waltungsreform in der Steiermark. Ich muß feststellen, daß die Tatsache damals bedauerlich war, daß die Beamten keinen Vergleich mit anderen Bundesländern herstellen konnten, und das, obwohl die Steiermark als viertes Bundesland vom Rechnungshof überprüft wurde. Warum konnten sie keinen Vergleich anstellen? Weil der Bundesrechnungshof keinen Auftrag für einen Vergleich der Bundesländer hatte. Die Beamten haben damals empfohlen, daß die Vorschläge in den Verwaltungsreformen verfeinert werden sollen. Wir hier im Land sollen nicht davon ablassen und diese Anregungen umsetzen. Geschätzte Damen und Herren, jetzt zum Beschlusantrag. Um hier einen Vergleich der Umsetzungsbereitschaft der Verwaltungsreformen der einzelnen Bundesländer anstellen zu können, bringen die freiheitlichen Kollegen Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Schinnerl und meine Wenigkeit einen Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden Antrag.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um diese zu ersuchen, den Bundesrechnungshof mit erstens einem bundesländerübergreifenden Umsetzungsvergleich der einzelnen Verwaltungsreformen und zweitens einen Bericht über die Umsetzung der Projektgruppen bezüglich Verwaltungsreform in den einzelnen Bundesländern zu beauftragen.

Geschätzte Damen und Herren in diesem Haus! Wenn Sie die Verwaltungsreform wollen in diesem Land, wenn Sie diese auch ernst nehmen und weiterantreiben wollen, dann unterstützen Sie bitte unseren Antrag. (20.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Bericht des Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Es ist die einstimmige Annahme.

Und jene Damen und Herren, die dem Beschlusantrag der Abgeordneten List, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, betreffend den Vergleich der Umsetzungsbereitschaft, die Zustimmung geben, bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**21. Selbständiger Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 652/1, über seine Tätigkeit im Zeitraum vom 1. Jänner 1996 bis zum 31. Dezember 1996.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Martin Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (20.54 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der selbständige Bericht des Kontroll-Ausschusses über seine Tätigkeit im Zeitraum vom 1. Jänner 1996 bis 31. Dezember 1996 hat insgesamt 162 Seiten, und

ich werde nunmehr alle 162 Seiten vorlesen beziehungsweise mich darauf beschränken, die wesentlichen Kapitel hier anzuführen:

Der Kontroll-Ausschuß hat im oben angeführten Zeitraum 27 Berichte des Landesrechnungshofes, drei Bundesrechnungshofberichte und die Landesrechnungsabschlüsse 1994 und 1995 in elf Sitzungen behandelt. Die im Kontroll-Ausschuß im oben angeführten Zeitraum behandelten Berichte werden nach folgenden Schwerpunkten dargestellt:

Erstens: Allgemeine Verwaltung

Zweitens: Bauwesen

Drittens: Wohnbauträger

Viertens: Vereine

Fünftens: Betriebe und Beteiligungen des Landes

Sechstens: Bericht des Landesrechnungshofes über seine Tätigkeit

Siebentens: Landesrechnungsabschluß

Achtens: Berichte des Bundesrechnungshofes in Wien

Ich stelle namens des Kontroll-Ausschusses den Antrag, der selbständige Bericht des Kontroll-Ausschusses über seine Tätigkeit im Zeitraum vom 1. Jänner 1996 bis zum 31. Dezember 1996 wird zur Kenntnis genommen. (20.55 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke, lieber Herr Berichterstatter. Er ist auch der erste auf der Rednerliste. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl** (20.55 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts der vorgerückten Stunde werde ich es unterlassen, jetzt tatsächlich auf dieses Konvolut einzugehen, und möchte nur bei dem anschließen, was ich heute in der Früh gesagt habe, daß es mir wichtig ist, daß wir erstens die verdienstvolle Tätigkeit des Landesrechnungshofes, zweitens die Arbeit des Kontroll-Ausschusses und drittens die Arbeit der Landesregierung und vor allem auch die Arbeit des Landtages in ein rechtes Licht rücken und die Kontrolltätigkeit an sich, die Kontrollfunktion nach ihrer besonderen Bedeutung auch ernst nehmen. Ich selbst war ein paarmal bei der Beschlußfassung über den Landesrechnungshof dabei und bin überzeugt davon, daß es damals ein Schritt nach vorne war, nachdem der Landesrechnungshof eingeführt wurde. Dennoch, die Zeit ist nicht stehengeblieben, und wir stehen heute vor der für mich unhaltbaren Situation, daß erstens die hochqualitative Arbeit des Landesrechnungshofes, und der Landesrechnungshof kostet ja auch dem Steuerzahler und dem Land Steiermark Geld, das aber sinnvoll ausgegeben wird, und wenn man Geld sinnvoll ausgibt, dann sollte diese Tätigkeit auch nicht im wesentlichen im Verborgenen blühen. Daher bin ich der Auffassung, und es ist mir ein besonderes Anliegen, daß die Kontrolltätigkeit, die Kontrollberichte, wenn sie befreit sind von Datenschutz- und Betriebsgeheimnissen und auch anderen Punkten, die nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden dürfen, daß für mich letzten Endes der Wunschzustand nur sein kann, daß jeder Kontrollbericht hier in den Landtag kommt. Daß wir in die Lage versetzt werden, in der

Öffentlichkeit, vor der Öffentlichkeit, ohne hier die Öffentlichkeit auszuschließen und den Eindruck zu erwecken, daß unserer Kontrolle nicht einer Allgemeinheit zugänglich gemacht werden soll, daß hier dieser Hürdenlauf, dieser demokratiepolitisch bedenkliche Hürdenlauf, dieser Hürdenlauf des Paragraphen 18 endlich beseitigt wird. (Beifall bei den Grünen.) Ich gehöre nur einer kleinen Fraktion an, und alle betonen – der Kollege Hohegger zum Beispiel sitzt da, auch in der SPÖ gibt es Leute, die auch der Auffassung sind, daß der Hintergrund und die Absicht der damaligen Gesetzgebung überholt ist, daß wir in einer Zeit leben, wo Kontrolle und Öffentlichkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Wir haben das letzte Mal einen Beschlußantrag hier gemeinsam beschlossen. Wir haben erklärt, wir wollen diesen Paragraphen 18 endlich in eine moderne zeitgemäße Fassung bringen. Ich appelliere daher noch einmal an die Mächtigen in diesem Lande. Da sitzen zwar jetzt keine oben auf der Regierungsbank. Aber das Paradoxe ist ja das, daß durch die vertikalen Strukturen in den Klubs nicht die Klubs selber das Sagen haben, sondern da hier sitzen die Damen und Herren, die über die Kontrolltätigkeit in diesem Land, in diesem Bundesland entscheiden. Und ich habe derzeit nicht den Eindruck, meine Damen und Herren, daß von seiten der Mächtigen in dem Land die Bereitschaft besteht, Kontrolle ernst zu nehmen. Ich merke das auch sehr oft an der Bereitschaft oder an der mangelnden Bereitschaft, ich will keine Namen nennen, an Kontroll-Ausschußsitzungen teilzunehmen. Ich meine, daß es hier Qualitätskriterien gibt, die im Bunde für uns eine hohe Latte sind. Im Bund ist es undenkbar, was wir hier praktizieren, weil die Frau Landeshauptfrau Klasnic gerade draußen ist, ich appelliere auch an sie, daß sie im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik in der Bevölkerung, daß wir endlich diese Restriktionen aufheben. Es ist ja auch für die Damen und Herren des Landesrechnungshofes frustrierend, wenn man wochenlang, monatelang Qualitätsarbeit leistet, intensive Nachforschungen anstellt, intensive Kontrollarbeit durchführt, dann werden die Berichte geschrieben, wo sich ohnedies das Problem des Zeitablaufes schon manchmal ergibt. Und dann wird es im Kontroll-Ausschuß manchmal auch sehr oberflächlich, manchmal auch von uns zu oberflächlich behandelt. Und wenn es darum geht, ob man das dann ins Hohe Haus bringt, dann wird es abgelehnt. Ich weise darauf hin, daß in anderen Bundesländern – (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „In letzter Zeit haben wir nichts abgelehnt!“) Es ist besser geworden! Aber bitte, dann frage ich mich, wenn eh nichts abgelehnt worden ist, ob wir überhaupt von vornherein gleich sagen, bringen wir die Berichte in den Landtag. Ich muß euch sagen, es ist ja von der Idee her sinnlos, heute ein Konvolut von 163 Seiten zu haben, das zum Teil zeitlich schon lange zurückliegt, der Aktualität mehr oder weniger entbehrt, weil sich das Jahr 1996 ergibt, und wir debattieren hier, und es nicht nur sinnlos wegen der vorgerückten Stunde, es ist auch sinnlos wegen der Flut an Informationen. Das ist ein Relikt aus einer Epoche, das möglicherweise in der k. u. k.-Zeit als fortschrittlich oder als modern gegolten hätte, aber nicht in der heutigen Zeit. Ich möchte mich daher nicht weiter verbreitern und über die Bedeutung des Kontroll-Ausschusses reden. Ich möchte, weil es üblich

ist und vom Herzen kommt, den Damen und Herren des Landesrechnungshofes, vor allem dem Herrn Hofrat Grollitsch, danken für die intensive Arbeit, die sie hier mit Begeisterung leisten. Ich weiß auch selbst, daß die Damen und Herren nichts sehnlicher wünschen, als daß ihre Arbeit hier auch entsprechend gewürdigt wird. Wir müssen auch Schlüsse daraus ziehen. Ich würde mir eines auch wünschen in Zukunft, daß der Landtag selbst manche Dinge verstärkt in die Hand nimmt. Wir haben nach der Verfassung die Möglichkeit, daß wir bei einem gewissen Quorum dem Landesrechnungshof einen Auftrag erteilen können. Ich glaube, das ist noch nie passiert. Wenn nicht der Landesrechnungshof selbst die Dinge in die Hand nehmen würde, würde nichts passieren. Wir haben das bis heute noch nie zusammengebracht, höchstens ein paar Mal, aber eher selten. Wir sollten daher auch diese Möglichkeit nützen, Kollege Hohegger. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Nicht immer jammern!“) Jammere nicht immer. Du gehörst zu den Mächtigen dieses Landes. Du sitzt in der Handelskammer und bist bei der stärksten Fraktion. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Jetzt sind wir schon wieder stärker!“) Nach dem letzten Vorfall seid ihr wieder stärker, kann es aber in Zahlen nicht abschätzen. Du gehörst jedenfalls zu den Mächtigen des Landes. Du sitzt in der Handelskammer, und ich sitze bei den Ohnmächtigen dieses Landes. Ich kann hier nur reiern, seiern und jammern. Die Frau Landeshauptfrau ist die Mächtige des Landes gemeinsam mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Du bist der Chef vom Kontroll-Ausschuß!“) Ich bin ohnmächtiger Chef des Kontroll-Ausschusses. Ich kann bei euch nur winseln, daß wir einen eigenständigen Termin zusammenbringen, wo die SPÖ es sich zum Spaß macht, solche eigenständigen Termine sehr oft zu verhindern. Zu dem möchte ich auch noch etwas sagen: Wir haben uns ja einigermaßen gefunden. Trotzdem beharre ich darauf, und damit bin ich schon fertig, daß wir es uns nicht zur Gewohnheit machen, den Kontroll-Ausschuß am Ende eines langen Beratungstages anzuhängen, wo alle schon sagen, jetzt tun wir schnell, jetzt tun wir schnell, damit wir nach Hause kommen. Ich werde mich damit nicht abfinden. Ich bin einverstanden mit einer – (Abg. Gennaro: „Zum Spaß macht das keiner!“) Nein. Ich habe nur gesagt, daß ich nicht zur Kenntnis nehme, daß der Kontroll-Ausschuß – (Abg. Gross: „Jetzt der Gerechtigkeit willen, welches Thema möchten Sie am Schluß haben?“) Es war früher fast immer so, daß der Kontroll-Ausschuß am Schluß war, daß der Kontroll-Ausschuß ausschließlich am Ende eines langen Beratungstages tagt. Ich werde darauf drängen, daß es zusätzlich eigene Beratungstage gibt. Es haben viele hier, auch der Kollege Hohegger, bestätigt, daß, wenn man einmal im Monat einen eigenen Beratungstag hat, wo drei Stunden zur Verfügung stehen, sich das sehr positiv auf die Beratungen ausgewirkt hat. (Abg. Gross: „Nicht wahr!“) Bist du nicht mehr der Meinung, daß ab und zu ein eigener Beratungstag einmal im Monat sehr sinnvoll sich auf unsere Arbeit ausgewirkt hat? Bist du nicht mehr der Meinung? (Abg. Purr: „Ich bin für Samstag Nachmittag!“) Es ist notwendig. (Abg. Dr. Flecker: „Nein!“) Schau, Kurtl, das ist wie beim Ennstal. Du wirst im Jahr 2050 auch noch an der ennsnahen Trasse festhalten. (Abg. Gennaro: „Du wirst 2050 den Wachtelkönig

suchen, den du nicht findest!“) Ich traue mich mit dir wetten, und da setze ich viel ein, daß die ennsnahe Trasse nie gebaut wird, obwohl ihr in einer seltenen Sturheit an dem festhaltet. Das muß man auch bewundern – also meine Höchachtung. Du, Kurtl, hast ja keine politischen Inhalte mehr. Eines deiner pragmatischen Ziele ist nur mehr die ennsnahe Trasse. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 21.07 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

**Abg. List (21.07 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Zwei Punkte zu diesem Tagesordnungspunkt. Zum Ersten: Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion, meiner Kollegen, recht herzlich beim Landesrechnungshof für die geleistete Arbeit bedanken, hier stellvertretend für alle Mitarbeiter bei Herrn Hofrat Dr. Grollitsch für seinen Einsatz. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Gross: „Auch in Vertretung?“) Selbstverständlich stellvertretend für alle. Ich darf hier auch feststellen, warum. (Abg. Mag. Zitz: „Was ist da passiert?“) Ich habe im Namen meiner Fraktion gesprochen. Ich kann nicht für die Kollegen deiner Fraktion oder von der ÖVP sprechen. (Abg. Dr. Flecker: „Beim Vorsitzenden bitte auch in meinem Namen bedanken!“) Mit dem Vorsitzenden werde ich mich sehr wohl auseinandersetzen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko [Klingelzeichen]: „Meine Damen und Herren, zurück zum Redner!“) Eines darf ich noch hervorheben, daß die Landesrechnungshofberichte sehr transparent und vor allem lesbar sind, und das ist ein wesentlicher Bestandteil. Ich danke dafür. Jetzt zum zweiten Teil: Martin Wabl als Kontroll-Ausschußobmann hat schon sehr viel gesagt. Es gibt hier wenig Möglichkeiten, um Landesrechnungshofberichte in dieses Haus zu bringen. Die politische Situation und auch die gesetzliche ist derzeit so (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Jeder kommt herein!“), daß es nicht möglich ist oder daß vieles von der ÖVP und in Teilbereichen von der SPÖ verhindert wird. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Es wird jeder eingebracht!“) Es gibt nur ein Beispiel in diesem Haus, wo die Führung von ÖVP und von SPÖ im Kontroll-Ausschuß nicht anwesend war. Und da ist es passiert, daß bei einer Kontroll-Ausschußsitzung zwei Landesrechnungshofberichte in das Haus gekommen sind – einer von der ÖVP und einer von der SPÖ, einer vom zuständigen Landesrat Pörtl und einer von der Frau Landesrat Rieder. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Sind die schon im Haus gewesen?“) Beide waren schon im Haus. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Kannst du dich noch daran erinnern?“) Ich kann mich sehr wohl erinnern, und zwar über die Altenpflegeheime und über einen Bericht aus dem Ressort Landesrat Pörtl. Warum ich mich hier zu Wort melde, ist, weil es von uns Freiheitlichen eine wesentliche Arbeit des Kontroll-Ausschusses ist, daß wir hier aktuelle Berichte behandeln. Es muß möglich sein, diese Berichte einer schnelleren Behandlung zuzuführen, um eventuelle aufgezeigte Mißstände zu beseitigen oder Empfehlungen möglichst rasch umzusetzen. (Abg. Mag. Ing. Hohegger: „Das könnt ihr nicht aktuell

behandeln. Ihr gebt es eh schon früher der Zeitung weiter!") Von mir wurde noch nie etwas an Zeitungen gegeben. Das mußt du mir erst einmal beweisen. (Abg. Gennaro: „Der Rechnungshofbericht, der hat Füße!“)

Das ist schon klar, wenn die Wunderwutzis aus den diversen Büros von Regierungsmitgliedern laufen, wie du sagst, Kollege Gennaro. Ich habe damit kein Problem. (Abg. Ing. Hohegger: „Sie sind vorher in der Zeitung, bevor sie im Kontroll-Ausschuß sind!“) Das ist die Wirklichkeit, daß Kontroll-Ausschußberichte bereits vorher in den Medien diskutiert wurden, daß dadurch diesen Berichten die Aktualität und die Brisanz genommen wird. Man versucht mit dieser Vorgangsweise, in Teilbereichen das abzuschwächen. Wenn es im Kontroll-Ausschuß behandelt wird, ist es zum Teil schon erledigt. Man sagt dann, das ist ja Schnee von gestern, warum sollen wir das dann noch machen. Ich will die Diskussion jetzt nicht zu lange ausdehnen. Ich habe nur beabsichtigt, ein paar Gedanken dazu zu sagen, daß wir mit mindestens 13 Landesrechnungshofberichten und drei bis fünf Regierungsvorlagen im Rückstand sind. Der Ausschußobmann Martin Wabl hat es ja schon gesagt, daß hier im Juni etwas vorgefallen ist, daß eine Kontroll-Ausschußsitzung plötzlich abgesetzt worden ist. Einerseits muß ich sagen, es liegt sehr wohl in der Verantwortung des Ausschußobmannes. Und hier muß ich dich wirklich bei der Verantwortung des Kontroll-Ausschußobmannes, Martin, nehmen, daß du verantwortlich bist für die Festsetzung, für die Koordination mit den anderen, daß man Ausschußtage festsetzt, und nicht 13 bis 15 Landesrechnungshofberichte über Monate liegenläßt, denn diese gehören behandelt. Wir hinken hier wirklich nach. Wenn du heute in der Früh gesagt hast, daß es schlecht ist, wenn wesentliche Punkte, so wie dieser Tätigkeitsbericht des Landesrechnungshofes über seine Tätigkeiten des letzten Jahres, im Kontroll-Ausschuß so spät erst behandelt werden, dann wird es doch möglich sein als Kontroll-Ausschußobmann, mit dem zuständigen Hofrat, der die Tagesordnung unter anderem für die Landtagssitzung erstellt, hier eine andere Reihung der Tagesordnung vorzunehmen und diese Forderung nicht nur hier aufzustellen, sondern auch mit den zuständigen Mitarbeitern des Landes zu diskutieren, um eine andere Erstellung der Tagesordnung zu erwirken. Das will ich damit sagen, ich will jetzt nicht näher auf bestimmte Probleme eingehen, es wird sicherlich noch Möglichkeiten geben, darüber zu diskutieren. Mein Ersuchen als freier Kontrollsprecher, daß wir hier schauen in den nächsten Tagen oder Wochen, einen Ausschußtag zustande zu bringen, damit wir hier wirklich diese Landesrechnungshofberichte aufarbeiten. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn wir da im Haus bis 22 Uhr sitzen, kann es dem Martin ja nicht zuviel sein, den Kontroll-Ausschuß bis 23 Uhr zu machen!“) Ich glaube, ich habe es eindrucksvoll hier gesagt, und ich bitte Sie, Herr Kontroll-Ausschußobmann, hier einen Tag festzulegen, daß man wirklich aufholt, und nicht nachhinkt, damit wir zumindest als Kontroll-Ausschuß das schaffen, hier die Parameter vorzugeben. (Abg. Gennaro: „Aber schon mit Absprache!“) Selbstverständlich in Absprache mit den einzelnen Fraktionen und mit den Mitgliedern des Kontroll-Ausschusses, logisch! Danke für die Aufmerksamkeit! (21.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**22. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 523/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch und Pußwald, betreffend die Herabsetzung der Volljährigkeit vom 19. auf das 18. Lebensjahr.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (21.14 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Dieser Bericht geht auf einen Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch und Pußwald, betreffend die Herabsetzung der Volljährigkeit vom 19. auf das 18. Lebensjahr zurück. Wir treten an den Bund mit diesem Anliegen heran. Der Ausschuß hat das einstimmig beschlossen, ich bitte um Annahme. (21.14 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke, eine Wortmeldung hiezu liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**23. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 563/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brunner, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend möglichst breiten Zugang zur Umweltausstellung des Umweltministeriums.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Margit Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Keshmiri (21.14 Uhr):** Mit diesem Antrag der Liberalen und der Grünen wird die Landesregierung aufgefordert, im jeweiligen politischen Verantwortungsbereich dafür Sorge zu tragen, daß die Ausstellung des Umweltministeriums – (Klingelzeichen – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte, wenn wir die schnell über die Runden bringen und wir der Frau Berichterstatterin zuhören, dann haben wir es hinter uns, danke!“) daß die Ausstellung des Umweltministeriums über die Zielsetzungen des nationalen Umweltplanes der steirischen Bevölkerung umgehend in möglichst vielen Orten zugänglich gemacht wird. Die von Wissenschaftlern, Sozialpartnern, Umweltorganisationen, Bund und Ländern konzipierte Ausstellung kann oder konnte ab Juni kostenlos im Umweltministerium gebucht werden. Dieser Antrag wurde einstimmig im Ausschuß angenommen. (21.16 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Karisch** (21.17 Uhr): Hohes Haus!

Ich möchte Sie nur informieren, daß die Ausstellung von der Steiermärkischen Landesregierung bereits angefordert wurde und auch im Oktober eröffnet werden sollte. Leider konnte sie vom Bund her noch nicht geliefert werden. In dem Moment, wo sie verfügbar ist, wird sie in der Steiermark gezeigt. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**24. Selbständiger Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Einl.-Zahl 653/1, über seine Tätigkeit im Jahre 1996.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (21.18 Uhr): In seinem selbständigen Bericht hat der Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über seine Tätigkeit im Jahre 1996 berichtet und im Ausschuß beraten. Es wird im Sinne des Ausschußantrages der Antrag gestellt, der Landtag möge den selbständigen Bericht zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Abstimmung. (21.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Ich wünsche einen guten Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 21.18 Uhr.)